



## **Lokale Verantwortung und kommunale Koordinierung am Übergang Schule-Beruf**

### **2. Berufsintegrationsbericht für Weinheim und die Badische Bergstraße 2007**

Ein Bericht für den Oberbürgermeister der Stadt Weinheim  
und die Berufsintegrationskommission Weinheim

von Dr. Susanne Felger,  
Regionale Jugendagentur Badische Bergstraße e.V. – Job Central

Weinheim, Dezember 2007,

beraten und beschlossen im Februar 2008

Die Arbeit der Regionalen Jugendagentur Badische Bergstraße e.V. – Job Central wurde 2007 gefördert durch die Stadt Weinheim • die Freudenberg Stiftung • den Europäischen Sozialfonds • das Kultusministerium Baden-Württemberg



## ***Inhaltsverzeichnis***

<b>1. Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>Teil I: Problemlagen</b>	<b>9</b>
<b>2. Integrationsprobleme von Jugendlichen am Übergang Schule-Beruf</b>	<b>9</b>
2.1. Jugendarbeitslosigkeit an der Badischen Bergstraße	9
2.2. SchulabgängerInnen mit unklarer Berufsbildungsperspektive	9
<b>3. Übergangswege in Richtung Beruf</b>	<b>12</b>
3.1. Direkte Übergänge in eine betriebliche Berufsausbildung	12
3.2. Übergänge zu weiterführenden Schulen und die Anschlussperspektiven	15
3.3. Übergangswege der HauptschulabsolventInnen, nach Einzelschulen	20
3.4. Das Berufsvorbereitungsjahr und die Anschlussperspektiven	25
3.5. AltbewerberInnen auf dem Ausbildungsmarkt	29
3.6. Die Berufsintegration junger Migrantinnen und Migranten	30
<b>4. Angebot und Nachfrage auf dem regionalen Ausbildungsmarkt..</b>	<b>36</b>

<b>Teil II: Review</b>	<b>40</b>
<b>5. Positive Handlungsansätze 2005 – Was ist daraus geworden?</b>	<b>40</b>
<b>6. Handlungsempfehlungen 2005 – Was wurde umgesetzt?</b>	<b>46</b>
<b>Teil III: Aktuelle Praxis und Entwicklungsaufgaben</b>	<b>51</b>
<b>7. Neue gute Praxis 2006/2007</b>	<b>51</b>
<b>8. Unerledigtes und neue Herausforderungen</b>	<b>59</b>
<b>9. Zum Stand des Erreichten - Zusammenfassung und Fazit</b>	<b>60</b>
<b>10. Vorschläge für die Empfehlungen der Berufsintegrationskommission</b>	<b>67</b>
<b>11. Beschluss der Berufsintegrationskommission</b>	<b>67</b>
<b>Anhang</b>	
<b>11. Literatur- und Quellenverzeichnis</b>	<b>68</b>
<b>12. Zur Methode der Schulabgängerbefragung</b>	<b>80</b>
<b>12. Dank</b>	<b>82</b>



## **Lokale Verantwortung und kommunale Koordinierung am Übergang von der Schule in den Beruf**

2. Berufsintegrationsbericht für Weinheim und die Badische Bergstraße 2007

### **1. Einleitung**

Mit dem vorliegenden 2. Berufsintegrationsbericht für den Oberbürgermeister der Stadt Weinheim und die Berufsintegrationskommission Weinheim wird die aktuelle Situation von Jugendlichen an der Badischen Bergstraße beim Übergang in den Beruf einer kritischen Zwischenbilanz unterworfen. Als Vergleichsfolie dienen die Analysen des 1. Berichts von 2005. Damit wird ein **regionales Berichtssystem** etabliert, das kontinuierlich fortgeführt werden soll.

Im Bericht 2007 fragen wir: Welche positiven Entwicklungen und neuen Handlungsansätze gibt es? Welche Probleme bleiben ungelöst? Welche neuen Herausforderungen kamen hinzu? Wo müssen Anstrengungen intensiviert werden?

Dabei werden ein **Qualitätssprung** bei der Entwicklung und Etablierung eines gut vernetzten Spektrums von Förderinstrumenten und deutliche Fortschritte bei der Koordinierung und Steuerung des **lokalen Übergangsmagements** sichtbar werden. Seit 2005 wurde gerade im Bereich der Strukturentwicklung viel erreicht. Diese Erfolge zählen sich jedoch noch zu wenig in geminderten Übergangsproblemen aus. Die Ursachen hierfür werden zu analysieren sein.

Der Bericht unterstützt die in der Region geführte Diskussion um notwendige strukturelle und konzeptionelle Weiterentwicklungen zur Verbesserung der Berufsintegration junger Menschen mit Berufsstartschwierigkeiten. Er bereitet die Strategieberatung und Handlungsempfehlungen der Berufsintegrationskommission (BIK) vor.

Unsere empirischen Analysen in Teil I basieren, soweit möglich, auf lokalen bzw. **regionalen Daten** aus eigenen Erhebungen (jährliche Schulabgängerbefragungen) und aus institutionellen Quellen. Die Bewertungen in Teil II stützen sich auf einige Jahre **Erfahrungen mit kommunalem Übergangsmangement** sowie auf unzählige Gespräche mit PartnerInnen im Prozess einer lebendigen Netzwerkarbeit. Die ursprüngliche Absicht, wesentliche Akteure aktiv in das Verfassen des Berichts einzubeziehen, wurde als schwer realisierbar verworfen. So ist der vorliegende Bericht ein Arbeitsergebnis der kommunalen Koordinierungsstelle Job Central. Eine weiterführende Bewertung der skizzierten Problemlagen, Förderkonzepte und Strategievorschläge werden die **Berufsintegrationskommission (BIK)** sowie, im Folgenden, weitere Fachgremien vornehmen.

Der 2. Berufsintegrationsbericht gliedert sich wie folgt:

**Teil I** analysiert die **Problemlagen, Übergangswege und -quoten** von der Schule in Ausbildung, Arbeit oder weiterführende (berufliche) Schulen auf Basis von

quantitativen Daten zum Übergangsverhalten der AbsolventInnen verschiedener Schulen und Schulformen in der Region (Kap. 2 bis 3.6.). Der Berufsintegration junger MigrantInnen widmen wir besondere Aufmerksamkeit (Kap. 3.5). Abschließend untersuchen wir die Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem regionalen Ausbildungsmarkt und ordnen diese Befunde in bundesweite Entwicklungen ein (Kap. 4).

Mit **Teil II** wird erstmals ein **Review** vorgelegt, das zunächst danach fragt, was aus den Entwicklungen geworden ist, die 2005 als positive Handlungsansätze beschrieben wurden (Kap. 5). Im nächsten Schritt werden die Empfehlungen der Berufsintegrationskommission von 2005 sowie die zentralen Handlungsempfehlungen des 1. Berichts rekapituliert, um zu prüfen, welche Empfehlungen mit Erfolg umgesetzt wurden (Kap.6).

**Teil III** skizziert **aktuelle Handlungsansätze und Entwicklungsaufgaben** im Übergangmanagement. Er untersucht neue gute Praxis, die seit 2005 entstand (Kap. 7) und notiert Unerledigtes sowie neue Herausforderungen (Kap. 8). Anschließend werden mit einer **Zusammenfassung und einem Fazit** (Kap. 9) die Vorschläge für Empfehlungen der Berufsintegrationskommission (Kap. 10) vorbereitet.

Wie vor zwei Jahren fokussiert der Bericht auf Fragen der Berufsorientierung und Berufsintegration von **Jugendlichen mit besonderen Berufsstartschwierigkeiten**. Damit gilt unser besonderes Interesse den Übergangswegen von HauptschulabsolventInnen, darunter ein hoher Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund.

Im Februar 2008 hat die Berufsintegrationskommission unter Vorsitz von Oberbürgermeister Heiner Bernhard den 2. Berufsintegrationsbericht beraten und mit konkreten **Handlungsempfehlungen** versehen (Kap. 11).

Diese Empfehlungen richten sich nicht nur an Einrichtungen, die unmittelbar mit Fragen der Berufsbildung und Berufsintegration befasst sind, sondern an alle, die in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Jugendhilfe, Bildungssystem und Bürgergesellschaft Bedingungen für den Berufsstart gestalten und daher **Verantwortung** tragen.

Die gelingende Berufsintegration junger Menschen geht uns alle an. Und dabei geht es nicht alleine um das individuelle Lebensglück der Jugendlichen – und das wäre schon viel –, sondern um die Zukunft der Stadtgesellschaft selbst. Denn Wirtschaft und Gesellschaft brauchen heute und in Zukunft noch mehr, das Engagement und die Kompetenzen aller Jugendlichen. Nur mit ihnen werden wir unseren Wohlstand, den sozialen Frieden und eine lebendige Demokratie erhalten und stärken können.

## **Teil I: Problemlagen**

### **2. Integrationsprobleme von Jugendlichen am Übergang Schule-Beruf**

#### **2.1. Jugendarbeitslosigkeit an der Badischen Bergstraße**

Zum Zeitpunkt, an dem die Jugendlichen des Absolventenjahrgangs 2007 die Schulen verlassen hatten und unmittelbar vor dem Eintritt in eine Berufsausbildung oder in eine weiterführende Schule standen, also im August 2007, waren in der Geschäftsstelle Weinheim der Arbeitsagentur Mannheim, zu der die Badische Bergstraße gehört, 306 Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren arbeitslos gemeldet. Das waren 33 weniger als im Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen lag mit 4,8% im August knapp über dem Durchschnitt der Arbeitsagentur Mannheim.

Zum Ende des Vermittlungsjahres im **September 2007** sank die Anzahl der unter 25-jährigen Arbeitslosen in der Geschäftsstelle Weinheim auf 259 Personen; die Arbeitslosenquote lag bei 4,1%.

Bezogen auf die Lehrstellenbewerber im Gesamtbezirk Mannheim meldet die Agentur für Arbeit im Oktober stolz: „Die Zahl der am 30. September noch nicht versorgten Bewerber umfasst lediglich 36 Jugendliche (...) Für dieses Jahr sind noch 135 freie Ausbildungsstellen in der Arbeitsagentur gemeldet, dies sind 15,4% mehr als im Vorjahr.“<sup>1</sup> Diese positive Entwicklung geht auf den Rückgang der Bewerberzahl bei gleichzeitig gewachsenem Ausbildungsangebot zurück. Auch haben ein Sonderprogramm zur Förderung außerbetrieblicher Berufsausbildung und die Vermittlung von Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen in geförderte EQJ-Langzeitpraktika<sup>2</sup> sehr geholfen.

Im Arbeitsagenturbezirk Mannheim kamen im Vermittlungsjahr 2006/2007 statistisch 1,19 BewerberInnen auf eine gemeldete Ausbildungsstelle. Das war besser als im Landesdurchschnitt Baden-Württemberg (1,23).<sup>3</sup> Soweit die guten Nachrichten.

#### **2.2. SchulabgängerInnen mit unklarer Berufsbildungsperspektive**

Dem gegenüber stehen die Befunde der jährlich von Job Central durchgeführten **Schulabgängerbefragung**. Sie zeigt, dass die Statistik der Arbeitsagentur in Sachen beruflicher Übergangsproblematik nur die Spitze des Eisbergs abbildet. Obgleich auch ihre Befunde nur eine Momentaufnahme darstellen, gibt die Schulabgängerbefragung differenzierte Hinweise auf Risikogruppen der Berufsintegration, die in der Statistik der Arbeitsagentur nicht geführt werden, weil

---

<sup>1</sup> Bundesagentur für Arbeit (2007), Presse-Info Nr. 54

<sup>2</sup> Zur „Einstiegsqualifizierung für Jugendliche“ (EQJ) siehe Kap. 4 und 6

<sup>3</sup> Zu Kap. 2.1.: Bundesagentur für Arbeit, Agentur für Arbeit Mannheim (2007): Arbeitsmarktreporte



sich diese Jugendlichen nicht ausbildungssuchend melden oder in schulischen Angeboten „alternativ verbleiben“.

Auf Nachfragen bei den **Weinheimer Schulen** zum Verbleib ihrer AbsolventInnen fanden wir im **Sommer 2007** folgende Jugendliche, die unmittelbar vor ihrer Schulentlassung keine klar qualifizierende Anschlussperspektive in Richtung Berufsausbildung oder weiterführender Schule gefunden hatten [in Klammern die Vergleichszahlen aus dem 1. Berufsintegrationsbericht]:

- 48 AbsolventInnen der beiden Weinheimer Hauptschulen und Förderschulen, die ins Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) oder ins Berufseinstiegsjahr (BEJ) wechseln sollten [2004: 56]
- 56 AbgängerInnen aus dem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), deren Anschlussperspektive ungeklärt war [2004: 37]
- 25 weitere BVJ-AbsolventInnen, die als Anschluss Maßnahmen der Arbeitsagentur, Langzeitpraktika, Freiwilliges soziales/ökologisches Jahr oder „sonstiges“ nannten [2004: 7]
- 38 Jugendliche aus der 2-jährigen Berufsfachschule, deren Anschluss unklar war oder die die Klasse wiederholen wollten [2004: 18]
- 14 AbsolventInnen von Realschulen, deren Anschluss unklar war [2004: 11]
- 34 AbsolventInnen von Berufskollegs, deren Anschlussperspektive unklar war [2004: 23].

Damit hatten 215 von 615 AbsolventInnen (35%) aus den genannten Weinheimer Schulformen eine unklare oder lediglich berufsvorbereitende Anschlussperspektive. Die Pläne dieser Jugendlichen waren diffus oder ihr nächster Schritt führte weder zu einer beruflichen Ausbildung noch zu einer schulischen Höherqualifizierung. Die Berufsintegration dieser Jugendlichen muss als gefährdet gelten.<sup>4</sup>

Das waren anteilig wie in absoluten Zahlen wesentlich mehr als im Jahr 2004. Besonders fällt die starke Zunahme unversorgter AbgängerInnen aus den Schulformen Berufsvorbereitungsjahr, 2-jährige Berufsfachschule und Berufskolleg auf. Diese Schulformen weisen stark gestiegene Schülerzahlen auf. Zugleich stieg der Anteil derjenigen stark, die die Schule ohne klar qualifizierende Anschlussperspektive verlassen.

Um die Gesamtzahl der Jugendlichen ohne klare schulische oder berufliche Qualifizierungsperspektive an der **Badischen Bergstraße** näherungsweise abzuschätzen, muss die Situation in Weinheims Nachbarstädten und -gemeinden berücksichtigt werden. An den Haupt-, Werkreal- und Realschulen der Region<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Darunter befinden sich auch Jugendliche, die noch auf eine Zu- oder Absage einer Beruflichen Schule oder eines Ausbildungsbetriebes warten. Ein großer Teil von ihnen wird aber unversorgt bleiben.

<sup>5</sup> Unberücksichtigt bleibt die Langenbergsschule Birkenau; von ihr lagen keine Angaben vor.

finden wir im **Sommer 2007** folgende Jugendliche ohne klare Qualifizierungsperspektive:

- 34 AbsolventInnen der Hauptschulen in Heddesheim, Hemsbach und Schriesheim, die ins BVJ oder in eine 1-jährige Berufsfachschule wechseln
- 13 RealschulabsolventInnen aus Hemsbach und Schriesheim, deren Anschlussperspektive unklar war
- 6 AbsolventInnen der Werkrealschulen aus Heddesheim, Hirschberg und Schriesheim ohne klare Perspektive.

Zu den 215 AbsolventInnen aus Weinheimer Schulen kamen im Juli 2007 also noch 53 SchulabgängerInnen aus der Region, die ohne klare Qualifizierungsperspektive waren.

Aus Erfahrung wissen wir, dass die Nachvermittlungsbemühungen der Arbeitsagentur, der Kammern, von Jugendhilfe und Bildungsträgern dem einen bzw. der anderen dann doch noch einen Ausbildungsplatz oder eine alternative Qualifizierungsmöglichkeit verschafften Zugleich werden in den ersten Wochen schon wieder Ausbildungsverhältnisse gelöst.

Da bisher aber keine AltbewerberInnen aus den Vorjahren mitgezählt wurden und angesichts dessen, dass zahlreiche SchulabgängerInnen Zivildienst/Bundeswehr, ein Freiwilliges soziales/ökologisches Jahr oder „sonstiges“ als Anschlussperspektive angaben, muss angenommen werden, dass kurz vor den Sommerferien 2007 an der Badischen Bergstraße mindestens 400 Jugendliche ohne geklärte berufliche oder schulische Qualifizierungsperspektive waren.

Ein großer Teil von ihnen wird das Schul- bzw. Ausbildungsjahr 2007/2008 in mehr oder weniger ertragreichen Vorbereitungsmaßnahmen oder Warteschleifen verbringen, um sich im Sommer 2008 als AltbewerberInnen erneut zu bewerben – oder sich erfolglos zurückzuziehen. Alle zunächst „alternativ verbliebenen“ LehrstellenbewerberInnen aus 2007 werden in der Statistik der Agentur für Arbeit nicht erfasst. Das erklärt die große Diskrepanz zwischen den Ausbildungsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit und den Ergebnissen unserer eigenen Schulabgängerbefragung.<sup>6</sup>

### **3. Übergangswege in Richtung Beruf**

#### **3.1. Direkte Übergänge in eine betriebliche Berufsausbildung**

Trotz der vielfältigen schulischen Alternativen zur Berufsausbildung im Betrieb, stellt der Übergang in eine „Lehre“ für die meisten Jugendlichen, die eine Ausbildung anstreben, immer noch die erste Wahl dar. Schulische Berufsqualifizierungen sind weniger bekannt und erscheinen manchen Jugendlichen und Eltern weniger attraktiv.

Repräsentative Studien im Bund wie regionale Daten zeigen allerdings, dass immer weniger Jugendliche direkt nach der Schule in eine duale Ausbildung einmünden. In Reaktion auf die schwierige Ausbildungsmarktsituation suchen sie nach Alternativen.

---

<sup>6</sup> Hierzu siehe die Erläuterungen in Kap. 4.

Die **Übergangsquoten** an der Badischen Bergstraße in eine **duale Ausbildung** zeigen für den Zeitraum **2004 bis 2007** folgende Entwicklungen<sup>7</sup>:

- Immer weniger AbsolventInnen von **allgemein bildenden Schulen** beginnen direkt eine duale Ausbildung; das gilt für alle untersuchten Schulformen. Offenbar orientieren sich viele Jugendliche „vorsorglich“ in Richtung weiterführender Schulen, schulischer Berufsqualifizierung oder Berufsvorbereitung.
- Mit 12% bei den **HauptschulabsolventInnen** haben die Übergänge in eine Lehre 2007 einen neuen Tiefstand erreicht. In dieser Schulform, die früher einen Großteil der Lehrlinge stellte, ist dieser Anschluss heute die Ausnahme.
- Im Juli 2007 hatte erstmals kein einziger männlicher **Hauptschulabsolvent türkischer Nationalität** eine betriebliche oder schulische Ausbildungsstelle.
- Etwas besser sieht es mit 17% bei den **BVJ-AbsolventInnen** aus; hier stieg der Übergang in betriebliche Ausbildung gegenüber dem Vorjahr leicht an. 4% der BVJ-AbsolventInnen hatten die Chance auf eine geförderte überbetriebliche Ausbildung.
- Viele ehemalige HauptschülerInnen realisieren nach dem Besuch der Werkrealschule oder einer 2-jährigen Berufsfachschule doch noch eine betriebliche Ausbildung. Der **Umweg über einen mittleren Bildungsabschluss** zahlte sich für rund ein Drittel ihrer AbsolventInnen aus.<sup>8</sup>
- Gegenüber dem Vorjahr fast unverändert gute Übergangsquoten in betriebliche Ausbildung erreichen die **Werkrealschulen** und die **Realschulen** (31% bzw. 26%). Seit 2004 gab es hier aber einen Rückgang um mehr als 10%.
- Die 2-jährigen **Berufsfachschulen** lagen 2007 beim Übergang in eine betriebliche Ausbildung an der Spitze (38%). Sie konnten ihre Quote deutlich steigern. Allerdings hat sich die Anzahl der Befragten hier gegenüber dem Vorjahr fast halbiert; das verzerrt möglicherweise den Befund.
- Die **Förderschulen** haben 2007 den deutlichsten Einbruch beim Übergang in eine Lehre zu beklagen. Ihre ehemals gute Quote ist auf 13% gesunken.
- Berufsausbildungen jenseits des dualen Systems spielen in unserem Sample nur eine untergeordnete Rolle: 4% bzw. 7% der AbsolventInnen von Realschulen und Werkrealschulen und 12% der Berufskolleg-AbsolventInnen planen eine **schulische Ausbildung**.
- Die Übergangsquote aus dem **Berufskolleg** in eine Lehre war seit 2006 stabil (185). Gegenüber 2004 hat sie sich aber mehr als halbiert.

---

<sup>7</sup> Alle folgenden Angaben basieren auf Ergebnissen der regionalen Schulabgängerbefragungen.

<sup>8</sup> Ähnliche Befunde weist auch das DJI-Übergangspanal aus. Bundesministerium für Bildung und Forschung (2007): Berufsbildungsbericht

**Schulabgängerbefragungen 2007** mit Vergleichszahlen aus den Vorjahren:

**Direkte Übergänge in betriebliche Ausbildung**

<i>Schulform</i>	<i>Übergangsquote in betriebliche Ausbildung</i>	<i>Anzahl der befragten AbgängerInnen (= 100%)</i>
<b>Hauptschule 2007</b> (HS) 2006 2005 2004	<b>12%</b> 15% 17% 20%	<b>235</b> 256 254 235
<b>Werkrealschule 2007</b> (WRS) 2006 2005 2004	<b>31%</b> 32% 39% 41%	<b>67</b> 64 51 68
<b>Realschule 2007</b> (RS)..... 2006 2005 2004	<b>26%</b> 28% 31% 39%	<b>281</b> 119 210 230
<b>Förderschule 2007</b> (FöS) 2006 2005 2004	<b>13%</b> 24% 20% 22%	<b>15</b> 21 20 9
<b>Berufsvorbereitungs- jahr 2007</b> (BVJ) 2006 2005 2004	<b>17%</b> 13% 25% 20%	<b>138</b> 142 112 120
<b>2-jährige Berufsfach- Schule 2007</b> (2BFS) 2006 2005 2004	<b>38%</b> 24% 28% 25%	<b>77</b> 122 93 53
<b>Berufskolleg 2007</b> (BK) 2006 2005 2004	<b>18%</b> 19% 34% 40%	<b>121</b> 160 77 127

Unsere Schulabgängerbefragungen beleuchten die Übergangswege direkt nach der Schulentlassung. Aus Langzeitstudien wissen wir jedoch, dass sich die Chancen von Haupt- und RealschulabsolventInnen auf eine Berufsausbildung immer mehr annähern, je länger der Schulabschluss zurück liegt – vorausgesetzt, sie haben wirklich nach einer Lehrstelle gesucht. **Nach fünf Jahren** haben 83% bzw. 82% der Jugendlichen mit mittlerem oder geringerem Schulabschluss mindestens einmal eine Ausbildung begonnen. HauptschülerInnen brauchen also länger, um bei der Lehrstellensuche mindestens einmal erfolgreich zu sein. Sie sind eher gezwungen, berufsvorbereitende Schleifen zu ziehen. Sie benötigen „**zweite Chancen**“ und sind oft erst als AltbewerberInnen erfolgreich.<sup>9</sup> Trotzdem ist die Einmündungsquote von

<sup>9</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007, S. 120ff

RealschülerInnen in eine Ausbildung wesentlich höher, weil ihnen mehr Qualifizierungswege offenstehen.

### 3.2. Übergänge zu weiterführenden Schulen und die Anschlussperspektiven

Während immer weniger Jugendliche nach Ende der 9. bzw. 10. Klasse den direkten Weg in eine Berufsausbildung finden, verstärkt sich seit Jahren der Trend zum Besuch weiterführender Schulen.<sup>10</sup> Diese Entwicklung lässt sich bei AbsolventInnen fast aller Schulformen beobachten; bei den HauptschülerInnen ist sie besonders ausgeprägt. Gründe dafür liegen in den Schwierigkeiten, mit diesem Abschluss einen attraktiven Ausbildungsplatz zu finden und der Vorwegnahme dieser Schwierigkeiten durch die Jugendlichen und ihre Eltern. Viele ziehen schon frühzeitig, teils noch vor einer intensiven Suche, alternativ einen weiterführenden Schulbesuch in Betracht – sei es in berufsfeldbezogenen Schulformen, die zu höheren Schulabschlüssen und/oder beruflichen (Teil-)Qualifikationen führen (2-jährige Berufsfachschule, Berufskolleg) oder in der allgemein bildenden Werkrealschule.

Für alle, die die Voraussetzungen für solche weiterführenden Bildungsangebote nicht erfüllen können, bleibt das 1-jährige Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) bzw. neuerdings das ebenfalls 1-jährige Berufseinstiegsjahr (BEJ). Hierzu siehe Kap. 3.4. Selbst diese Alternativen, die bei Jugendlichen wie Eltern wenig beliebt sind, werden als gesellschaftlich anerkannte Option „weiter zur Schule gehen“ interpretiert, halten sie doch die Aussicht auf soziale und berufliche Integration durch Weiterqualifizierung – wenn auch mühsam – aufrecht.

Die, leider recht unübersichtliche, **Vielfalt (berufs-)schulischer Qualifizierungswege** erfüllt heute mehrere wichtige Funktionen: Sie ergänzt das zunehmend knappe Angebot betrieblicher Ausbildung um schulische Alternativen. Das deutsche System der Berufsausbildung wird statt eines dualen Systems immer deutlicher zu einem **pluralen Berufsbildungssystem**. Die jeweilige Qualität schulischer Qualifizierungswege muss sich allerdings durch anerkannte und am Arbeitsmarkt verwertbare Abschlüsse und Teilqualifikationen, durch vertikale Durchlässigkeit (Aufstiegswege) und durch das Vermeiden von Warteschleifen und Sackgassen beweisen.

---

<sup>10</sup> Soweit nicht anders ausgewiesen basieren alle folgenden empirischen Angaben auf den Daten der Schulabgängerbefragungen von Job Central an der Badischen Bergstraße.

Individuell bieten weiterführende (berufliche) Schulformen nicht nur planmäßig nutzbare Wege zur beruflichen Qualifizierung, sondern auch die Möglichkeit, doch noch einen mittleren Bildungsabschluss<sup>11</sup> oder eine Fachhochschulreife zu erreichen. Bei Bezug auf ein Berufsfeld können mitunter auch berufliche Teilqualifikationen erworben werden.<sup>12</sup>

**Schulabgängerbefragung 2007** mit Vergleichszahlen aus den Vorjahren:

**Übergänge aus Haupt- und (Werk-)Realschulen in weiterführende Schulformen**

Schulform (abgebend)		Betriebliche Ausbildung	weiterführende allgemein bildende Schule	1-jährige BFS	2-jährige BFS	Berufskolleg	Sonstiges (ohne BVJ u. BEJ)	„noch unklar“ <sup>13</sup>	Anzahl der Befragten (= 100%)
Hauptschule (HS)	<b>2007</b>	<b>12%</b>	<b>23%</b>	<b>2%</b>	<b>26%</b>	-	<b>3%</b>	<b>3%</b>	<b>235</b>
	2006	15%	21%	2%	28%	-	2%	1%	256
	2005	17%	28%	4%	22%	-	2%	6%	254
	2004	20%	23%	6%	14%	-	0%	1%	235
Werkrealschule (WRS)	<b>2007</b>	<b>31%</b>	<b>10%</b>	<b>4%</b>	<b>1%</b>	<b>33%</b>	<b>0%</b>	<b>10%</b>	<b>67</b>
	2006	32%	14%	2%	0%	31%	11%	9%	64
	2005	39%	22%	4%	4%	24%	4%	4%	51
	2004	41%	8%	4%	2%	27%	0%	12%	49
Realschule (RS)	<b>2007</b>	<b>26%</b>	<b>21%</b>	<b>1%</b>	<b>1%</b>	<b>33%</b>	<b>4%</b>	<b>8%</b>	<b>281</b>
	2006	28%	29%	0%	0%	22%	5%	18%	119
	2005	31%	35%	0%	1%	21%	2%	9%	210
	2004	39%	17%	0%	0%	31%	3%	10%	230

<sup>11</sup> Von den nicht in eine Lehrstelle vermittelten und laut Bundesagentur für Arbeit „alternativ verbliebenen“ LehrstellenbewerberInnen sind bundesweit 38,8% weiter zur Schule gegangen (siehe Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006, S. 80)

<sup>12</sup> Ähnliche Chancen bietet im besten Falle auch das BVJ für HauptschülerInnen, die ihre Schulzeit ohne oder mit sehr schlechtem Hauptschulabschluss abgeschlossen haben.

<sup>13</sup> In dieser Kategorie werden jene AbsolventInnen erfasst, die explizit angeben, ihr Anschluss sei noch unklar oder deren Angaben völlig unklar sind.

Wie sehen an der Badischen Bergstraße nun die **Übergangsquoten aus Haupt- und Werk-/Realschulen in weiterführende Schulen** aus? Folgende Entwicklungen lassen sich im Zeitraum 2004 bis 2007 beobachten<sup>14</sup>:

- Der Besuch weiterführender (beruflicher) Schulen ist inzwischen die **meistgenutzte Anschlussperspektive** nach der Haupt- und Werk-/Realschule. Damit ist ein Qualifizierungsweg, den vor Jahren nur die leistungsstarken SchülerInnen einschlugen, heute zum **Normalweg** geworden.
- Den **beruflichen Schulformen** kommt beim Erwerb höherer Bildungsabschlüsse inzwischen eine große, teils sogar eine **größere Bedeutung** zu als den weiterführenden allgemein bildenden Schulen.
- Die **HauptschulabsolventInnen** der Badischen Bergstraße favorisieren zum Erreichen der Mittleren Reife die 2-jährige Berufsfachschule. Der Anteil dieser Übergänge hat sich von 2004 bis 2007 auf 26% fast verdoppelt. Seit 2006 streben 49% aller Hauptschul-AbsolventInnen einen Mittleren Abschluss an.
- Für ein Drittel aller **AbsolventInnen von Real- und Werkrealschulen** führt der Weg zum Berufskolleg. Knapp die Hälfte aller Jugendlichen mit Mittlerem Abschluss besucht anschließend eine weiterführende Schule.

Und welche Anschlussperspektiven finden die **AbsolventInnen weiterführender beruflicher Schulen**?

Zunächst zu den **2-jährigen Berufsfachschulen (2BFS)**, die von der Helen-Keller-Schule und der Hans-Freudenberg-Schule in mehreren Berufsfeldern angeboten werden: Diese Schulform, die berufsfeldbezogenes Wissen und einen mittleren Bildungsabschluss vermittelt, war neben dem berufsvorbereitenden BVJ die „Boom-Schulform“ der vergangenen Jahre. Wechselte 2004 nur jede/r siebte AbsolventIn einer Hauptschule in diese Schulform, so war es zwei Jahre später mehr als jede/r Vierte. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der AbsolventInnen, der die 2BFS mit unklarer Anschlussperspektive verließ, auf 35% (2006) mehr als verdoppelt. Auch stieg der Anteil derjenigen, die keinen mittleren Abschluss erreichten oder vorzeitig abbrechen. 2007 hatten 29% aller AbsolventInnen keine klare Anschlussperspektive. – 18% der befragten AbsolventInnen hatten 2007 eine andere als die deutsche Staatsbürgerschaft. Beim Übergang in eine Ausbildung waren aber nur 6% der Nicht-Deutschen erfolgreich.

Die Beobachtungen von Haupt- und BFS-LehrerInnen legen den Schluss nahe, dass die 2-jährige Berufsfachschule für SchülerInnen, die die Eingangsvoraussetzungen (nur) knapp erfüllen, immer stärker zur BVJ- bzw. BEJ-Alternative wird. Allerdings ohne dass damit immer klare Qualifizierungsziele und ausreichende Leistungspotenziale verbunden wären. LehrerInnen berichten, dass sich im Verlauf

---

<sup>14</sup> Soweit nicht anders ausgewiesen basiert das Folgende auf den Befunden der Schulabgängerbefragungen, die Job Central seit Jahren an der Badischen Bergstraße durchführt.



der 2 Jahre nicht selten Leistungs- und Disziplinprobleme einstellen. Ein Teil der Berufsfachschulen reagiert hierauf inzwischen mit strengen Zulassungsregeln und Versetzungsaufgaben ins 2. Schuljahr. 8% der befragten AbsolventInnen geben an, das 2. Jahr wiederholen zu wollen (2007).

Jugendliche, die die 2-jährige BFS vorzeitig oder ohne Schulabschluss verlassen (müssen) gelten bei der Beratungsstelle Job Central inzwischen als „Sorgenkinder“. Ihre Motivation und ihr Selbstvertrauen haben durch den Misserfolg gelitten. Zudem weisen sie ein bis zwei Jahre ergebnisloser Qualifizierungszeit auf. Wenn die Entscheidung dann gefallen ist, die Schule zu verlassen, sind sie oft (zu) spät dran für eine erfolgreiche Lehrstellensuche zum nächstmöglichen Ausbildungsstart oder für einen raschen Einstieg in andere Qualifizierungswege. So droht ein weiteres Jahr verloren zu gehen. – Trotz dieser Probleme darf nicht verkannt werden, dass die 2-jährige Berufsfachschule, neben der (Werk-)Realschule, beim Übergang in eine Ausbildung seit Jahren die erfolgreichste weiterführende Schulform ist. Junge MigrantInnen wählen seltener diesen Weg als junge Deutsche.

Obwohl die Schülerzahlen in den verschiedenen **Berufskollegs** (BK), die zu anspruchsvollen Berufsqualifizierungen und/oder zur berufsfeldbezogenen Fachhochschulreife führen, seit 2004 stiegen, sank die Übergangsquote ihrer AbsolventInnen in eine duale Ausbildung. Der Anteil derjenigen, die danach in eine betriebliche Ausbildung starten, hat sich zwischen 2004 und 2007 halbiert (von 40% auf 18%). Auch hier bezeichnet fast ein Drittel der Absolventen seine Anschlussperspektive als unklar. Ihr Anteil lag 2006 auf einem Rekordniveau von 37% und sank 2007 auf 28%. Hinzukamen 2007 9% Jugendliche, deren Verbleib der diffusen Restkategorie ‚sonstiges‘ zugerechnet werden muss. Auch die Berufskollegs scheinen einen größeren Anteil SchülerInnen aufzuweisen, der diese Schulform wenig zielgerichtet besucht bzw. der die neu erworbenen Qualifikationen wenig zielstrebig verwendet.

Unter den befragten BK-AbsolventInnen waren nur 12% Jugendliche mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft. Von ihnen hat im Anschluss keine/r eine Ausbildung begonnen.

Trotz aller Chancen, die mit den beruflichen Schulformen im einem pluralen Berufsbildungssystem verbunden sind, haben sich unsere 2005 formulierten Bedenken erhärtet: Es muss Sorge machen, dass viele Jugendliche durch den Besuch von weiterführenden Schulen kaum höherwertige und für ihre beruflichen Ziele verwertbare (Teil-)Qualifikationen erwerben. Die Anteile derjenigen, die scheitern oder die Schule wieder mit unklarer Perspektive verlassen, sind zu hoch. Dies kommt individuell einer Verschwendung von Lebenszeit und gesamtgesellschaftlich einer Vergeudung von Bildungsressourcen gleich.

Dabei entscheiden die Jugendlichen, ihre Eltern und BeraterInnen im Rahmen gegebener Handlungsmöglichkeiten durchaus rational, wenn sie auf die angespannte Ausbildungssituation und den geringen Marktwert des Hauptschulabschlusses mit verlängertem Schulbesuch reagieren. Allerdings drängt sich der Eindruck auf, es

ginge immer öfter nur noch darum, „irgendeinen Anschluss“ zu finden und die Jugendlichen „irgendwie zu versorgen“, und immer seltener darum, einen Weg zu realisieren, der ihren individuellen Fähigkeiten, Interessen und Leistungspotenzialen entspricht. Oder anders formuliert: Es scheint, angesichts der quantitativen Dimension drohender beruflicher Desintegration, der **notwendige Qualitätsanspruch** beim politischen Ausgestalten des Übergangs von der Schule in den Beruf immer mehr ausgehöhlt. Dies wäre eine gesamtgesellschaftlich riskante und volkswirtschaftlich teure Entwicklung, der – soweit möglich – regional und lokal begegnet werden muss.

**Schulabgängerbefragung 2007** mit Vergleichszahlen aus den Vorjahren:

**Übergänge der AbsolventInnen weiterführender beruflicher Schulformen**

Schulform (abgebend)		Betriebliche Ausbildung	weiterführende allgemein bildende Schule	1-jährige BFS	2-jährige BFS	Berufskolleg	sonstiges	„noch unklar“ <sup>15</sup>	Anzahl der Befragten  (100%)
2-jährige Berufsfach- schule (2BFS)	<b>2007</b>	<b>38%</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>	<b>18%</b>	<b>10%</b>	<b>29%</b>	<b>121</b>
	2006	24%	0%	0%	-	29%	14% <sup>16</sup>	35%	122
	2005	28%	8%	2%	-	24%	18%	20%	93
	2004	25%	9%	0%	-	2%	33%	15%	53
Berufs- kolleg (BK)	<b>2007</b>	<b>18%</b>	<b>2%</b>	-	<b>2%</b>	<b>30%</b>	<b>9%</b>	<b>28%</b>	<b>121</b>
	2006	19%	0%	-	-	28%	15%	37%	160
	2005	34%	1%	-	-	43%	9%	14%	77
	2004	40%	6%	-	-	25%	5%	18%	127

Auch die Schulstatistik des Rhein-Neckar-Kreises<sup>17</sup> bestätigt wesentliche Entwicklungen, die in der Schulabgängerbefragung sichtbar wurden: Im letzten Jahrzehnt sind die **Schülerzahlen an den beruflichen Schulen** des Kreises um 20% auf 10.338 im Schuljahr 2005/2006 gestiegen; ein weiterer Beleg für die Bedeutung beruflicher Schulen im pluralen Berufsbildungssystem. Wesentlichen Anteil daran hatten 2005/2006 die weiterführenden beruflichen Schulformen in Vollzeit. Die Prognosen erwarten hier einen weiteren Schüleranstieg. Diese Entwicklung hat bei den Schülerzahlen die jahrelang rückläufige duale Ausbildung

<sup>15</sup> In dieser Kategorie werden jene AbsolventInnen erfasst, die explizit angeben, ihr Anschluss sei noch unklar oder deren Angaben völlig diffus oder unklar sind.

<sup>16</sup> Unter „sonstiges“ werden bei AbsolventInnen der 2-jährigen Berufsfachschule auch die WiederholerInnen der Schulform erfasst. Ihr Anteil lag in den Jahren 2004 bis 2006 mit fallender Tendenz bei 23%, 13% und 6%.

<sup>17</sup> Rhein-Neckar-Kreis (2006)

kompensiert. Erst 2005/2006 hat sich der Rückgang der Teilzeitschüler an den Berufsschulen, die von Auszubildenden besucht werden, nicht mehr fortgesetzt.

### 3.3. Übergangswege der HauptschulabsolventInnen, nach Einzelschulen

Wenn im vorliegenden Bericht die schwierige Übergangssituation von HauptschülerInnen diskutiert wird, mag sich der eine oder die andere LeserIn fragen, ob HauptschülerInnen denn seit Jahren immer leistungsschwächer werden. Diese Frage führt uns dazu, zunächst nachzuprüfen, wie sich die Kinder eines Altersjahrgangs auf die weiterführenden Schulen verteilen: Der Anteil derjenigen, der nach der Grundschule die Hauptschule besucht, sinkt bundesweit seit Jahren. Besonders in Kommunen mit bürgerlich geprägter Sozialstruktur und guter Schul- und Verkehrsstruktur gibt es „eine Abstimmung mit den Füßen“ gegen die Schulform Hauptschule.<sup>18</sup> Von Schuljahr 2002/2003 bis 2006/2007 sank die **Übergangsquote von der Grundschule in die Hauptschule** im hiesigen Landkreis von 30,1% auf 23,0%.<sup>19</sup> Dass dies zu einer Konzentration von SchülerInnen in schwierigen sozialen Lebenslagen und mit besonderem Unterstützungs- und Förderbedarf führt, liegt auf der Hand. Das heißt aber nicht, dass alle HauptschülerInnen heute per se leistungsschwächer sind als noch vor Jahren. Die Herausforderungen für die Schulen haben sich aber verschärft. Und diese Anforderungen können sich an den Schulstandorten sehr unterschiedlich darstellen. Der jeweilige Schüleranteil mit Migrationshintergrund wäre hier nur ein möglicher Indikator.

Vergleicht man nun die Befunde der Schulabgängerbefragung aus **sieben Hauptschulen** der Badischen Bergstraße, die sich zwischen 2004 bis 2007 an unserer Erhebung beteiligt haben, so springen – auch jenseits von jahrgangsspezifischen Schwankungen – **große Unterschiede** bei den Übergangswegen und -quoten ihrer AbsolventInnen ins Auge. Die Anteile bei den Einmündungen in eine Berufsausbildung, in weiterführende (berufliche) Schulen und ins BVJ bzw. BEJ differieren ganz erheblich. Darin werden nicht nur unterschiedliche örtliche Rahmenbedingungen (z.B. Vorhandensein einer Werkrealschule vor Ort) und Differenzen in der Sozialstruktur von Wohnbevölkerung und Schülerschaft sichtbar, sondern vor allem auch unterschiedliche Handlungsstrategien der Schulen. Ganz erhebliche Gestaltungsspielräume ergeben sich unter anderem beim Schulprofil, beim pädagogischen (Förder-)Konzept, bei Art und Umfang von Kooperationen mit außerschulischen Partnern sowie insgesamt bei der Konsequenz und professionellen Systematik, mit der die Berufsvorbereitung der SchülerInnen vorangetrieben wird.<sup>20</sup> Auch die neue DJI-Übergangsstudie zu Stuttgarter Hauptschulen bilanziert: Nicht die soziale Zusammensetzung ihrer Schülerschaft, sondern die Qualität der

---

<sup>18</sup> Siehe dazu Felger (2005): 1. Berufsintegrationsbericht, S. 47

<sup>19</sup> „Im Kreis ist die Hauptschule auf dem absteigenden Ast...“ (2007)

<sup>20</sup> Zu den unterschiedlichen Handlungsstrategien der Schulen siehe auch 1. Berufsintegrationsbericht 2005, Kap. 7, S. 38ff.

**schulischen Handlungsstrategie, macht den Unterschied.**<sup>21</sup> Natürlich ist das auch eine Frage der Ressourcen.

---

<sup>21</sup> Deutsches Jugendinstitut/Landeshauptstadt Stuttgart (2007), S. 64ff

Zunächst zur Entwicklung der Übergangswege zwischen 2004 und 2007 an den **Weinheimer Hauptschulen**: An beiden Hauptschulen hält der starke Trend zum Besuch weiterführender Schulen an. An der **Dietrich-Bonhoeffer-Schule** ist der Zustrom zum Erwerb eines mittleren Bildungsabschluss seit Jahren sehr viel stärker ausgeprägt als an der Karrillonschule (2006: 51% vs. 28%). Die Übergangsquote zur hauseigenen Werkrealschule aber auch zur 2-jährigen Berufsfachschule liegt hier weit über denen der Karrillonschule. An der Bonhoeffer-Schule haben sich die Übergänge ins BVJ bzw. BEJ von 2004 zu 2005 mehr als halbiert, steigen seither aber wieder kontinuierlich an. Die Übergänge in Berufsausbildung haben sich seit 2004 auf 13% halbiert. Insgesamt liegen die Übergangsquoten der Bonhoeffer-Hauptschule 2007 ganz nahe am Durchschnitt aller Hauptschulen.

2005 lag die Übergangsquote in Ausbildung an der **Karrillonschule**, entgegen dem ungünstigen Trend, etwas über dem Durchschnitt aller Hauptschulen. In den anderen Jahren lag sie, zum Teil deutlich, unter dem Durchschnitt aller Hauptschulen. 2007 war schließlich ein „schwarzes Jahr“: die Schule verzeichnet keine/n AbsolventIn mit Übergang in Ausbildung. Zugleich finden sich in allen Jahren vergleichsweise wenige Wechsel in weiterführende Schulen; und wenn, dann eher zur 2-jährigen Berufsfachschule als zur Werkrealschule. Die bittere Kehrseite der wenigen Übergänge in weiterführende Schulen und Ausbildung ist die seit Jahren höchste Übergangsquote ins BVJ bzw. BEJ. (2007: 56% vs. alle Hauptschulen: 30%).

Hier macht sich die Sozialstruktur der Schülerschaft, insbesondere der erhöhte Förderbedarf von Kindern aus Zuwandererfamilien, bemerkbar. Je nach Jahrgang haben zwei Drittel bis drei Viertel der Karrillon-SchülerInnen einen Migrationshintergrund; das ist die höchste Quote an der Badischen Bergstraße. Offenbar kann die Schule die notwendige Förderung bislang nicht ausreichend bieten. Dass dies bei angemessener Ressourcenausstattung der Schulen möglich ist, zeigen internationale Vergleiche z.B. mit den Niederlanden.<sup>22</sup> Auch die neue Stuttgarter Hauptschulstudie kommt zu dem Ergebnis, dass die Art und Weise wie die Schule Förderung organisiert den entscheidenden Unterschied macht und ausdrücklich nicht die Zusammensetzung der Schülerschaft.<sup>23</sup>

Wie sieht es nun an den **Hauptschulen der Badischen Bergstraße** aus? Auch hier gibt es einen starken Trend zu weiterführenden Schulen, zulasten direkter Übergänge in Ausbildung. Ob eher die Werkrealschule oder die 2-jährige Berufsfachschule besucht wird, entscheidet sich offenbar daran, welche Schulen vor Ort oder verkehrsgünstig erreichbar sind. Zwischen 2004 und 2007 fallen folgende Entwicklungen auf:

Die **Johannes-Kepler-Schule** in Heddesheim zeigt über die Jahre hinweg eine auffallend hohe Übergangsquote in Ausbildung. Diese konnte, nach einem Einbruch in 2005, in den Folgejahren gegen den Gesamttrend wieder gesteigert werden

---

<sup>22</sup> Schönwälder (2007) und die Fußnote zu Schönwälder in Kap. 6

<sup>23</sup> Deutsches Jugendinstitut/Landeshauptstadt Stuttgart (2007), S. 64

(2007: 19%). 2006 gab es vergleichsweise wenige Übergänge in eine weiterführende Schule, deshalb hat der Zustrom zum BVJ erstmals den hohen Durchschnitt aller Hauptschulen erreicht.

Die **Martin-Stöhr-Schule** in Hirschberg-Leutershausen, von der für 2006 keine Daten vorliegen, hat nur einen kleinen einzügigen Hauptschulzweig. Prozentuale Angaben sind daher mit Vorsicht zu behandeln; die Übergangsquoten sind hier stark schwankend. Der „Trend“ hoher Übergangsquoten in weiterführende Schulen bei wenigen Übergängen in Ausbildung hat sich in 2007 nicht fortgesetzt. Die Übergangsquoten in Ausbildung waren bis 2005 vergleichsweise niedrig, 2007 sind sie deutlich gestiegen. Bisher strebten die meisten AbsolventInnen einen mittleren Bildungsabschluss an, was sich wohl auch aus der bürgerlichen Sozialstruktur Hirschbergs erklärt.

Die **Friedrich-Schiller-Schule** in Hemsbach ist seit Jahren Spitzenreiter in Sachen Schulbesuch zum mittleren Abschluss. 2004 und 2005 besuchte hier jede/r Zweite Hauptschulabsolvent eine weiterführende Schule, seit 2006 sind es mehr als 60%. Das ist die höchste Übergangsquote in weiterführende Schulen aller Hauptschulen. Gleichzeitig ist seit 2006 der Anteil Jugendlicher, die eine Ausbildung begannen, leicht gestiegen. Gegen den Gesamt-Trend lag er 2007 über dem (insgesamt gesunkenen) Wert aller Hauptschulen. Dank dessen hatte die Schiller-Schule in den letzten beiden Jahren eine der niedrigsten Übergangsquoten ins BVJ und BEJ.

An der **Kurpfalz-Schule** in Schriesheim lag die Verteilung der Übergangswege 2006 nahe am Durchschnitt aller Hauptschulen. 2007 war der Übergang in weiterführende Schulen stark überdurchschnittlich und der Übergang ins BVJ/BEJ weit unterdurchschnittlich. Die SchülerInnen, die einen mittleren Abschluss anstrebten, orientierten sich 2006 noch ganz stark auf die Werkrealschule vor Ort (45%). 2007 bevorzugten diese nur noch 18%. Dafür gingen 53% zur 2-jährigen Berufsfachschule.

Von der **Langenberg-Schule** in Birkenau liegen leider nur für 2005 Daten vor. Diese sind aber umso interessanter: Die Schule wies damals die mit Abstand höchste Übergangsquote in Ausbildung aus (32%). Zugleich war die Übergangsquote in weiterführende Schule mit 40% hoch. Daraus resultierte 2005 eine spektakulär niedrige BVJ-Übergangsquote von nur 11%. Ob diese Indikatoren für eine erfolgreiche Berufsvorbereitungsarbeit über die Jahre stabil bleiben und beispielsweise auf das engagierte Praktikumskonzept der Schule zurückgehen, wäre zu prüfen.

Die vergleichende Analyse der Übergangssituation an Einzelschulen, die für die örtlichen Akteure ohne Zweifel interessant ist, soll jedoch keiner unproduktiven Konkurrenzen Vorschub leisten. Sie macht nur Sinn, wenn sie dazu anregt, nach erfolgreichen Handlungsstrategien zu forschen und voneinander zu lernen. Letztlich kann es nicht darum gehen, Konkurrenzvorteile einzelner Schulen bzw. ihrer AbsolventInnen zu fördern. Ziel muss vielmehr die Chancengleichheit aller HauptschülerInnen sein. Das verweist auf die **Notwendigkeit** einer **abgestimmten**

## Hauptschulentwicklung in der Region; erst recht bei insgesamt rückläufigen Schülerzahlen.

**Schulabgängerbefragung 2007** mit Vergleichszahlen aus den Vorjahren:

### Übergänge der AbsolventInnen aus Hauptschulen nach Einzelschulen

Schule und Schulort <sup>24</sup>		Berufs- ausbildung	weiterführende, allgemein. bild. Schule	1-jährige BFS	2-jährige BFS	BVJ bzw. BEJ	Sonstiges <sup>25</sup>	Anzahl der Befragte n  (100%) <sup>26</sup>
Dietrich-Bonhoeffer- Schule, Weinheim	<b>2007</b>	<b>13%</b>	<b>23%</b>	<b>2%</b>	<b>28%</b>	<b>28%</b>	<b>7%</b>	<b>61</b>
	2006	14%	16%	0%	37%	26%	5%	69
	2005	13%	25%	3%	40%	20%	0%	40
	2004	25%	17%	0%	11%	42%	5%	71
Karrillonschule, Weinheim	<b>2007</b>	<b>0%</b>	<b>10%</b>	<b>0%</b>	<b>18%</b>	<b>56%</b>	<b>15%</b>	<b>39</b>
	2006	13%	6%	9%	28%	43%	1%	47
	2005	19%	12%	7%	12%	48%	2%	42
	2004	14%	7%	12%	21%	44%	2%	43
Friedrich-Schiller- Schule, Hemsbach	<b>2007</b>	<b>17%</b>	<b>40%</b>	<b>2%</b>	<b>21%</b>	<b>19%</b>	<b>0%</b>	<b>42</b>
	2006	12%	30%	0%	33%	25%	0%	67
	2005	9%	33%	6%	20%	30%	2%	54
	2004	9%	35%	9%	17%	30%	0%	66
Johannes-Kepler- Schule, Heddesheim	<b>2007</b>	<b>19%</b>	<b>28%</b>	<b>3%</b>	<b>9%</b>	<b>38%</b>	<b>3%</b>	<b>32</b>
	2006	24%	6%	6%	30%	30%	3%	33
	2005	16%	35%	0%	19%	0%	28% <sup>27</sup>	28
	2004	36%	31%	5%	8%	15%	5%	39
Martin-Stöhr- Schule, Hirschberg	<b>2007</b>	<b>22%</b>	<b>17%</b>	<b>4%</b>	<b>22%</b>	<b>26%</b>	<b>9%</b>	<b>23</b>
	2006	-	-	-	-	-	-	-
	2005	13%	60%	7%	7%	7%	7%	15
	2004	13%	31%	0%	13%	44%	0%	16
Kurfalz-Schule, Schriesheim	<b>2007</b>	<b>13%</b>	<b>18%</b>	<b>0%</b>	<b>53%</b>	<b>13%</b>	<b>3%</b>	<b>38</b>
	2006	18%	45%	0%	0%	35%	3%	40
	2005	8%	40%	0%	24%	12%	16%	25
Langenberg-Schule, Birkenau	2005	32%	19%	6%	21%	11%	11%	47
<b>Gesamt</b>	<b>2007</b>	<b>13%</b>	<b>23%</b>	<b>2%</b>	<b>26%</b>	<b>30%</b>	<b>6%</b>	<b>235</b>
	2006	15%	21%	2%	28%	31%	3%	256
	2005	17%	28%	4%	22%	21%	8%	254

<sup>24</sup> Vom Hauptschulzweig der Martin-Stöhr-Schule liegen für 2006 keine Daten vor. Der Hauptschulzweig der Kurfalz-Schule hat sich 2005 erstmals, die Langenberg-Schule in Birkenau hat sich nur 2005 beteiligt.

<sup>25</sup> Hierin enthalten: Übergänge in Maßnahmen der Arbeitsagentur, in Zivildienst/Bundeswehr, ins Freiwillige soziale/ökologische Jahr, WiederholerInnen, „sonstiges“ und uneindeutige Antworten.

<sup>26</sup> Abweichungen zu 100% erklären sich hier ggf. als Rundungsfehler.

<sup>27</sup> Darunter 19% „unklare Perspektive“, die vermutlich ins BVJ gehen werden.

2004	20%	23%	6%	14%	35%	2%	235
------	-----	-----	----	-----	-----	----	-----

### 3.4. Das Berufsvorbereitungsjahr und die Anschlussperspektiven

Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) gehört, zusammen mit der neuen Schulform BEJ (siehe Kap. 7), den betrieblichen EQJ-Langzeitpraktika und den Berufsvorbereitungsmaßnahmen der Arbeitsagentur und den Arbeitsgelegenheiten für arbeitslose Jugendliche (Zusatzjobs), zum **Übergangssystem zwischen allgemein bildender Schule und Berufsausbildung**. Dieses berufsvorbereitende Segment gehört rechtlich teils zum (Berufs-)Bildungssystem, teils zum System der sozialen Grundsicherung. Die Zuständigkeiten hierfür sind stark zersplittert. Es wurde in den letzten 10 Jahren stark ausgebaut. Doch zunächst zum BVJ.

In Baden-Württemberg wie im Rhein-Neckar-Kreis war das **BVJ** jahrelang eine der Schulformen mit sehr starkem Schülerwachstum. Offenbar eine Folge der begrenzten Aufnahmefähigkeit des Ausbildungsmarktes für weniger leistungsstarke Jugendliche und des Antizipierens dieser Schwierigkeiten seitens der Jugendlichen und ihrer Eltern. Der BVJ- bzw. BEJ-Besuch ist eine Alternative zur Ausbildung(splatzsuche), wenn auch eine unbeliebte. Die zumeist minderjährigen Hauptschul-AbsolventInnen sind noch berufsschulpflichtig. Wenn sie weder einen Ausbildungsplatz haben noch zu weiterführenden (beruflichen) Schulen gehen, müssen sie das 1-jährige BVJ bzw. BEJ als Pflichtschule besuchen.

Im Schuljahr 2005/2006 war die **Anzahl der BVJ-SchülerInnen** im Rhein-Neckar-Kreis erstmals seit Jahren leicht rückläufig.<sup>28</sup> Ursache dafür ist wohl, dass viele Jugendliche bei der Berufswahl bzw. Lehrstellensuche nicht mehr so wählerisch waren. Der Ausbildungsmarkt wurde viel besser abgeschöpft als in den Vorjahren.

Im Schuljahr 2006/2007 gab es in Weinheim, inkl. der 2-jährigen BVJ-Kooperationsklassen mit Förderschulen, neun BVJ- bzw. BEJ-Klassen. Die Schulabgängerbefragung hat im Juli 2007 138 BVJ- bzw. BEJ-AbsolventInnen erfasst.

Seit dem Schuljahr 2005/2006 gab es zusätzlich zu den Angeboten an der Hans-Freudenberg- und der Helen-Keller-Schule einen **privaten BVJ-Anbieter** im Auftrag des Landes. Träger der Carlo-Schmid-Schule, die in der alten Uhlandschule ein BVJ „Handel und Verwaltung“ unterrichtet, ist der Internationale Bund.

Seit Jahren wird der Reformbedarf des BVJ diskutiert. Auf Landesebene hat dies nun zu einer neuen berufsvorbereitenden Schulform geführt, die seit 2006/2007 landesweit erprobt wird: zum 1-jährigen **Berufseinstiegsjahr** (BEJ). Vorreiterin war

<sup>28</sup> Die Schulstatistik des Rhein-Neckar-Kreises weist für die beiden BVJ-Kreisschulen in Weinheim im Schuljahr 2005/2006 gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 23 BVJ-Schüler aus. Zwei Drittel gingen auf die gewerbliche, ein Drittel auf die hauswirtschaftlich-pflegerische Schule zurück. (Rhein-Neckar-Kreis, 2006)



in Weinheim die Helen-Keller-Schule; seit Schuljahr 2007/2008 bietet auch die Hans-Freudentberg-Schule ein BEJ an.

Das BEJ soll alle Hauptschul-AbsolventInnen aufnehmen, die einen Schulabschluss erreicht haben. Anders als beim BVJ müssen sich die Jugendlichen im BEJ für ein Berufsfeld entscheiden; das breite Berufsfeldspektrum des BVJ fällt hier weg. Stattdessen soll das BEJ eine systematische Kompetenzanalyse und eine gezielte Kompetenzförderung bieten, verbunden mit berufspraktischen (Praktika) wie fachtheoretischen Einblicken in das ausgewählte Berufsfeld. Das Nachholen oder Verbessern des Hauptschulabschlusses ist nicht mehr möglich. Ein bildungspolitisches Ziel der Landesregierung ist es, den Hauptschulabschluss wieder an die Hauptschule zurückzuverlagern. Daher wird die bisherige Möglichkeit, im BVJ den Hauptschulabschluss zu verbessern oder nachzuholen, hart begrenzt. Man verspricht sich davon eine Aufwertung der Hauptschule.<sup>29</sup>

Solange das BEJ im Versuchstadium arbeitet, bleibt daneben die alte BVJ-Form erhalten. Perspektivisch soll das BVJ als Kooperationsklassen zwischen Haupt- und Beruflichen Schulen weiterentwickelt werden. Diese Schulform stünde dann voraussichtlich den leistungsschwächsten HauptschülerInnen offen, bei denen sich bereits in der 8. Klasse abzeichnet, dass sie Schwierigkeiten haben werden, einen Schulabschluss zu erreichen. Sie sollen in eigenen Klassen zusammengefasst und besonders gefördert werden.

Wie gezeigt, muss der **BVJ-** bzw. **BEJ-Besuch** inzwischen fast als **Normalweg der leistungsschwächeren Hauptschul-AbsolventInnen** gelten. An der Badischen Bergstraße gingen 2006 und 2007 rund 30% diesen Weg. Diese Übergangsquote streute in 2007, je nach Hauptschule, zwischen 13% und 56%. Damit ist die Schere zwischen den Hauptschulen noch weiter aufgegangen.

Wie sehen nun die **Anschlussperspektiven für die BVJ- und BEJ-AbsolventInnen** aus? Eröffnet die 1-jährige Berufsvorbereitung neue Integrationschancen oder erweist sie sich eher als Warteschleife oder Sackgasse?

Von **2004 bis 2006** haben sich die **Berufsstartchancen** nach dem BVJ bzw. BEJ deutlich **verschlechtert**. Alle BVJ- und BEJ-Schulen weisen bis 2006 einen starken Rückgang der Übergänge in eine betriebliche Ausbildung auf; gleichzeitig waren die Übergänge in weiterführende Schulen rückläufig. Die einzigen Kategorien mit deutlichem Wachstum waren „sonstiges“ und „Anschluss unklar“. Im Jahr 2006 blieben drei von vier BVJ-AbsolventInnen (73%) ohne Qualifizierungsperspektive. Sie hatten nach einem weiteren Jahr Berufsvorbereitung ihre Anschlussperspektive nicht geklärt oder wenigstens eine teilqualifizierende (Berufs-)Bildungsperspektive gefunden; nicht wenige dieser Jugendlichen müssen nach landläufigen Kriterien wohl

---

<sup>29</sup> 2005 hatten wir gezeigt, dass über die Hälfte der Weinheimer BVJ-SchülerInnen bereits beim BVJ-Eintritt einen Hauptschulabschluss besaßen (Schuljahr 2003/2004). Gut ein Drittel konnte seinen Abschluss im BVJ verbessern. (siehe 1. Berufsintegrationsbericht 2005, Kap. 3.4, S. 20ff)

als (noch) nicht ausbildungsreif gelten<sup>30</sup>. Das waren 103 junge Männer und Frauen von der Badischen Bergstraße und aus angrenzenden Odenwald-Gemeinden, deren Berufsintegration akut gefährdet ist. Besonders gefährdet sind nicht in Deutschland geborene Jugendliche türkischer Herkunft. Ihr Risiko, nach der Berufsvorbereitung erwerbslos zu werden und dies über einen längeren Zeitraum zu bleiben, ist besonders groß.<sup>31</sup>

Die Übergangsdaten vom Sommer **2007** machen, im Vergleich zum Vorjahr, **vorsichtige Hoffnung auf Besserung**, allerdings von einer miserablen Ausgangslage aus. Erstmals seit 2004 gab es aus BVJ und BEJ wieder mehr Übergänge in eine betriebliche Ausbildung (+ 4%) *und* mehr Übergänge in die 2-jährige Berufsfachschule (+ 4%). Der Anteil der AbsolventInnen mit „sonstigen“ oder „unklaren“ Anschlussperspektiven sank um 14% auf noch immer 59%.

Die Übergangsquoten machen weitere Unterschiede zwischen den Schulen erkennbar: An den beiden öffentlichen Schulen gab 2007 rund 40% der AbsolventInnen an, ihr Anschluss sei unklar; an der Schule in privater Trägerschaft waren es ein Drittel. Die größten Unterschiede gibt es bei den **Übergängen in Ausbildung**. Ihre Quote lag 2007 – addiert man betriebliche, schulische und überbetriebliche Ausbildung auf – an der Helen-Keller-Schule bei 23%, an der Hans-Freudenberg-Schule bei 15% und an der Carlo-Schmid-Schule bei 47%. Die Ergebnisse des privat geführten BVJs basieren allerdings auf einer Klasse mit nur 15 SchülerInnen. Durch die niedrige Schülerzahl können sich prozentuale Verzerrungen ergeben. Dennoch gibt dieses erstaunlich gute Übergangsergebnis einen Hinweis darauf, was ein BVJ unter guten Rahmenbedingungen, zu denen kleine Klassen, eine ergänzende sozialpädagogische Begleitung und eine intensive und individuelle Berufswegeplanung gehören, leisten kann.

Die leichte Verbesserung der insgesamt schlechten Situation darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer noch **60% der AbsolventInnen** das BVJ bzw. BEJ **ohne qualifizierende Anschlussperspektive** verlassen. Ob sich wenigstens dieses Ergebnis stabilisiert, bleibt zu beobachten.

Sehr interessant ist die Binnendifferenzierung der erfolgreichen Übergänge: An den beiden Kreis-Berufsschulen, die ja den Großteil der BVJ- und BEJ-SchülerInnen unterrichten, waren die **ausländischen Jugendlichen** beim Übergang in Ausbildung insgesamt erfolgreicher als deutsche Jugendliche. 2007 am erfolgreichsten waren die ausländischen Männer „anderer Nationalitäten“ und die türkischen Frauen.<sup>32</sup> Letztere profitierten besonders von geförderter überbetrieblicher Ausbildung.

---

<sup>30</sup> Zur Expertendiskussion um Ausbildungsreife siehe Berufsbildungsbericht 2006, S. 165 und 171 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007)

<sup>31</sup> Siehe die repräsentative Längsschnittstudie des Deutschen Jugendinstituts (2006), S. 19

<sup>32</sup> 20% der türkischen Männer, 30% der Männer anderer Nationalitäten, aber nur 11,5% der deutschen Männer hatten einen Ausbildungsplatz. Bei den Frauen waren es nur 17% der Deutschen, aber 44,5% der Türcinnen und 28,5% der Frauen anderer Nationalitäten. – Trotz eventueller Verzerrungen, die sich aus kleinen Grundgesamtheiten ergeben, ist das ein interessantes Ergebnis.

Im Vorjahresvergleich lässt sich vielleicht mit aller Vorsicht sagen: Während die ausländischen Männern und Frauen seit 2005 ihre Übergangsquote in Ausbildung steigern konnten, ist sie bei den Deutschen weiter zurückgegangen. Im BVJ/BEJ sammeln sich bei den Deutschen offenbar deutlicher als bei den jungen MigrantInnen Jugendliche mit vielfachen und ganz massiven Schwierigkeiten beim Berufsstart. Vielleicht benötigen Jugendliche aus Einwanderfamilien das Angebot auch eher als weiteres Förderjahr. Oder aufgrund ihrer, auf den Altersjahrgang bezogenen, hohen Übergangsquote von der Hauptschule ins BVJ/BEJ schlummern bei ihnen mehr unentdeckte Potenziale.

**Schulabgängerbefragung 2007** mit Vergleichszahlen aus den Vorjahren:

**Übergangswege der BVJ-AbsolventInnen**

Schule und Schulort		Betriebliche Ausbildung	Weiterführende Schule	1-jährige BFS	2-jährige BFS	sonstiges <sup>33</sup>	„noch unklar“ <sup>34</sup>	Anzahl der Befragten (100%) <sup>35</sup>
BVJ Helen-Keller-Schule	<b>2007</b>	<b>13%</b>	<b>0%</b>	<b>2%</b>	<b>19%</b>	<b>13%</b>	<b>44%</b>	<b>62</b>
	2006	5%	0%	0%	15%	28%	53%	80
	2005	17%	2%	0%	29%	15%	37%	59
BVJ Hans-Freudenberg-Schule	2004	20%	6%	0%	35%	5%	35%	66
	<b>2007</b>	<b>15%</b>	<b>0%</b>	<b>3%</b>	<b>16%</b>	<b>26%</b>	<b>39%</b>	<b>61</b>
	2006	25%	0%	2%	5%	21%	46%	44
BVJ Hans-Freudenberg-Schule	2005	33%	0%	0%	9%	22%	36%	55
	2004	20%	0%	6%	15%	31%	26%	54
	<b>2007</b>	<b>47%</b>	<b>7%</b>	<b>0%</b>	<b>7%</b>	<b>7%</b>	<b>33%</b>	<b>15</b>
BVJ Carlo-Schmid-Schule <sup>36</sup>	2006	16%	0%	0%	26%	5%	50%	18
	2005	-	-	-	-	-	-	-
	2004	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt BVJ	<b>2007</b>	<b>17%</b>	<b>1%</b>	<b>2%</b>	<b>17%</b>	<b>18%</b>	<b>41%</b>	<b>138</b>
	2006	13%	0%	1%	13%	24%	49%	142
	2005	25%	1%	0%	19%	19%	37%	112
	2004	20%	3%	3%	26%	17%	33%	120

<sup>33</sup> Hierzu gehören Jugendliche mit den Anschlüssen Maßnahmen der Arbeitsagentur, Zivildienst/Bundeswehr, Freiwilliges soziales/ ökologisches Jahr oder andere Praktika, WiederholerInnen sowie die Rest-Kategorie „sonstiges“.

<sup>34</sup> Diese Jugendlichen geben an, ihr Anschluss sei unklar oder ihre Angaben waren diffus oder unklar.

<sup>35</sup> Abweichungen zu 100% erklären sich hier als Rundungsfehler.

<sup>36</sup> Diese Schule gibt es erst seit dem Schuljahr 2005/2006.

### 3.5. AltbewerberInnen auf dem Ausbildungsmarkt

Bislang haben wir – auf Basis unserer Schulabgängerbefragung – die Übergangswege von Jugendlichen im direkten Anschluss an ihre Schulentlassung verfolgt. Damit wurde nur ein Teil der Ausbildung suchenden Jugendlichen erfasst. Obwohl hierzu kaum regionalisierte Daten vorliegen und wir deshalb auf Untersuchungsergebnisse des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zurückgreifen müssen<sup>37</sup>, soll nun die Situation der Altbewerberinnen und Altbewerber kurz skizziert werden.

Als AltbewerberInnen gezählt werden alle Personen, die sich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als den jeweils aktuellen beworben haben. Dazu gehören Jugendliche, die sich schon einmal um einen Ausbildungsplatz bemüht hatten, aber zunächst erfolglos waren und nun eine Wartezeit überbrücken, und solche, die sich zunächst anders orientiert haben, ihre Ausbildungsplatzsuche aber aufrechterhalten. Sie befinden sich z.B. in (berufs-)schulischen Angeboten (BVJ, BEJ, Berufsfachschulen u.a.), in Praktika, Jobs, in Maßnahmen der Arbeitsagentur oder in Arbeitslosigkeit.<sup>38</sup>

Aus repräsentativen Untersuchungen des BIBB wissen wir, dass AltbewerberInnen ganz überwiegend volljährig sind (85%). Jugendliche mit Migrationshintergrund und Frauen, Jugendliche mit Hauptschulabschluss, aber auch solche mit Fachhochschulreife sind in dieser Gruppe etwas überrepräsentiert.

„Die Gesamtzahl der Lehrstellenbewerber, die in Alternativen zu einer Ausbildungsstelle (...) einmünden, ist hoch. 2006 betrug sie 348.000. Das war fast jeder zweite gemeldete Bewerber.“ (S. 7) Das zukünftige Altbewerberpotenzial wurde vom BIBB Anfang 2007 bundesweit auf rund 325.100 Personen geschätzt. Hierzu gehören bei der Bewerbung erfolglose SchulabsolventInnen 2008 und die Jugendlichen mit Ausbildungsinteresse, die derzeit alternativ verblieben sind oder Wartezeiten überbrücken.

„Der Anteil der Altbewerber unter den Lehrstellenbewerbern ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Aber gerade diese Gruppe hat es besonders schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Im Vergleich zu den Bewerbern, die erstmals auf Lehrstellensuche sind, verfügen Altbewerber zwar nicht über schlechtere Schulabschlüsse, dennoch sind ihre Chancen, tatsächlich in eine Berufsausbildung einzumünden, geringer. Ihre Einmündungschancen verschlechtern sich noch weiter, je länger ihre erstmalige Bewerbung zurückliegt.“ (S. 1) Soweit zentrale Befunde einer repräsentativen Befragung von bei der Arbeitsagentur gemeldeten AltbewerberInnen.

---

<sup>37</sup> Ulrich/Krekel (2007)

<sup>38</sup> Offizielle Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zählen – anders als in zitiert Studie des BIBB – erfolglose AltbewerberInnen, die zunächst alternativ verblieben sind, nicht zu den Ausbildungsnachfragern. Dazu werden nur Jugendliche gezählt, „die sich zu *keiner* Überbrückungs- oder sonstigen Alternative für eine Berufsausbildung entschlossen haben.“ (S. 7)

Auch in der Beratungsstelle von Job Central ist der Altbewerberanteil in den letzten Jahren weiter gestiegen. 2006 lag der Anteil Jugendlicher, die bereits im Vorjahr betreut wurden, bei 30%; der Altbewerberanteil war sicher noch höher.

Welche Merkmale fördern nun – laut BIBB-Untersuchung – den Übergang von AltbewerberInnen in eine Ausbildung? Zur Einmündung in eine Lehre tragen im Zusammenspiel vieler Faktoren primär ein guter Schulabschluss und gute Noten bei. Besonders wichtig sind die Höhe des Schulabschlusses und die schulischen Leistungen in Mathematik und Deutsch. Fördernd wirken auch ein erfolgreich absolviertes EQJ-Langzeitpraktikum oder der Abschluss einer (höheren) Handelsschule.

Ein möglicher Migrationshintergrund spielt nach dieser Studie keine entscheidende Rolle. Anders die Beschäftigungssituation vor Ort: Wohnregionen mit hoher Arbeitslosigkeit mindern die Erfolgchancen.

Negative Effekte haben auch vorangegangene Ausbildungsabbrüche, regional eng begrenzte Bewerbungen und „mangelnde Anstrengungsbereitschaft der Jugendlichen“. (S. 4) „Auffällig ist der stark negative Effekt, den der Status eines Altbewerbers ausübt, der sich bereits vor mehr als zwei Jahren erstmalig um einen betrieblichen Ausbildungsplatz beworben hat. Es ist nicht auszuschließen, dass ein fortgeschrittenes Lebensalter, verbunden mit andauernder Erfolglosigkeit, zum Stigma wird und alleine deshalb den Bewerbungserfolg hemmt.“ (S. 4)

Dieser Befund zeigt, wie wichtig zweite (und dritte) Qualifizierungschancen sind. Dass diese zum Erfolg führen können, zeigt die DJI-Langzeitstudie: Nach fünf Jahren waren 83% bzw. 82% der Jugendlichen mit mittlerem oder geringerem Schulabschluss mindestens einmal erfolgreich bei der Suche nach einer dualen Ausbildung; sie hatten mindestens einmal eine Ausbildung begonnen. Viele HauptschülerInnen brauchen also länger, um bei der Lehrstellensuche erfolgreich zu sein. Oft sind sie erst als AltbewerberInnen erfolgreich.

### 3.6. Die Berufsintegration junger Migrantinnen und Migranten

Bereits 2005 hatten wir auf die **risikoreiche Berufsintegration** junger Migrantinnen und Migranten hingewiesen. Bei den Schul- und Berufsabschlüssen, die sie erreichen, gab es in den letzten Jahrzehnten zwar deutliche Verbesserungen, der Abstand zu den Gleichaltrigen deutscher Herkunft hat sich aber nicht verringert. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist der Übergang in den Beruf in den letzten Jahren noch schwieriger geworden. Ihr Anteil an den betrieblichen Berufsausbildungen sinkt seit Jahren.<sup>39</sup>

Doch zunächst ist zu klären, von welcher **Personengruppe** wir eigentlich sprechen. Mehr als ein Viertel aller 25-Jährigen (27,2%), das sind 6 Mio. Personen, haben in

---

<sup>39</sup> Berufsbildungsbericht 2007, S.432 (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 2007)

Deutschland einen Migrationshintergrund, das heißt: sie selbst oder mindestens ein Elternteil ist eingewandert, sie selbst oder mindestens ein Elternteil sind/ist nicht in Deutschland geboren *oder* sie haben nicht (oder nicht ausschließlich) die deutsche Staatsbürgerschaft. Auch viele nominell Deutsche gehören zu dieser Gruppe. „Fast die Hälfte der jungen Menschen mit Migrationshintergrund besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit und ist nicht selbst zugewandert.“<sup>40</sup> In Baden-Württemberg haben mehr als ein Drittel der Jugendlichen einen Migrationshintergrund. Im Schuljahr 2005/2006 besuchten in Weinheim 250 ausländische SchülerInnen<sup>41</sup> die Hauptschule und 326 die Grundschule.<sup>42</sup>

Wie steht es nun um die **Integration** junger Migrantinnen und Migranten **in eine Berufsausbildung**? Zunächst fällt auf:

- Überproportional viele junge AusländerInnen verlassen die allgemein bildenden Schulen bzw. die Beruflichen Schulen mit ungeklärten Anschlussperspektiven oder ohne berufliche oder schulische *Qualifizierungsperspektive*.<sup>43</sup>
- Junge MigrantInnen besuchen weit häufiger das BVJ als deutsche Jugendliche. Im Schuljahr 2004/2005 waren in Baden-Württemberg mehr als ein Drittel aller BVJ-SchülerInnen junge AusländerInnen oder AussiedlerInnen.<sup>44</sup>
- Junge MigrantInnen münden weit seltener in eine Berufsausbildung ein, als Jugendliche deutscher Herkunft; dies hat sich in den letzten Jahren noch einmal verschärft.<sup>45</sup> Die hiesige IHK verzeichnete bei den Vertragsabschlüssen für ausländische Azubis im Zeitraum 2004 bis 2006 einen Rückgang um 0,8% auf 6,4%. Im Juli 2007 hat an der Badischen Bergstraße erstmals kein männlicher Hauptschulabsolvent türkischer Nationalität eine Berufsausbildung.<sup>46</sup>

---

<sup>40</sup> Konsortium (2006), S. 142

<sup>41</sup> Problematisch ist, dass Analysen, die Deutsche und MigrantInnen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit unterscheiden, die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund, den Einfluss von Migrationserfahrung und des sozialen/kulturellen Kontextes von Migration systematisch unterschätzen. „Der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund (unter 25 Jahren), die das deutsche Bildungssystem durchlaufen, ist mit 27% mehr als doppelt so hoch, als bislang nach dem Ausländerkonzept ausgewiesen.“ (Konsortium 2006, S. 149) Weil ein Großteil der verfügbaren Daten noch immer auf dem alten „Ausländerkonzept“ basiert, ist es aber unvermeidlich, darauf zurückzugreifen.

<sup>42</sup> Statistisches Landesamt (2007)

<sup>43</sup> Unversorgte Jugendliche mit Migrationshintergrund machten 2006 rund 45% aller Hilfesuchenden in der Beratungsstelle von Job Central aus; ihr Anteil ist seit Jahren hoch. In die gleiche Richtung weisen Beobachtungen an der Wirtschaftsschule der Johann-Philipp-Reis-Schule, Weinheim vom Juli 2007: Von 42 befragten AbgangschülerInnen hatten nur 6 einen Ausbildungsplatz, darunter kein ausländische/r SchülerIn, dabei waren 21 SchülerInnen AusländerInnen. (Hermann 2007)

<sup>44</sup> Statistisches Landesamt (2006)

<sup>45</sup> Konsortium (2006), S. 153ff; Bommers u.a. (2006), auch Deutsches Jugendinstitut (2006), S. 154

<sup>46</sup> Schulabgängerbefragung von Job Central, Momentaufnahme vom Juli 2007

- Der Anteil der Auszubildenden an allen ausländischen Jugendlichen der Wohnbevölkerung lag 2005 mit 23,7% nur halb so hoch wie bei den gleichaltrigen Deutschen.<sup>47</sup> Dabei streben junge MigrantInnen genauso stark eine betriebliche Ausbildung an wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund.<sup>48</sup>

---

<sup>47</sup> Berufsbildungsbericht 2007, S.182 (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 2007)

<sup>48</sup> ebenda, S.104 (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 2007)

Bei aller notwendigen Binnendifferenzierung müssen junge MigrantInnen als *die* Risikogruppe des deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkts gelten. Insbesondere bei den Nachkommen der Arbeitsmigranten verweist vieles auf eine **verfestigte strukturelle Benachteiligung** am Übergang Schule-Beruf. Als wesentlicher Grund dafür gilt, neben fehlender Sprachkompetenz und knappen ökonomischen Ressourcen, die **doppelte Benachteiligung** eines großen Teils dieser Jugendlichen:

Zum einem verfügen ihre **Familien** oft über weniger ressourcenreiche soziale Netzwerke und über weniger kulturelles Kapital als deutsche Familien. Dabei können soziale Netzwerke (Berufs-)Bildungschancen öffnen und die Bildungsprozesse unterstützende Ressourcen mobilisieren. Kulturelles Kapital meint hier vor allem die im Einwanderungsland relevanten Denk- und Handlungsschemata, gefordertes Wissen, unterstellte Erfahrungen, Wertorientierungen und Verhaltensmerkmale etc., aber auch den Zugang zu kulturellen Gütern wie Büchern oder Nachweise institutionalisierter Bildung wie z.B. (Berufs-)Bildungsabschlüsse.<sup>49</sup>

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weist (im Bundesdurchschnitt) ein deutlich niedrigeres formales Bildungsniveau auf als Deutsche ohne Migrationshintergrund: 41% der 25- bis 35-jährigen MigrantInnen haben keinen beruflichen Bildungsabschluss; bei den Nicht-MigrantInnen sind es nur 15%.<sup>50</sup> MigrantInnen aus den ehemaligen Anwerbestaaten für Gastarbeiter, insbesondere aus der Türkei, verfügen über das niedrigste formale Qualifikationsniveau.

Zum anderen besuchen weitaus mehr Jugendliche aus Migrantenfamilien nur eine **Hauptschule** oder eine Sonderschule. Damit erwerben sie eine schlechte Ausgangsposition für den Wettbewerb um Ausbildungsplätze. Auch die Voraussetzungen für schulische Berufsbildungswege können sie so oft nicht erfüllen. Dabei wäre es gerade für diese Jugendlichen wichtig, Lücken der familiären Förderung durch geeignete frühkindliche, schulische und berufliche Bildung zu kompensieren.<sup>51</sup>

Ursachen für den hohen Migrantenanteil in Hauptschulen gibt es viele. Sie finden sich nicht zuletzt in der Benotungspraxis der Grundschulen und deren Übergangsempfehlungen. Die Chance, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen ist für Kinder, deren Eltern beide aus Deutschland kommen, 1,66 mal höher als für Kinder, deren Eltern im Ausland geboren sind. Nicht nur Leistung, sondern auch soziale Herkunft beeinflussen die Bildungswege in Deutschland.<sup>52</sup>

---

<sup>49</sup> Bommers u.a. (2006), die sich auf Bourdieu (1983) stützen

<sup>50</sup> Konsortium (2006), S. 146f

<sup>51</sup> Dass das möglich ist, zeigt Schönwälder (2007) in ihrem Ländervergleich mit den Niederlanden. Dort gibt es keinen linearen Zusammenhang zwischen ethnischer Verdichtung in bestimmten Wohnbezirken bzw. ethnischer Zusammensetzung der Schülerschaft mit den Schülerleistungen. Deutlich höhere Zuwendungen an Schulen mit höherem Integrationsaufwand gleichen die zu erwartenden Nachteile, die sich aus eingeschränkten Kenntnissen der Landessprache ergeben, aus.

<sup>52</sup> ebenda, S. 165



Etwa jedes sechste Schulkind ist derzeit in Baden-Württemberg ausländischer Nationalität oder AussiedlerIn. Diese Kinder bzw. Jugendliche verteilen sich höchst ungleich auf die **Schulformen**. Während sie in den Grundschulen entsprechend ihrem Anteil am Geburtenjahrgang 16,4% der SchülerInnen stellen, sind es in Hauptschulen gut 32% und in den Sonderschulen 27% (Schuljahr 2004/2005).<sup>53</sup>

„Die PISA-Befunde zeigen: Während Schüler ohne Migrationshintergrund sowie Schüler aus den Herkunftsgruppen der sonstigen Staaten vor allem in Realschulen und am Gymnasium anzutreffen sind, besuchen Schüler mit mindestens einem Elternteil aus der Türkei, sonstigen Anwerbestaaten und der ehemaligen Sowjetunion vornehmlich Haupt- und Realschulen. Innerhalb der zuletzt genannten Herkunftsgruppe zeigen sich dabei erhebliche Differenzen: So ist fast jeder zweite türkische Schüler an einer Hauptschule und nur jeder achte am Gymnasium. Von den Schülern aus den sonstigen Anwerbestaaten ist ein Drittel an der Hauptschule und ein Viertel an einem Gymnasium.“<sup>54</sup> Das Konsortium Bildungsberichterstattung kommt zum Ergebnis: „Dem deutschen Bildungssystem gelingt es, qualifizierte MigrantInnen zu fördern, nicht jedoch die Bildungshemmnisse bei den Problemgruppen auszugleichen.“<sup>55</sup>

Eine weitere Herausforderung ist die Konzentration junger MigrantInnen in bestimmten Schulen: In Deutschland besucht etwa jeder vierte Jugendliche mit, aber nur jeder zwanzigste Jugendliche ohne Migrationshintergrund eine Schule, in der die MigrantInnen die Mehrheit stellen. An den Schulen mit hohem Migrantenanteil konzentrieren sich v.a. SchülerInnen, die zuhause kein Deutsch sprechen.<sup>56</sup>

Der **Übergang in eine Berufsausbildung** ist für junge MigrantInnen noch schwieriger als für Gleichaltrige deutscher Herkunft. Und wie unterscheiden sich die Berufsintegrationswege von **Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund**?

- Innerhalb der Gruppe junger MigrantInnen gilt: „Nach Herkunftsmerkmalen weisen die Türken der 1. und 2. Generation die niedrigste Ausbildungsquote, (Spät-)Aussiedler die höchste auf. Offensichtlich gelingt auch die Integration der in Deutschland geborenen Türken ins Berufsbildungssystem nicht.“<sup>57</sup>
- Obwohl die traditionelle Abfolge „auf Pflichtschule folgt Berufsausbildung“ als gesellschaftliche Norm noch wirksam ist, können HauptschülerInnen diese kaum mehr realisieren – schon gar nicht ohne Brüche und Schleifen. Besonders weibliche Hauptschul-AbsolventInnen und solche mit

<sup>53</sup> Und an Realschulen 10,2% und Gymnasien 5,4%. Statistisches Landesamt (2006) Zur schulischen Segregation in der Sekundarstufe I, d.h. zum Zusammenhang zwischen Schulart, sozialer Herkunft der Schülerschaft und ihrem Migrantenanteil; siehe: Konsortium (2006), S. 161

<sup>54</sup> Konsortium (2006), 151

<sup>55</sup> Konsortium (2006), 148

<sup>56</sup> Konsortium (2006), 162

<sup>57</sup> Konsortium (2006), S. 155 in Bezug auf die Ergebnisse des DJI-Längsschnittpanels zum Übergang Schule-Beruf; siehe dazu u.a. Deutsches Jugendinstitut (2006)

Migrationshintergrund verfolgen inzwischen mehrheitlich andere Präferenzen. Sie bemühen sich um eine Strategie des „Chancen Optimierens“<sup>58</sup> und orientieren sich stärker und frühzeitig an einem weiteren Schulbesuch.

- Der Übergangsprozess in Richtung Beruf verlangt von HauptschülerInnen ein hohes Maß an Flexibilität; das gilt besonders für junge MigrantInnen. Dazu gehört auch, sich zunächst einmal mit der ungeliebten Alternative Berufsvorbereitung zu arrangieren. Für in der Türkei geborene Jugendliche ist das Risiko besonders hoch, auch nach dem BVJ zunächst oder für längere Zeit erwerbslos zu sein.<sup>59</sup>
- Bei gleichem Niveau der Fachleistungen ist für deutsche Jugendliche ohne Migrationshintergrund die Chance, eine vollqualifizierende Berufsfachschule oder Berufsschule zu besuchen, mehr als doppelt so groß wie für ausländische Jugendliche. Ohne Berücksichtigung der Fachleistungen ist sie mehr als fünf Mal größer.<sup>60</sup>
- Die Chance eines ausländischen Realschulabsolventen auf einen Ausbildungsplatz lag bis vor kurzem nicht höher als bei einem Hauptschulabsolventen. Bei deutschen lag sie 18% höher.<sup>61</sup> Auf dem Ausbildungsmarkt werden ausländische Jugendliche ganz offensichtlich systematisch diskriminiert.
- Ausländische Jugendliche verlassen berufliche Schulen deutlich öfter ohne Abschluss als deutsche Jugendliche.<sup>62</sup>
- Auch der Übergang ins Beschäftigungssystem ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. Unter den 20- bis 25-Jährigen mit deutscher Herkunft liegt sowohl der Anteil derjenigen, die noch in Ausbildung sind, als auch derjenigen, die in Beschäftigung sind, deutlich höher als bei den gleichaltrigen MigrantInnen. Diese sind häufiger arbeitslos. Zugleich ist der Anteil der Personen, die weder Arbeit suchen noch beschäftigt sind mehr als doppelt so hoch.<sup>63</sup>
- Der Anteil junger Frauen in Ausbildung oder Erwerbsarbeit ist bei den MigrantInnen deutlich niedriger als bei den Einheimischen. Unter den 20- bis 25-Jährigen ohne Migrationshintergrund liegt er bei rund 10%, bei der Gesamtgruppe junger Migrantinnen bei 23%, unter den Türkinnen bei 37%

---

<sup>58</sup> „Indem sie Bildungsabschlüsse erwerben, wollen sie ihre Chancen auf Zugang zu einer Berufsausbildung – sei sie schulisch oder betrieblich – verbessern.“ Deutsches Jugendinstitut (2006)

<sup>59</sup> Deutsches Jugendinstitut (2006), 18f

<sup>60</sup> Konsortium (2006), S. 156

<sup>61</sup> Sechster Bericht... (2005); die Daten stammen allerdings aus dem Erhebungszeitraum September 2002 bis Dezember 2004

<sup>62</sup> Bommers u.a. 2006, S. 11 mit Bezug auf Daten des Statistischen Bundesamtes von 2003.

<sup>63</sup> Konsortium (2006), S. 159

(bei den Türken gleichen Alters bei 6%). Ganz offensichtlich verhindern hier kulturell verankerte Rollenbilder eine stärkere Berufsorientierung und Erwerbsbeteiligung junger Frauen.<sup>64</sup>

- „Unter den Altbewerbern sind die Jugendlichen mit Migrationshintergrund etwas häufiger vertreten. 29% der Altbewerber haben einen Migrationshintergrund, aber nur 21% der sonstigen Bewerber.“<sup>65</sup>

#### 4. Angebot und Nachfrage auf dem regionalen Ausbildungsmarkt

Bislang haben wir die Nachfragerseite des Ausbildungsmarkts untersucht, wir haben gefragt, welche Übergangswege die Jugendlichen einschlagen. Nun wollen wir die Entwicklung des Angebots auf dem regionalen Ausbildungsmarkt mit einbeziehen<sup>66</sup>. Ein gängiger, wenn auch nicht unumstrittener Indikator dafür, ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im jeweiligen Arbeitsagenturbezirk, die so genannte Angebots-Nachfrage-Relation.<sup>67</sup>

Im vergleichsweise wirtschaftsstarke Agenturbezirk Mannheim, zu dem die Badische Bergstraße gehört, gab es 2005 und 2006 eine relativ günstige Relation. Kamen 2005 aber auf 100 registrierte NachfragerInnen noch knapp 104 gemeldete Ausbildungsplätze, so waren es 2006 nur noch 98 Plätze. Damit galt das Angebot rechnerisch zwar noch als ausgeglichen<sup>68</sup>, für ein auswahlfähiges Angebot wäre allerdings ein Stellenüberhang von 12 bis 15% nötig. Nur so finden individuelle Neigungen und Voraussetzungen beim Übergang in eine Berufsausbildung ausreichend Berücksichtigung.

Sah es 2005 also noch so aus, als näherte sich der regionale Ausbildungsmarkt langsam wieder der ehemals günstigen Situation, so musste 2006 wieder ein Rückschlag verzeichnet werden: dem Rückgang von 2,1% bei den Ausbildungsplätzen stand ein Plus von 3,8 bei den BewerberInnen gegenüber.

Während der Ausbildungsmarkt im Agenturbezirk Mannheim seit 2005 wieder als „ausgeglichen“ galt, wurde dies im Agenturbezirk Heidelberg erst 2006 wieder

<sup>64</sup> Konsortium (2006), S. 160

<sup>65</sup> Bundesinstitut für Berufsbildung (2007)

<sup>66</sup> Hierbei behindert allerdings eine unübersichtliche und lückenhafte Datenlage: Weder regional noch auf Landesebene bilden Statistiken das Gesamtgeschehen bei der Berufsintegration differenziert ab. Die Statistiken der Kammern und Arbeitsagenturen beziehen sich auf jeweils unterschiedliche Regionen; sie bilden bestenfalls die Entwicklung in ihrem Teilsegment ab.

<sup>67</sup> Die Grenzen dieses Indikators liegen u.a. darin, dass bundesweit nur noch rund 60% aller zu besetzenden Ausbildungsstellen der Arbeitsagentur gemeldet werden und sich in den Agenturbezirken Mannheim, Heidelberg und Darmstadt von allen SchulabgängerInnen nur ca. 67%, 45% bzw. 78% bei der Berufsberatung melden. (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006, S. 58 und S. 393ff)

<sup>68</sup> Soweit nicht anders ausgewiesen, basieren die Angaben auf den Berufsbildungsberichten 2006 und 2007 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006, S. 393ff und 2007, 521ff)

erreicht. Die Situation im Bezirk Darmstadt gilt seit Jahren als „ungünstig“ und hat sich seit 2004 jährlich verschlechtert.

In den Agenturbezirken Mannheim, Heidelberg und Darmstadt bildeten 2005 und 2006 jeweils rund 23 von 100 Betrieben aus; das waren weniger als im Bundesschnitt.<sup>69</sup>

#### Angebots-Nachfrage-Relation auf den Ausbildungsmärkten der Region

Bezirk der Arbeitsagentur	Anzahl der registrierten Ausbildungsplätze auf 100 NachfragerInnen <sup>70</sup>				
	2002	2003	2004	2005	2006
Mannheim	106,7	100,3	98,9	103,9	98,0
Heidelberg	102,2	102,2	98,0	97,4	98,2
Darmstadt	99,9	91,9	95,6	95,4	89,9
BRD gesamt	99,1	96,6	95,0	95,2	94,6

Ende des Vermittlungsjahres 2006 (Stichtag 30.09.06) war in der Geschäftsstelle Weinheim der Arbeitsagentur die Bewerberzahl gegenüber dem Vorjahr um 10% gesunken und die Anzahl gemeldeter Stellen um fast ein Drittel gestiegen. Damit kamen hier 1,63 BewerberInnen auf eine gemeldete Stelle – ein etwas schlechteres Verhältnis als im gesamten Agenturbezirk Mannheim (dort 1,43).<sup>71</sup>

Ende des Vermittlungsjahres 2007 hatte sich die Situation weiter verbessert. In der Arbeitsagentur Mannheim kamen auf lediglich 36 unversorgte Jugendliche 135 freie Ausbildungsstellen. Das waren 15,4% mehr als im Vorjahr.<sup>72</sup> Damit kamen im Agenturbezirk Mannheim im Vermittlungsjahr 2006/2007 statistisch 1,19 BewerberInnen auf eine gemeldete Ausbildungsstelle. Das war besser als im Landesdurchschnitt Baden-Württemberg (1,23).<sup>73</sup>

Ausgewiesene Experten halten die **Aussagekraft** des Indikators **Angebots-Nachfrage-Relation** allerdings für begrenzt. So argumentiert Ulrich (2006) vom Bundesinstitut für Berufsbildung: „2005 fiel die Zahl der neuen Ausbildungsverträge auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Gleichzeitig gab es bei den Absolventen aus den allgemein bildenden Schulen einen erneuten Höchststand. Dennoch verkünden die Partner des Ausbildungspaktes eine „leichte Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt“. Tatsächlich nahm der Umfang der noch nicht

<sup>69</sup> ebenda, S. 393ff

<sup>70</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung [http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/ausbildungsmarkt/2004/tab\\_d.pdf](http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/ausbildungsmarkt/2004/tab_d.pdf) (11.06.2005) und Berufsbildungsbericht 2006, S. 295 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006)

<sup>71</sup> Statistische Angaben der Arbeitsagentur Mannheim, auf Anfrage.

<sup>72</sup> Bundesagentur für Arbeit (2007), Presse-Info Nr. 54

<sup>73</sup> Zu Kap. 2.1. siehe Bundesagentur für Arbeit, Agentur für Arbeit Mannheim (2007): Arbeitsmarktreporte

vermittelten Bewerber ab, und die Angebots-Nachfrage-Relation verbesserte sich 2005 wieder ein wenig. Untersuchungen deuten allerdings darauf hin, dass die offizielle Statistik zur Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt immer weniger beizutragen vermag und sich von den realen Gegebenheiten zunehmend entfernt.<sup>74</sup> Eine wesentliche Ursache dafür ist, dass Teile des Lehrstellenangebots wie auch der Ausbildungsnachfrager von der Arbeitsagentur nicht erfasst werden; ihre Dienste werden freiwillig in Anspruch genommen (oder eben nicht). Erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse ohne Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden über die Kammerstatistik erfasst, die in die bundesweiten Totalerhebungen eingehen. Problematisch sind die nicht erfassten erfolglosen Angebote und Nachfragen. In der Kritik steht vor allem die Praxis der BA, unversorgte, aber weiterhin als Ausbildung suchend gemeldete BewerberInnen, die zwischenzeitig alternativ verblieben sind (Schule, Job, Praktikum etc.), aus den unversorgten Nachfragern herauszunehmen. Experten schätzen die Gesamtzahl der Personen, die in der offiziellen Nachfragestatistik der BA nicht berücksichtigt wurden für 2005 auf gut 110.000 Personen bundesweit. Beim Lehrstellenangebot wäre zu berücksichtigen, dass ein Teil der Ausbildungsplätze nicht bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird und rund 9,5% der Plätze unbesetzt bleiben.

Für den bundesweiten Ausbildungsmarkt bilanziert Ulrich (2006): „Nach den durchgeführten Berechnungen hätte es demnach im Jahr 2005 bundesweit rund 608.000 Ausbildungsplatzangebote gegeben und nicht nur, wie in der offiziellen Statistik ausgewiesen, 562.800. Und die Zahl der Nachfrager hätte mindestens 750.000 betragen und nicht nur, wie offiziell ausgewiesen, 591.100 (...). Danach läge die rechnerische Lücke bei mindestens 142.000 (und nicht bei 28.300), und die Angebots-Nachfrage-Relation würde gerade einmal 81,1 betragen (und nicht, wie offiziell errechnet, 95,2).“<sup>75</sup> Ähnliche Neuberechnungen wären für den regionalen Arbeitsmarkt anzustellen.

Welche Lehrstellen-BewerberInnen profitieren nun von den offenbar positiven Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt und welche haben das Nachsehen? Die Vermittlungsstatistik der Arbeitsagentur zeigt für die Geschäftsstelle Weinheim wie für andere Regionen, dass Frauen, schwache HauptschülerInnen und junge AusländerInnen auch bei verbessertem Angebot nur unterproportional in Ausbildung einmünden. Weil Fördermaßnahmen wie z.B. die Berufsvorbereitungsmaßnahmen der Arbeitsagentur, überbetriebliche Ausbildung oder das EQJ-Langzeitpraktikum auf diese Zielgruppen ausgerichtet sind, liegt der offizielle ausgewiesene Anteil unversorgter Frauen und HauptschulabsolventInnen unter ihrem Anteil an den BewerberInnen. Gleiches gilt aber nicht für junge AusländerInnen.

Berücksichtigt man die zahllosen Jugendlichen in schulischen Weiterqualifikationen und in Warteschleifen, so muss davon ausgegangen werden, dass die Problemgruppen am Ausbildungsmarkt von der vorsichtigen Erholung der A-N-

---

<sup>74</sup> Ulrich (2006), S. 12

<sup>75</sup> Ebenda, S. 14f

Relation bisher kaum profitieren können. Dennoch hat die subjektive Wahrnehmung des Angebots an Ausbildungsplätzen große Bedeutung für die Übergangswege der AbsolventInnen von Hauptschulen: In Regionen mit ausgeglichenem Ausbildungsmarkt suchen wesentlich mehr HauptschülerInnen nach einer Lehrstelle als in Regionen, in denen die A-N-Relation weniger gut ist. Gilt der Ausbildungsmarkt als schwierig, melden sich viele Hauptschul-AbsolventInnen erst gar nicht als Lehrstellen suchend; sie schlagen gleich alternative Wege ein.<sup>76</sup>

In Baden-Württemberg wurden 2006 rund 3% mehr **Ausbildungsverträge** abgeschlossen als im Vorjahr. Starke Zuwächse gab es (Bundestrend) im IHK-Bereich in Berufen im Bereich Gastgewerbe, Einzelhandel und Groß- und Außenhandel, Lager und Logistik, Maschinen-/Anlagenführer, ZerspanungsmechanikerIn sowie in den 2-jährigen Ausbildungsberufen. Auch im HWK-Bereich ließ sich eine Steigerung der Neuabschlüsse in den modernisierten Handwerksberufen und den 2-jährigen Ausbildungsberufen verzeichnen. Weiter eingebrochen sind die für junge Frauen so wichtigen Neuabschlüsse bei den Ausbildungsverträgen im Bereich der Freien Berufe (-3,5%); das betrifft v.a. die Lehrstellen in Apotheken, Zahnarzt- und Arztpraxen.<sup>77</sup>

Immer noch kommen AbsolventInnen von Hauptschule und Berufsvorbereitungsjahr bundesweit am ehesten in Handwerksberufen unter. 2005 hatten 30,8% aller Azubis mit neu abgeschlossenem Vertrag einen Hauptschulabschluss; nur 2,1% hatten keinen Abschluss. Jugendliche mit oder ohne Hauptschulabschluss, aus dem BVJ oder dem Berufsgrundbildungsjahr (das es im Baden-Württemberg nicht gibt) stellen bundesweit noch immer 60% aller Auszubildenden im Handwerk.<sup>78</sup>

Nach Auskunft der IHK stieg die Anzahl der neu eingetragenen Ausbildungsverträge zum 31.Dezember von 2004 bis 2006 um 280 auf 4282. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil von ausländischen Auszubildenden von 6,4% auf 5,6%.

Zusätzliche Angebote zur betrieblichen Vorbereitung auf eine duale Ausbildung wurden seit 1.10.2004 mit dem „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ geschaffen. Im Rahmen des Sonderprogramms „**Einstiegsqualifizierung für Jugendliche – EQJ**“ entstanden, vor allem Dank der Bemühungen der Kammern, zahlreiche Stellen für 6- bis 12-monatige Langzeitpraktika in Betrieben. Ende Dezember 2006 waren im Bezirk der Arbeitsagentur Mannheim 626 EQJ-Stellen gemeldet, davon noch 424 freie Stellen.

Das EQJ hat sich inzwischen als vergleichsweise erfolgreiches Förderinstrument für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz erwiesen. Die Übergangsquote erfolgreicher EQJ-AbsolventInnen in eine Ausbildung betrug 2006 im Agenturbezirk Mannheim 64%; die IHK wies für ihren Bezirk sogar gut 69% aus.<sup>79</sup> Allerdings gab es auch

---

<sup>76</sup> Berufsbildungsbericht 2006, Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006, S. 77

<sup>77</sup> Berufsbildungsbericht 2007, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 2007)

<sup>78</sup> Berufsbildungsbericht 2007, S.168f (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 2007)

<sup>79</sup> Auskunft der Arbeitsagentur Mannheim bzw. der IHK Rhein-Neckar-Odenwald auf Anfrage.

zahlreiche Abbrüche, und die Kritik, das EQJ verfehle wegen überzogener Bewerber-Anforderungen der Betriebe seine eigentliche Zielgruppe, hält an.

## **Teil II: Review**

### **5. Positive Handlungsansätze 2005 – Was ist daraus geworden?**

Positive Handlungsansätze und Beispiele guter Praxis fanden sich 2005 vor allem bei der Berufsvorbereitung und Unterstützung der Jugendlichen sowie bei der Koordinierung und Weiterentwicklung des Gesamtsystems. Diese Bereiche waren besser entwickelt, als die Aktivitäten zur Verbesserung des Qualifizierungsangebots und die Zusammenarbeit mit den Betrieben. Hierauf reagierte die Berufsintegrationskommission schließlich mit ihren Empfehlungen (siehe Kap. 6)

Doch zunächst zu den positiven Handlungsansätzen aus 2005: Was ist aus ihnen geworden? Welche Entwicklungen wurden vorangetrieben? Welche Initiativen sind stecken geblieben?<sup>80</sup>

#### *Individuelle Begleitungs- und Coachingangebote:*

Sie gehören inzwischen zum Grundkanon des regionalen Unterstützungssystems; ihre Notwendigkeit steht außer Frage. Die Zahl der Jugendlichen, die von solchen Angeboten der Jugend(berufs)hilfe erreicht wird, ist seit 2005 deutlich gestiegen. Gleichwohl kann der Bedarf noch nicht gedeckt werden. Das liegt auch daran, dass diese Unterstützung zum Teil sehr arbeitsintensiv ist. Zudem ist auch bei der Lernförderung, also im Vorfeld der eigentlichen Berufsintegration, ein hoher individueller Förderbedarf sichtbar geworden. Job Central reagiert darauf seit 2006 mit dem Aufbau einer individuellen Lernbegleitung durch Ehrenamtliche<sup>81</sup>. Dazu gehören Nachhilfe und kleine Lerngruppen, die dazu beitragen sollen, schulische Leistungen zu stabilisieren und Noten und Abschlüsse zu verbessern. Der hier sichtbare Bedarf an Hauptschulen, BVJs bzw. BEJs kann bisher nicht gedeckt werden. Entwickelt wird dieses Förderangebot derzeit als Arbeitsfeld des „Weinheimer Unterstützernetzes Berufsstart“ (WUB) vor allem an zwei Weinheimer Schulen sowie, als eigenständige Aktivität, in Heddeshcim unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Kessler an der örtlichen Hauptschule.

2005 war festgestellt worden, dass sich ein Teil der Eltern aus der individuellen Unterstützung ihrer Kinder faktisch zurückgezogen hat. Um hier gegenzusteuern, wurde seit 2006 von Job Central und Integration Central ein interkulturelles Elternmentorentraining entwickelt und erprobt. (Siehe Kap. 6)

---

<sup>80</sup> Dabei beziehen wir uns unmittelbar auf den Text des 1. Berufsintegrationsberichts von 2005 (S. 61ff). Interessierte LeserInnen finden ihn auf unserer Homepage unter [www.jobcentral.de](http://www.jobcentral.de)

<sup>81</sup> Das Kultusministerium Baden-Württemberg fördert den Aufbau einer solchen ehrenamtlichen Arbeitsstruktur an der Badischen Bergstraße derzeit mit der Finanzierung einer Teilzeitstelle bei Job Central.

*Ehrenamtliches Engagement für Jugendliche:*

Die 2005 skizzierte positive Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements hat sich in der Region weiter intensiviert. Das gilt für die Arbeit des WUB in Weinheim genauso wie für die Patengruppe an der Langenberg-Hauptschule in Birkenau, für das Engagement der neu gegründeten Bürgerstiftung Weinheim oder einzelner Serviceclubs, wie dem Lions Club in Weinheim oder dem Rotary Club in Heddeshheim. In Kooperation mit der Johannes-Kepler-Hauptschule Heddeshheim startete 2006 zudem eine neue Ehrenamtsinitiative zur individuellen Lernbegleitung (siehe Kap. 7); in Schriesheim ist eine solche Arbeit in Vorbereitung. Die Zusammenarbeit von Kommunen und Bürgerschaft, um aktiv Verantwortung für die Berufsintegration junger Menschen zu übernehmen, kommt gut voran.

Überregional politischen Rückenwind erhält sie auch durch die „Weinheimer Initiative 2007. Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung“, die im Mai 2007 unter Federführung der Freudenberg Stiftung an die Öffentlichkeit getreten ist und inzwischen von rund 40 Kommunen unterzeichnet wurde.

*„Hand in Hand“ von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen:*

Das Engagement von Ehrenamtlichen und pädagogischen Profis im gleichen Arbeitsfeld birgt das Risiko von Konkurrenzen und erhöhtem Koordinierungsaufwand. Die Weinheimer Akteure haben diese Erfahrung der Anfangsjahre inzwischen produktiv bearbeitet. Heute arbeiten die Pädagoginnen von Job Central, die Mitglieder des WUB sowie Schulleitungen und LehrerInnen von vier Weinheimer Schulen vertrauensvoll und konstruktiv zusammen.<sup>82</sup> Gleichwohl sind diese Erfolge keine Selbstläufer. Eine gute Zusammenarbeit bedarf fortwährenden Engagements in Sachen Kommunikation, Aufgaben- und Rollenklärung, gegenseitigen Respekts und Anerkennung sowie einer Verständigung über gemeinsame Qualitätsstandards und gut abgestimmte Arbeitsprozesse. Das bindet auf allen Seiten Arbeitskraft, aber es lohnt sich! – Klar ist auch, dass ehrenamtliche Arbeit eine gewisse administrativ-organisatorische und fachliche Unterstützung braucht. Diese hauptamtliche Ressource ist nötig, um ehrenamtliche Arbeit zu stützen und zu vernetzen. Über Projektförderung ist es bislang gut gelungen, solche Arbeitskapazität zu mobilisieren.

*Vernetzung der Vielfalt von Aktivitäten an Schulen:*

Mit der politisch gewollten Öffnung von Schulen und dem Einbezug außerschulischer Partner aus Wirtschaft, Jugendhilfe, Vereinen und Ehrenamt wachsen die Möglichkeiten einer der Lebenswelt zugewandten Schule. Zugleich entsteht aber die Notwendigkeit, Kooperationen auszugestalten und im Alltag zu steuern. Sehr deutlich wird das an Ganztagschulen, die sich auf neue Weise außerschulischen Partnern zuwenden. Für die Intensivierung von Berufsvorbereitung an Hauptschulen entstehen hier neue Zeitfenster und Kooperationschancen. Aus der Zusammenarbeit mit Hauptschulen wissen wir, dass für die Schulen aber auch neue Koordinierungsaufgaben entstehen. Von Jugendhilfe getragene Entwicklungsprojekte

---

<sup>82</sup> Siehe hierzu, wie zur Arbeit der Weinheimer Ehrenamtlicheninitiative WUB insgesamt, entsprechende Kapitel in den Jahresberichten von Job Central unter [www.jobcentral.de](http://www.jobcentral.de)



können die Schule bei der Konzeptentwicklung, beim Aufbau von Arbeitsstrukturen oder durch zusätzliche Angebote für Jugendliche unterstützen. Sie können der Schulleitung notwendige Steuerungsaufgaben aber nicht abnehmen. In dem Maße wie Unterstützungsnetzwerke um Schulen herum entwickelt werden, muss die jeweilige Schule eigenaktiv und kontinuierlich Verantwortung für die Qualität und Nachhaltigkeit dieser Kooperationen übernehmen. Hier sehen wir noch Entwicklungsbedarf.

*Betriebspraktika öffnen Türen in die Arbeitswelt:*

Sie gelten an Haupt-, Real- und BVJ-Schulen als Kernbestandteil der Berufsvorbereitung. Das ambitionierteste Praktikumskonzept an Hauptschulen der Region wird seit 2001 an der Langenberg-Schule in Birkenau umgesetzt.<sup>83</sup> – Von Praktika werden Motivationsschübe, authentische Berufs- und Arbeitwelterfahrungen und letztlich Lehrstellen auch für schwächere SchülerInnen erwartet. Ähnliches gilt bei betrieblichen Langzeitpraktika für arbeitslose oder wenig ausbildungsreife Jugendliche. Seit einigen Jahren bemühen sich fast alle Akteure der Berufsintegration, noch mehr Praktika in die Berufsvorbereitung einzubauen. Und tatsächlich: wenn es benachteiligten Jugendlichen gelingt, einen Ausbildungsplatz zu finden, dann am ehesten über schulische Betriebspraktika oder mehrmonatige betriebliche Langzeitpraktika (z.B. EQJ). Trotzdem klaffen Erwartungen, Anspruch und Ergebnisse gerade bei den Schülerpraktika oft weit auseinander. Erfahrungen aus der Region, aber auch wissenschaftliche Befunde (Berufsbildungsbericht 2007, S. 232) zeigen, dass es bei Schülerbetriebspraktika oft an der Effizienz der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung mangelt. Auch die individuelle Entscheidung für eine Praktikumsstelle und die betriebliche Betreuungsqualität sind vielerorts verbesserungsbedürftig. Je mehr das Praktikum zum „Wundermittel“ der Berufsorientierung avanciert, desto wichtiger ist es, die Qualität seiner Bestandteile wie des Gesamtprozesses zu sichern. Im regionalen Netzwerk finden sich einige gute Ansätze dafür; ihnen fehlt bisher jedoch die Verbreitung. Eher schwach entwickelt ist fast überall ein aktiver Dialog mit den Betrieben zu Fragen der Praktikumsqualität.

*Gute Zusammenarbeit von Schulen und örtlicher Wirtschaft:*

Die 2005 skizzierten guten Beispiele bestehen fort; das Kooperationsfeld scheint sich aber nicht wirklich dynamisch weiterzuentwickeln. Es sind eher einzelne Unternehmen, die sich über das Aufnehmen von Praktikanten hinaus regelmäßig engagieren. Im örtliche Bund der Selbstständigen finden viele Hauptschulen der Region hilfreiche Partner. Erfreulich sind Einzelinitiativen von Betriebsinhabern, die auf Schulen oder Job Central zugingen, um ihrerseits Zusammenarbeit anzubieten.

---

<sup>83</sup> Die HauptschülerInnen des 8. Jahrgangs durchlaufen hier neben dem regulären Unterricht wöchentlich einen Praxistag an Arbeitsplätzen in Betrieben der näheren Umgebung. Jede/r SchülerIn besucht für jeweils 3 Praxistage sechs verschiedene Betriebe. Ende des Schuljahres schließt ein Blockpraktikum in einem Wunschbetrieb an. Auf diese Weise lernen sie ein breites Spektrum beruflicher Tätigkeiten kennen, lernen Betriebe kennen und stellen sich dort persönlich vor. Die Betriebe lernen zahlreiche potenzielle AusbildungsbewerberInnen kennen und können die Anforderungen ihres Berufes deutlich machen – so entsteht eine win-win-Situation.

Offenbar machen schon heute Unternehmen die Erfahrung, nicht genug ausbildungsreife Lehrstellen-BewerberInnen zu bekommen. – Erstaunlich ist, dass es trotz der Zunahme von Praktika bislang zu keinen größeren Angebotsengpässen gekommen ist. Allerdings kritisieren manche Betriebe die vielen Anfragen oder die Überschneidungen schulischer Praktikumszeiten. Durch bessere Koordinierung seitens der Schulleitungen könnte die Anzahl und Qualität von Praktikumsplätzen deutlich vermehrt werden.

*Annäherung an die Arbeitswelt durch Projektarbeit:*

Die 2005 skizzierten Möglichkeiten, im Rahmen von Projektarbeit der Arbeitswelt ähnliche Erfahrung zu sammeln (z.B. die von Jugendhäusern angebotene Mitarbeit in Schülercafés oder bei der Durchführung von Veranstaltungen) bestehen fort. Potenziell neue Chancen für solche Projekte entstehen durch die Umstellung auf Ganztagschulen. So wurden beispielsweise vom Stadtjugendring Weinheim an der Karrillon-Schule im Schülercafé und beim Mittagstisch Möglichkeiten zur Projektarbeit geschaffen. Insgesamt entfalten solche Projekte aber keine Breitenwirkung; sie bleiben Nischen von denen (zu) wenige Jugendliche profitieren können. Wünschenswert sind mehr Projekte mit Ernstcharakter, in denen Jugendliche erleben können, dass miteinander arbeiten, praktisch tätig zu sein und Verantwortung zu übernehmen Spaß machen kann. Solche Erfahrungen fördern und stabilisieren die Leistungsbereitschaft und die Berufsmotivation auch schwächerer SchülerInnen.

*Stringentes Fördern von Arbeitshaltungen und sozialen Kompetenzen:*

Eine motivierte und disziplinierte Arbeitshaltung, Eigeninitiative und andere soziale Kompetenzen sind Schlüsselqualifikationen, die heute jeder Betrieb erwartet. Schulen, die diese Erziehungsaufgabe besonders ernst nehmen, haben damit erkennbaren Erfolg. Die meisten HauptschülerInnen wissen heute, dass sie sich anstrengen müssen, um den Übergang in einen Beruf zu schaffen. Wenn diese Einsicht folgenlos bleibt, hat das viele Gründe. Nicht selten stemmen sich Schulen dabei gegen den Einfluss des familiären Umfelds, der Medien und manchmal auch der peer group. Diese Beobachtung verweist zum einen auf die Notwendigkeit einer aktiven Elternarbeit – wo die Ressourcen dafür aber herkommen sollen ist ungeklärt. – Oft werden Anstrengungen, in der Berufswelt notwendige Kompetenzen zu vermitteln, jedoch untergraben, wenn die Jugendlichen für sich keine reale Chance auf dem Lehrstellenmarkt sehen.

*Konsequentes Orientieren auf eine Berufsausbildung:*

Beim Übergang in die Berufswelt müssen sich Jugendliche orientieren, initiativ werden, Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen. Das verunsichert viele Jugendliche und ihre Eltern. So wundert es nicht, dass sie eine verlängerte Schulzeit gerne als Berufswahlmatorium nutzen. Die für HauptschülerInnen angespannte Situation auf dem Ausbildungsmarkt fördert und rechtfertigt solche Entscheidungen. Tatsächlich war der Anteil von AbsolventInnen beruflicher Schulformen, die anschließend keinen Einstieg in Berufsausbildung fanden, im Sommer 2006 sprunghaft gestiegen, um 2007 wieder etwas zurückzugehen (siehe

Kap. 3.2.). Gegen individuell wenig zielorientierte oder aussichtsreiche Schulzeitverlängerungen helfen nur ein konsequentes Orientieren auf Berufsausbildung *und* tatsächlich verfügbare Berufsausbildungen. Schulen, die sich darum seit Jahren konsequent bemühen, wie z.B. die Hauptschulen in Heddeshelm oder Birkenau, erreichen im Mehrjahresvergleich höhere Übergangsquoten in Ausbildung als andere Schulen. – Flankierend scheinen jedoch weitere „Aktivitäten pro Ausbildung“ nötig. Die positiven Seiten von Berufsausbildung und Facharbeit müssen heute aktiv beworben werden; in manchen Sozialmilieus und peer groups gelten sie nicht mehr als attraktiv. Hier setzte u.a. eine gemeinsame Presseaktion von Job Central und Diesbach-Medien an (siehe Kap. 7).

*Ganztagsschule schafft neue Spielräume für Berufsorientierung:*

Mit Fantasie und Engagement lassen sich an Schulen viele Wege finden, um Berufsorientierung zu fördern. Besonders Ganztagsschulen haben einen erheblichen Gestaltungsspielraum. Gleichwohl zeigt die Erfahrung, dass diese Chancen aktiv gestaltet werden müssen. Ein Mehr an Lehrerstunden und eine neue Zeitstruktur führen nicht automatisch zu mehr oder besserer Berufsvorbereitung, aber sie schaffen neue Spielräume für Bildungspartnerschaften zwischen Hauptschulen und Jugendhilfe, Ehrenamtlichen, Betrieben oder Vereinen. Diese „unbegrenzten Möglichkeiten“ müssen mutig erprobt werden. So wird Schule nicht nur lebensweltnäher, sondern auch arbeitsweltnäher. Hier bleibt noch viel zu tun.

*Gute Ansätze einer koordinierten Weiterentwicklung des Übergangssystems:*

Mit Job Central gibt es seit Jahren eine regionale Einrichtung deren Kernauftrag die Koordinierung, Vernetzung und Strukturentwicklung im Arbeitsfeld Übergangmanagement/Berufsintegration ist. Die guten Erfolge konnten seit 2005 stabilisiert und ausgebaut werden. Abstimmungsprozesse und der Informationsfluss innerhalb des Netzwerks wurden verbessert. Als Erfolg darf auch gelten, dass sich BürgerInnen nicht mehr allein in der direkten Arbeit mit Jugendlichen, sondern zunehmend auch bei der Konzept- und Strategieentwicklung engagieren. Das ist ein Ausdruck gelebter Verantwortungsgemeinschaft.

Gute Ansätze gibt es auch bei der Vernetzung der Handlungsfelder „Berufsorientierung/Berufsintegration“ und „Bildung/Sprachförderung/Interkulturelle Verständigung“. Seit 2006 ziehen die beiden Koordinierungsstellen Job Central und Integration Central hier an einem Strang.<sup>84</sup> Ohne Zweifel ausbaufähig ist dagegen die Zusammenarbeit mit Unternehmen, regionalen Wirtschaftsorganisationen und der Arbeitsagentur.

Die 2005 eher unsichere Ressourcenausstattung von Job Central konnte seither stabilisiert werden. Gleichwohl bedarf es einer kontinuierlichen Projektentwicklung und der erfolgreichen Akquise von Fördergeldern, um den Status quo zu halten. Notwendige Initiativen müssen nicht selten wegen fehlender Ressourcen zurückgestellt werden. Beispiele hierfür sind das Elternmentorentraining oder der Aufbau einer „Assistierte Ausbildung“.

---

<sup>84</sup> Siehe hierzu Jahresbericht 2006 der Regionalen Jugendagentur Job Central



## 6. Handlungsempfehlungen 2005 – Was wurde umgesetzt?

Zur Erinnerung: Die vielleicht wichtigste Empfehlung des 1. Berufsintegrationsberichts bezog sich auf die Verbesserung des Qualifizierungsangebots für Jugendliche mit Berufsstartschwierigkeiten. Der Angebotsentwicklung müsse genau so viel Aufmerksamkeit zukommen wie der Berufsvorbereitung und der individuellen Beratung und Begleitung. Zur Operationalisierung dieser Aufgabe sowie ergänzend dazu wurden im 1. Bericht sieben neue Initiativen bzw. substantielle Weiterentwicklungen des regionalen Übergangssystems vorgeschlagen. Prioritäten sollte die Weinheimer Berufsintegrationskommission (BIK) unter Vorsitz von Oberbürgermeister Heiner Bernhard entscheiden. Folgende Aktivitäten wurden damals genannt:

1. Berufsvorbereitung als substantieller Teil der Schulentwicklung
2. Elternbeteiligung stärken
3. Individuelle Begleitung weiter ausbauen
4. Migrantinnen und Migranten fördern
5. Arbeitswelt und Betriebspraxis kennenlernen, Praktika anerkennen
6. Betriebliches Vorbereitungsjahr schaffen
7. Freie Ausbildungsplätze recherchieren und publizieren

Als Ergebnis ihrer Beratung stellte die Kommission schließlich für die nächsten zwei Jahre drei Handlungsfelder in den Mittelpunkt:

- die Verbesserung des **Angebot betrieblicher Qualifizierung** für Jugendliche mit Berufsstartschwierigkeiten,
- der Ausbau des Systems einer kontinuierlichen und **individuellen Begleitung und Unterstützung von Jugendlichen** mit Berufsstartschwierigkeiten,
- Initiativen zur Stärkung von **Elternbeteiligung und -qualifizierung**, damit diese ihren Kindern am Übergang Schule-Beruf besser zur Seite stehen können.

Zentrale Ergebnisse des 1. Berichts und die Empfehlungen der Kommission wurden in der regionalen Presse, im Jugendhilfeausschuss Weinheim und im „Koordinierungskreis zur Integration der Ausländer in Weinheim“ vorgestellt und diskutiert.

Nach der Beratung des 1. Berichts hat sich die Kommission unter Vorsitz des Oberbürgermeisters in fünf Sitzungen mit der Elternaktivierung, der Förderung junger Migranten/innen, der Berufsvorbereitung an Hauptschulen, der Verbesserung des betrieblichen Angebots und der Weiterentwicklung des BVJs befasst.

*Verbesserung des betrieblichen Qualifizierungsangebots*

Die Federführung für solche Initiativen hatte die Kommission im Herbst 2005 ihrem neu gegründeten **Arbeitskreis Wirtschaftsgespräche** (AK WiG) übertragen. Ihm gehören wirtschaftsnahe Kommissionsmitglieder und hinzugewonnene Mitstreiter an. Gegenstand seiner zeitweise sehr intensiven Arbeit waren zunächst zahlreiche *Gespräche mit Branchenkennern und Betriebsinhaber/innen*, in denen das betriebliche Ausbildungsengagement, Ausbildungshemmnisse und ggf. der Unterstützungsbedarf von Betrieben erfragt wurde, dabei wurde auch über Hilfen für Ausbildungsbetriebe informiert. Im Zuge dieser Gespräche wurden zwar nicht unmittelbar Ausbildungsplätze mobilisiert, aber Einschätzungen gewonnen, welche Rahmenbedingungen und Hilfen Betriebe motivieren, sich mehr für benachteiligte Jugendliche zu engagieren. Dabei wurden vielfältige Vorbehalte gegenüber wenig ausbildungsreifen SchulabgängerInnen deutlich. Die Betriebe wünschten sich, neben finanziellen Hilfen, vor allem BewerberInnen mit besseren Schulleistungen, mit besseren Sozialkompetenzen sowie eine flankierende sozialpädagogische Begleitung, wenn sie „schwierige“ Jugendliche ausbilden sollen.

Parallel zu den Wirtschaftsgesprächen hat der AK WiG in Heidelberg, Bensheim, Mannheim und Heilbronn erprobte *erfolgreiche Projekte* zur Mobilisierung betrieblicher Berufsbildung *recherchiert und bewertet*. Gemeinsam mit dem Vorstand von Job Central wurden dann mit der Geschäftsleitung der Arbeitsagentur Mannheim die Realisierungschancen für die favorisierte **„Assistierte Ausbildung“** bzw. alternativ für einen Jugendhilfebetrieb besprochen. Weil die Finanzierung beider Projekte bislang nicht realisierbar erscheint – die Arbeitsagentur sieht sich außerstande dazu beizutragen – wurde die weitere Ausarbeitung der Konzepte zunächst zurückgestellt.

Aus der Arbeit von AK WiG und Kommission sind schließlich zwei konkrete Initiativen entstanden:

- die **Artikelserie „Ausbildung jetzt!“** in regionalen Zeitungen, die für mehr Berufsausbildungsengagement von Betrieben und Jugendlichen wirbt; hierfür konnten die Weinheimer Diesbach Medien als Partner gewonnen werden sowie
- Impulse für eine **Weiterentwicklung des BVJ**, mit der die Chancen seiner AbsolventInnen auf eine Berufsausbildung verbessert werden sollen, indem diese konsequenter an die betriebliche Praxis herangeführt und schulisch intensiver gefördert werden sollen. (Zu beiden Initiativen siehe Kap. 7)

#### *Individuelle Begleitung und Unterstützung von Jugendlichen*

Diese Empfehlung war ein Plädoyer dafür, die für Arbeit notwendigen Ressourcen keinesfalls zugunsten der Angebotsentwicklung umzuleiten. Es ging hier also weniger um neue Initiativen als um die Stabilisierung und Qualitätsentwicklung in der haupt- und ehrenamtlichen Unterstützungsstruktur.

Durch eine Projektförderung des Kultusministeriums Baden-Württemberg ermöglicht, kam schließlich der **Aufbau einer individuellen Lernbegleitung durch Ehrenamtliche** des WUB sowie durch bürgerschaftlich Engagierte in Heddeshheim

hinzu. Die Heddesheimer Initiative baut in enger Kooperation mit der Johannes-Kepler-Hauptschule eine eigenständige Struktur auf und arbeitet unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister M. Kessler. Sie wird – wie die Arbeit beim WUB – von Job Central unterstützt. Mit der individuellen Lernbegleitung reagieren die regionalen Akteure auf die Erkenntnis, dass Jugendliche mit schlechten Schulnoten und Abschlüssen bei noch so guter Übergangsbegleitung kaum eine Chance haben, eine Lehrstelle zu finden. Die individuellen Hilfen müssen früher ansetzen und bereits beim Lernen unterstützen. Erprobt werden individueller Förderunterricht, kleine Lerngruppen und Workshops rund um's Thema Lernen sowie zur Verbesserung von Selbstwahrnehmung, Selbstorganisationsfähigkeit und Selbstbewusstsein. Damit wird – eher beispielhaft als mit Breitenwirkung – die frühkindliche Lernförderung in Projekten des „Weinheimer Integrationsmodells“ biografisch bis zur Lernförderung für Jugendliche und junge Erwachsene fortgesetzt.

### *Elternbeteiligung und -qualifizierung*

Empirische Ergebnisse und good-practice-Beispiele zeigen: Aktive und gut informierte Eltern können viel dazu beitragen, dass ihre Söhne/Töchter den Übergang in den Beruf gut meistern. Dieses Elternideal impliziert jedoch ein bürgerlich geprägtes Sozialmilieu. Faktisch kann nur ein Teil der Eltern ihre Kinder wirksam unterstützen. Vielen Hauptschul-Eltern fehlen Ressourcen, nicht aber das Interesse an der Zukunft ihrer Kinder. Häufige Hemmnisse sind: Distanz zu Bildungseinrichtungen, Sprachprobleme, eigene Unsicherheiten und eine unbefriedigende eigene Berufssituation. Soll vermieden werden, dass diese Eltern ihre Negativerfahrungen an die Kinder weitergeben oder bezogen auf die Berufswahl bzw. Bildungswegentscheidung eher konservativ Einfluss nehmen, dann brauchen sie selbst Informationen und Ermutigung. Elternaktivierung ist also nur hilfreich, wenn sie mit Qualifizierung verbunden wird. Unter diesen Prämissen würde mit konsequenter Elternarbeit ein neues großes Arbeitsfeld eröffnet, das eigene Ressourcen benötigt. Nebenbei und „aus dem laufenden Geschäft“ heraus, kann dieses Arbeitsfeld nicht entwickelt werden. Soweit das Fazit der Themensitzung Elternaktivierung der BIK im Dezember 2005 (s. Protokoll der BIK, 2005).

Gleichwohl gibt es im **Weinheimer Integrationsmodell** mit der schrittweisen Etablierung der Projekte „Griffbereit“ (für 0-3-Jährige) und „Rucksack“ (für die 3-6-Jährigen) beispielgebende Ansätze einer systematischen Einbeziehung der Eltern in die Bildungsarbeit. Diese Projekte unterstützen Eltern (meist Mütter) bei der Sprachförderung ihrer Kinder und aktivieren so elterliche Ressourcen für die Förderung. Damit wird in Sachen Elternarbeit Aufbauarbeit „von unten“ geleistet.

Schließlich konnte 2006, dank einer Förderung durch die Elternstiftung Baden-Württemberg und die Freudenberg Stiftung, der Prototyp eines **Interkulturellen Elternmentorentrainings** entwickelt werden. Es wurde an vier Samstagen mit 14 TeilnehmerInnen durchgeführt. Dank des Engagements des Türkischen Elternvereins wurden als TeilnehmerInnen zahlreiche türkische Mütter (und ein Vater) gewonnen, deren Kinder Grund- oder Hauptschulen besuchen. Themen

waren: ehrenamtliche Zusammenarbeit, kollegiale Beratung unter Eltern und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule; lösungsorientierte Kommunikation und Präsentationstechniken; die Berufliche Orientierung unserer Kinder; andere Kulturen und Sichtweisen kennenlernen und verstehen; neue Entwicklungen an der Hauptschule. Abschließend wurde diskutiert, wie die Arbeit eines ehrenamtlichen Elternnetzwerks organisiert werden könnte. Im Januar 2007 erhielten die TeilnehmerInnen in einer Feierstunde die Zertifikate durch die Vorsitzende der Elternstiftung und Herrn Staatssekretär Wacker vom Kultusministerium. Die Federführung für Konzeption und Durchführung des Trainings lag bei Ulrike Süss und ging mit ihr von Job Central zu Integration Central über. Für die Fortsetzung dieser Arbeit fehlen notwendige Ressourcen.

### *Zum Stand weiterer vorgeschlagener Initiativen*

In den von der Kommission priorisierten Arbeitsfeldern gab es viele Fortschritte. Bleibt zu fragen: Was wurde aus Initiativen, die im 1. Berufsintegrationsbericht vorgeschlagen und von der BIK unterstützt, aber nicht mit Vorrang versehen wurden?

*Berufsvorbereitung als substanzieller Teil der Schulentwicklung* ist eine langfristige Entwicklungsaufgabe, die seit 2005 vor allem in zwei Kontexten neue Impulse bekam: Zum einen hat die **Karrillon-Hauptschule** ihre Berufsvorbereitung in einem nun mehr als 3-jährigen Entwicklungsprozess substanziell weiterentwickelt. Dabei ging es nicht nur um Arbeitsabläufe und Abstimmungsprozesse innerhalb der Schule und mit außerschulischen Partnern, sondern auch um die Frage, wie Berufsvorbereitung denn im Kern gelingen kann. Maßgeblich unterstützt wurde und wird dieser Arbeitsprozess durch den Stadtjugendring Weinheim und Job Central im Rahmen eines aus Europäischen Geldern geförderten Projektes. Hier wurde erprobt, welche Schulentwicklungsimpulse von einer **Bildungspartnerschaft** zwischen Jugendhilfe und Hauptschule ausgehen können – und wo die Grenzen liegen.<sup>85</sup> Zum anderen erhält die Qualitätsentwicklung schulischer Berufsvorbereitung seit Herbst 2007 neuen Schub durch die Initiative „**Kooperatives Übergangsmanagement** Schule-Beruf – Hauptschultalente für die Region“ (KÜM) der Metropolregion, die in Kap. 7 vorgestellt wird. Trotz beider Initiativen darf die Aufgabe bei Weitem nicht als erledigt angesehen werden. Die nachhaltige Verankerung einer hochwertigen schulischen Berufsvorbereitung als Gegenstand kontinuierlicher Schulentwicklung erscheint eine der größten Herausforderungen überhaupt. Hier bleibt viel zu tun (siehe Kap.8).

Wie in Kap. 3.6. gezeigt, ist das *Fördern junger Migrantinnen und Migranten* eine der dringendsten Aufgaben des regionalen Übergangsmanagements. Mit der Gründung von **Integration Central** als Koordinierungsstelle für Bildung, Sprachförderung und

---

<sup>85</sup> Siehe dazu die bei Job Central zugänglichen Evaluierungs- und Projektberichte sowie die Projektveröffentlichung Felger/Zybell (2006) und Regionale Jugendagentur (2007): Jahresbericht 2006



Interkulturelle Verständigung wurde ein wichtiger Schritt in Sachen Integrationsförderung gemacht. Die guten Kooperationserfahrungen bei der Entwicklung des interkulturellen Elterntrainings und die engagierte Unterstützung durch **Migrantenorganisationen** und den „Koordinierungskreis für die Integration der Ausländer in Weinheim“ ermutigen uns. Weitere gemeinsame Projekte von Job Central und Integration Central sind wünschenswert. Ihre Realisierbarkeit hängt indes von mobilisierbaren Fördergeldern ab.

Das Angebot **schulischer Betriebspraktika** wurde – außer in Birkenau – in den letzten Jahren kaum grundlegend weiterentwickelt. Einzig die von WUB und BIK ausgehende Initiative für ein „Praxisorientiertes BVJ“ an der Hans-Freudenberg-Schule (siehe Kap. 7) fällt hier ins Auge und das neue Praktikumskonzept der Langenberg-Hauptschule in Birkenau (siehe Kap. 5).

Neue Möglichkeiten für eine *betriebliche Vorbereitung auf Ausbildung* gibt es seit der bundesweiten Einführung der „Einstiegsqualifizierung für Jugendliche“ (**EQJ-Langzeitpraktika**), einem vom Bund geförderten 3- bis 6-monatigen Betriebspraktikum. Dank der intensiven Akquise der Kammern übersteigt das Angebot die Nachfrage. Als problematisch haben sich allerdings die mitunter hohen Bewerberanforderungen der Betriebe erwiesen; war EQJ doch auch für Jugendliche gedacht, die nicht sehr leistungsstark, aber (fast) ausbildungsreif sind, und die keine Lehrstelle gefunden haben. Ähnliche Kritik gibt es auch an der Teilnehmerauswahl für das BASF-Förderprogramm „Start in den Beruf“.

Mit dem EQJ-Praktikum wurde ein lange vermisstes Förderinstrument geschaffen, das, klug gestaltet, Jugendlichen einen ersten Berufs- und Betriebseinblick unter Realbedingungen ermöglicht und für die Berufsausbildung motiviert und vorqualifiziert. Und die Anschlussperspektiven scheinen gut: Laut regionaler Kammer-Statistik finden über 70% der Jugendlichen, die ein EQJ-Praktikum absolviert haben, einen Ausbildungsplatz. Gute Erfahrungen gibt es bei Job Central auch mit dem Vermitteln arbeitsloser junger Erwachsener in **Arbeitsgelegenheiten** (AGH) bei gemeinnützigen Trägern oder Kommunen, also in sogenannte Zusatzjobs. Diese „Praktika“ stabilisieren und motivieren die Lebenssituation und Berufsmotivation junger Arbeitsloser. Allerdings sind hier die Übergangsquoten in Qualifizierung oder Beschäftigung ungleich geringer. Ärgerlich war das Zurückfahren des AGH-Projekts bei Job Central durch die Arbeitsagentur im Sommer 2007. Gut eingespielte Vermittlungs- und Betreuungsstrukturen mussten aufgrund von Finanzierungsengpässen zunächst „auf Eis gelegt“ werden.

Ein wichtiger Schritt zur systematischen *Recherche und Publizierung von (potenziellen) Ausbildungsbetrieben und Ausbildungsplätzen* wurde 2006 mit dem Aufbau einer **Betriebsdatenbank** bei Job Central gemacht. Mit eigenen Mitteln sowie mit Unterstützung einer gemeinnützigen Arbeitsgelegenheit für einen älteren Mitarbeiter und einen Ehrenamtlichen des WUB hat Job Central vorhandenes, aber unsystematisch dokumentiertes Wissen gesammelt, aktualisiert, ergänzt und für die Arbeit der Beratungsstelle, der Ehrenamtlichen und der Kooperationspartner

verfügbar gemacht. Inzwischen gibt die Datenbank Auskunft zu Kontaktdaten, Ausbildungsberufen/-angeboten und Bewerber-Anforderungen von rund 1000 Betrieben in der Region. Alle Netzwerkpartner sind eingeladen, dieses Know-how zu nutzen und aufgefordert, mit ihren Informationen zur Aktualisierung beizutragen. Datenpflege und Abfrage liegen in der Hand der Beratungsstelle von Job Central. Seit Sommer 2007 wird zudem über aktuell freie Lehrstellen informiert. Interessierte wenden sich bitte an: [sabine.casper@jobcentral.de](mailto:sabine.casper@jobcentral.de)

Schließlich ist auch die Etablierung eines regionalen Berichtssystems durch die Vorlage des 2. **Berufsintegrationsberichts** gelungen. Als *Steuerungsinstrument* für die Weiterentwicklung des lokalen Übergangsmanagements wirkt der Bericht durch die vorgelegte Schwachstellenanalyse und Erfolgsbilanzierung. Die vorhandene Datenlage – es fehlt eine Wirkungsanalyse – und die begrenzte Arbeitskapazität der Koordinierungsstelle setzen hier jedoch Grenzen. Dennoch werden durch den Bericht Verständigungsprozesse über Ziele, Qualitätsstandards, Handlungskonzepte und Arbeitsstrukturen, Prioritäten und notwendige Ressourcen angeregt und fokussiert.

### **Teil III: Aktuelle Praxis und Entwicklungsaufgaben**

#### **7. Neue gute Praxis 2006/2007**

In Kapitel 5 haben wir die 2005 gefundenen guten Handlungsansätze weiterverfolgt. Nun liegt der Fokus auf Aktivitäten, die seit dem 1. Berufsintegrationsbericht neu auf den Weg gebracht wurden. Was gibt es also Neues an positiven Entwicklungen?

##### *Jugendliche individuell unterstützen und fördern*

Die meist ambitionierte Initiative war sicher der Einstieg in die Entwicklung eines **Weinheimer Integrationsmodells** als Gesamtkonzept der Förderung von Kindern und Jugendlichen.<sup>86</sup> Dieses Modell wird von einem Kooperationsverbund aus Stadt Weinheim, Stadtjugendring Weinheim, Freudenberg Stiftung (und anderen Stiftungen), Jugendagentur Job Central sowie dem Projekt Weinheim mit Integration Central getragen. Kommune und Bürgergesellschaft haben sich auf den Weg gemacht, gemeinsam ein integriertes Angebot zu Lern- und Integrationsförderung zu schaffen. Es soll alle Altersstufen und Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen aus deutschen und aus Einwandererfamilien einbeziehen. Die Biografie begleitend werden vom Krabbelalter, über Kindergarten und Grundschule, Hauptschule und Berufsvorbereitung bis zur Berufsausbildung und Stellensuche spezifische Bildungs-

---

<sup>86</sup> Siehe auch Abschnitt „Vernetzte Übergangshilfen gemeinsam verantworten und kommunal koordinieren“ im selben Kapitel

und Beratungsangebote gemacht. Vorangetrieben und koordiniert wird dies von den beiden Weinheimer Koordinierungsstellen Job Central (Beruforientierung und Berufsintegration) und Integration Central (Bildung, Sprachförderung, Interkulturelle Verständigung). Beide Einrichtungen sind ihrerseits kommunal und bürgerschaftlich getragen.

Das Weinheimer Integrationsmodell versteht sich als präventiv und an den Ressourcen der Beteiligten ausgerichteter Förderansatz, er will aktivieren, auf Stärken fokussieren und Migranten(-organisationen), Eltern und ehrenamtlich engagierte Bürger-Innen, wo immer möglich, aktiv beteiligen. Seine Grundprinzipien gelten für eine Vielzahl von Förderangeboten. Damit entwickelt sich die lokale Verantwortungsgemeinschaft für Bildung, Ausbildung und Integration substantiell fort.

Obwohl die Lernförderung für Kinder oder die Angebote des Weinheimer Mehrgenerationenhauses in der Weststadt als Beitrag für eine gelingende Berufsintegration gar nicht hoch genug geschätzt werden können, können sie hier nicht Berichtsgegenstand sein. Für weiterführende Informationen verweisen wir auf: [www.integrationcentral.de](http://www.integrationcentral.de)

Eine echte Pionierarbeit war das Entwickeln des bereits skizzierten **interkulturellen Elternmentorentrainings** (siehe Kap. 6). Nun kommt es darauf an, Ressourcen zu mobilisieren, damit dieser Arbeitsansatz verbreitet und weiter entwickelt werden kann. Er hat das Potenzial zur Initialzündung für den sukzessiven Aufbau eines interkulturellen Eltern-Netzwerks zu werden. Auch diese Entwicklungsarbeit muss indes begleitet und gestützt werden. Dieser Handlungsansatz öffnet – jenseits der schulischen Klagen über fehlendes Elternengagement und neben der traditionellen Elternbeiratsarbeit – einen neuen Zugang für die Beteiligung und Unterstützung der Eltern von SchülerInnen der Grund- und Hauptschule.

Im Projekt **Individuelle Lernbegleitung** (siehe Kap. 6) wird – schon in Weinheim und Heddeshcim und 2008 voraussichtlich in Schriesheim – das bürgerschaftliche Engagement weiterentwickelt. Damit werden zwei Erkenntnisse konzeptionell umgesetzt. Erstens: die Förderung für leistungsschwache Jugendliche muss so früh wie möglich beginnen. Zweitens: die Förderung durch Ehrenamtliche muss mit den zuständigen Lehrkräften eng abgestimmt werden, um wirksam zu werden. Und sie braucht, ähnlich der Arbeit mit Eltern, hauptamtliche Unterstützung.

Wichtig waren schließlich zwei Neuentwicklungen im Förderinstrumentarium. Beides sind Angebote der Jugend(berufs)hilfe, die den Berufsvorbereitungsunterricht ergänzen und mit diesem sorgfältig verknüpft sind.

Der **Berufsparcours** „Lust auf Neues? Lust auf Technik!“ zielt auf die Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Jungen. Beim Durchlaufen von rund 20 Stationen werden typische Tätigkeiten aus überwiegend technischen Berufen durch praktisches Erproben kennen gelernt. So werden berufliche Tätigkeiten sinnlich erlebbar und begreifbar und wecken das Interesse an Berufen, die anderenfalls nicht in den Blick gelangen. Da zunächst alle Mädchen der teilnehmenden Klassen und

danach alle Jungen den Parcours durchlaufen (monoedukativer Ansatz), werden gerade die Mädchen ermutigt, ihre Interessen und Kompetenzen an technischen Aufgaben zu entdecken. Das stärkt ihr Selbstbewusstsein und die Wahrnehmung ihrer eigenen Talente. – Der Parcours wurde im Februar 2007 unter Federführung des Stadtjugendrings für 200 HauptschülerInnen der Region erstmals mit gutem Erfolg erprobt; er geht auf eine vom Land Baden-Württemberg geförderte Konzeptentwicklung der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e.V. zurück. Ab 2008 soll er unter Federführung von Job Central als zentrale Veranstaltung für die 7.-9. Klassen der Hauptschulen der Region einmal jährlich durchgeführt werden.

Außerdem wurde, auch in Kooperation von Stadtjugendring Weinheim und Job Central, ein „**Last-minute-Workshop**“ für **Hauptschul-AbsolventInnen** mit unklarer Anschlussperspektive entwickelt und im Juni 2007 erprobt. An vier Vormittagen haben 13 ausgewählte AbgangsschülerInnen der Karrillonschule intensiv gearbeitet. Zu einem Zeitpunkt, da die Noten der Hauptschulprüfung seit wenigen Tagen feststanden, wurde individuell der geplante Qualifizierungsweg auf seine Realisierbarkeit

überprüft und ggf. modifiziert. Alle Jugendlichen haben ihre Bewerbungsunterlagen aktualisiert und sich, nach Möglichkeit, beworben. Dank der Mitarbeit einer Honorarkraft und einer Ehrenamtlichen konnte sehr intensiv in Kleingruppen gearbeitet werden. Die zeitliche Platzierung des Workshops, zwei Wochen nach der letzten Abschlussprüfung, erwies sich als genau richtig gewählt. Dann stellt sich für die Jugendlichen die Frage, wie es nun weitergehen soll. Zuvor ist ihre Aufmerksamkeit durch Prüfungen gebunden; viele hoffen noch auf gute Abschlussnoten und planen einen weiterführenden Schulbesuch. Können sie dieses Ziel nicht erreichen, bricht ihre Berufswegeplanung zusammen. Nun sind sie motiviert und dankbar für Unterstützung beim Klären einer neuen Perspektive. Dieser Erfolg versprechende Arbeitsansatz soll schrittweise im Grundangebot von Job Central etabliert werden.

### *Schulische Berufsvorbereitung qualitativ entwickeln*

Impulse zur Qualitätsentwicklung schulischer Berufsvorbereitung erhielten Haupt- und BVJ-Schulen in den letzten Jahren seitens ihrer außerschulischen Partner, der Metropolregion und der Landespolitik. Vieles haben LehrerInnen auch selbst angestoßen. Guter Unterricht, auch solcher der auf den Berufsstart vorbereitet, ist und bleibt die schulische Kernaufgabe. Dabei kann Schule von Partnern lernen, trägt aber die Hauptverantwortung. Wo Schulen Anregungen als Chance begriffen, Unterstützungsangebote genutzt und sorgfältig mit ihrer Arbeit verknüpft haben, kam manches in Bewegung. Gut entwickelt sind **Bildungspartnerschaften** heute beispielsweise zwischen dem Stadtjugendring Weinheim und der Karrillonschule oder zwischen dem WUB und seinen Partnerschulen.

Neu ist eine, von der Karrillonschule initiierte, engere Kooperation zwischen der Hauptschule und den beruflichen Schulen. Durch Austausch und Hospitationstage sollen SchülerInnen und LehrerInnen die Angebote und Leistungsanforderungen der jeweils anderen Schulform kennenlernen. In dem Maße, wie Übergänge in

weiterführende berufliche Schulen zum „Normalweg“ der HauptschulabsolventInnen werden, wird das immer wichtiger. Diese Kooperation wird von Job Central moderiert.

So tragen Abstimmungsprozesse zu Förderstrategien nicht unwesentlich zur Schulentwicklung bei.

Solche Ziele verfolgt auch das **kooperative Übergangsmanagement** der **Metropolregion Rhein-Neckar** im Rahmen ihrer Initiative „Vitaler Arbeitsmarkt“. <sup>87</sup> Das Konzept, welches die Erfahrungen des Hamburger Hauptschulmodells aufnimmt, wurde bis Sommer 2007 unter Beteiligung von Job Central entwickelt. Im Schuljahr 2007/2008 beginnt die Umsetzung mit einer Pilotphase. Die Langenberg Schule in Birkenau und die Weinheimer Karrillonschule werden als Pilotschulen dabei sein. Job Central wird die Umsetzung voraussichtlich begleiten und an beiden Schulen die „Lotsinnen“ (Jugendberufshelferinnen) stellen. Das KÜM-Konzept für die Berufsvorbereitung der 7.-9. Hauptschulklassen basiert im Kern auf folgenden Elementen: Aufbau lokaler Schulpartnerschaften, jährliche Talente-/Kompetenzchecks, kontinuierliches Coaching der SchülerInnen, Transparenz über potenzielle Unterstützungsbausteine mittels regionaler Datenbank sowie einheitliches Monitoring als fallbezogene Dokumentation „aus einer Hand“. In mancher Hinsicht haben die Kooperations- und Angebotsstrukturen in Weinheim bei der Konzeptentwicklung Modell gestanden. Bemerkenswert ist auch, dass hier erstmals Entwicklungsziele quantifiziert werden: Innerhalb der nächsten 5 Jahre soll die Quote der HauptschülerInnen ohne Hauptschulabschluss um mind. 25 % verringert und die Übergangsquote von HauptschülerInnen in Ausbildung bzw. Beruf um mind. 50% verbessert werden. Der Erfolg von KÜM, an dessen Konzeptentwicklung nicht nur die Arbeitsagentur sondern auch Jugendberufshilfe-Träger der Region beteiligt waren, wird nun entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, schrittweise verbindliche Qualitätsstandards *und* zusätzliche Ressourcen für die Berufsvorbereitung zu sichern, und zwar ohne dass örtliche Kooperationen, Förderangebote und der Einfluss der Kommunen „unter die Räder“ einer „Mega-Struktur“ geraten. KÜM hat das Potenzial, (politischen) Rückenwind für eine bessere Berufsvorbereitung an Hauptschulen zu erzeugen.

Vergleichsweise begrenzt, im Ertrag aber schon konkret, sind die seit 2006 von Job Central durchgeführten **Berufsorientierungs-Workshops für Hauptschülerinnen** der 7.-9. Klasse an Schulen der Region (ehemals Projekt *girls start*). Gefördert werden die Erkundung von Stärken und Interessen, die Motivation zur Ausbildung sowie die Erweiterung des Berufsspektrums.

Dank des Engagements von LehrerInnen der Friedrich-Schiller-Hauptschule in Hemsbach konnte dort, parallel zum Angebot für Mädchen, ein Workshop für Jungen durchgeführt werden. In dieser gelungenen Kooperation ist etwas Neues entstanden: ein Angebot paralleler Workshops für Mädchen und Jungen. Gleichzeitig wurden

---

<sup>87</sup> Metropolregion Rhein-Neckar (2007)

Erkenntnisse einer geschlechtersensiblen (hier auch geschlechtergetrennten) Berufsvorbereitung an die Schule getragen. – Wenn die Finanzierung der Arbeit aus einem Frauenförderprogramm des Europäischen Sozialfonds endet, sollen ab 2008 wesentliche Elemente ins Regelangebot der Jugendagentur übernommen werden.

Auch in die **Berufsvorbereitung im BVJ** ist Bewegung gekommen. Hier sind drei Initiativen besonders hervorzuheben: das Engagement des Lions Club für Praxisprojekte, eine Initiative des WUB für ein modifiziertes BVJ sowie die Teilablösung des herkömmlichen BVJ durch die neue Schulform BEJ.

Seit 2006 fördert der Lions Club Weinheim **Praxisprojekte** im BVJ der Hans-Freudenberg-Schule; die Idee wurde von Job Central angestoßen und gemeinsam mit den BVJ-LehrerInnen entwickelt. Seither haben verschiedene Projektgruppen in den Schulwerkstätten Parkbänke, Schaukästen für Parks und Möbel für den Lesetreff im Mehrgenerationenhaus gebaut sowie alte Geländewagen zerlegt, restauriert und fahrtüchtig gemacht. Die Jugendlichen lernen dabei handwerkliche Grundbegriffe, Ausdauer, Teamarbeit; zum Abschluss erhalten sie ein Projektzertifikat für ihre weiteren Bewerbungen. Die Clubmitglieder helfen bei der Projektplanung, finanzieren die Arbeitsmaterialien, stellen Kontakte her und unterstützen die Lehrstellensuche.

Auf mehr Praxis im BVJ zielt auch eine Initiative des Weinheimer Unterstützerkreises Berufsstart (WUB). Gemeinsam mit der Hans-Freudenberg-Schule wurde eine neue BVJ-Variante entwickelt: ein **praxisorientiertes BVJ** (BVJ-P). Im Schuljahr 2007/2008 wird es in einer Klasse aus SchülerInnen mit und ohne Hauptschulabschluss erprobt. Die Grundidee ist einfach und überzeugend: die SchülerInnen gehen jede Woche 3 Tage zum Langzeitpraktikum in einen Betrieb und besuchen 2 Tage die Schule. Die Betriebe binden sie fast wie Auszubildende in die Arbeitsabläufe ein. So entstehen Verbindlichkeit, Zugehörigkeit und Intensität. An einem der beiden Schultage wird die Klasse geteilt; so können die Kernfächer Mathe und Deutsch in kleineren Gruppen unterrichtet werden. Der WUB intensiviert seine Betreuung: jeder Schüler bekommt einen (zusätzlich qualifizierten) Paten, manche erhalten zusätzlich Nachhilfe. Die Klasse wird mit Workshops zur Teambildung, Paten-Zuordnung und Berufsorientierung begleitet. Finanziert wird dies zum Teil durch die Bürgerstiftung Weinheim. WUB-Betriebskontakter haben in kürzester Zeit mehr Praktikumsstellen als nötig akquiriert. Die Jugendagentur unterstützt das Projekt durch Rat und Tat. – Auch wenn die Absicht, das Förderinstrument EQJ-Langzeitpraktikum<sup>88</sup> mit dem BVJ zu verbinden, zunächst fehlschlagen, brachte die Initiative insgesamt neue Impulse für mehr Praxis *und* für ein intensiveres Lernen im BVJ. Es wird erwartet, dass die Teilnehmer, ausschließlich junge Männer mit überwiegend sehr schwachen Schulleistungen, ihre Chancen auf eine Lehrstelle verbessern, weil die Arbeit im Betrieb sie motiviert und stabilisiert. Das Nachholen

---

<sup>88</sup> Das EQJ entstand als flankierende Maßnahme zum Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs als ein vom Bund gefördertes 3- bis 6-monatiges Langzeitpraktikum, das von den Kammern und der Agentur für Arbeit organisiert und verwaltet wird.

des Hauptschulabschlusses soll durch kleinere Lerngruppen möglich bleiben.<sup>89</sup> Inzwischen zeichnet sich ab, dass die Umsetzung schwieriger ist, als erwartet. Die meisten Jugendlichen zeigen „multiple Vermittlungshemmnisse“; sie haben überwiegend keinen oder einen sehr schlechten Hauptschulabschluss; viele arbeiten in ihren Praktika nur unzuverlässig. Die Patenbetreuung und die Abstimmungsprozesse zwischen Schule und WUB ist aufwändiger und anspruchsvoller als vorausgesehen. Das BVJ-P wird von allen Beteiligten als anspruchsvolles „Lernprojekt“ begriffen, das neue Erkenntnisse für die Strategieentwicklung ermöglicht.

Erfüllt das BVJ-P die damit verbundenen Erwartungen, dann könnte es zukünftig vielleicht Modell stehen für ein BVJ neuen Stils. Dies wird spätestens dann gebraucht, wenn die neue Schulform **Berufseinstiegsjahr** (BEJ) flächendeckend etabliert ist. Für alle SchülerInnen *mit* Hauptschulabschluss tritt ab Schuljahr 2008/2009 das BEJ an die Stelle des BVJ. Die Zielsetzung des Kultusministeriums ist klar: der Hauptschulabschluss soll an der Hauptschule erworben und diese Schulform damit aufgewertet werden. Das nachträgliche Verbessern des Abschlusses im BVJ wird unterbunden. Nur Jugendliche ohne Abschluss bekommen im BVJ eine 2. Chance. Die Helen-Keller-Schule war eine der BEJ-Pilotschulen und hat seit Schuljahr 2006/2007 vielfältige Erfahrungen gesammelt. Da der Hauptschulabschluss Zugangsvoraussetzung ist, steht das BEJ im Rang einer 1-jährigen Berufsfachschule. Bei guten Abschlussnoten öffnet es den Zugang zur 2-jährigen Berufsfachschule. Die neue Schulform scheint – schon weil sie nicht BVJ heißt – attraktiv für Jugendliche und Eltern, auch wenn sie höhere Leistungsanforderungen stellt. Das BEJ fokussiert die Berufsvorbereitung auf ein *ausgewähltes* Berufsfeld, es ermöglicht keine breite Orientierung. Es bietet, in ähnlichem Umfang wie bisher, Betriebspraktika, aber vor allem eine aufwändige Kompetenzanalyse und verspricht eine gezielte Förderung sowie ein Training von sozialen Schlüsselkompetenzen. Ob mit dem BEJ ein Ausweg aus der Misere des BVJ gefunden wurde, muss sich indes noch zeigen.

#### *Arbeitswelt öffnen, betriebliche Qualifizierungsangebote entwickeln*

Erste Fortschritte, wenngleich kein Durchbruch, gibt es auch bei der systematischen Erschließung von betrieblichen Qualifizierungsmöglichkeiten für Jugendliche mit Berufsstartschwierigkeiten. Wie in Kap. 5 gezeigt, hat sich der **AK Wirtschaftsgespräche** intensiv mit diesen Fragen beschäftigt. Konkrete Projektpläne wurden jedoch aufgrund einer fehlenden Finanzierung und den begrenzten Kooperationspielräumen der Arbeitsagentur zunächst zurückgestellt (siehe dazu Kap. 8). Inzwischen konzentriert sich die Arbeit auf die Mobilisierung von Langzeitpraktika und Lehrstellen im Rahmen des Modells für ein BVJ-P.

---

<sup>89</sup> Siehe dazu die Protokolle der Sitzungen der Berufsintegrationskommission Weinheim am 13. März 2007 und am 23. Juli 2007 in der Stadtbibliothek Weinheim

**Für arbeitslose Jugendliche** (meist) ohne Ausbildung, die Arbeitslosengeld II beziehen, mobilisiert Job Central in Kooperation mit der Arbeitsagentur seit 2005 passgenaue **Arbeitsgelegenheiten** (Zusatzjobs) und vermittelt diese Stellen. Engagierte Jugendliche, deren Arbeit- und Lebenssituation sich so stabilisiert hat, werden durch Coaching unterstützt, eine tragfähige Qualifizierungs- oder Beschäftigungsperspektive zu entwickeln. Kommunen, Vereine und gemeinnützige Betriebe, die Arbeitsgelegenheiten bieten, werden von Job Central bei den Antragsformalitäten sowie ggf. bei Problemen mit den Jugendlichen tatkräftig unterstützt. Mit diesem erfolgreichen Projekt wurden Erfahrungen für eine „Assistierte Ausbildung“ im 1. Arbeitsmarkt gesammelt, die Betriebe *und* Jugendliche unterstützt.

Ein Qualitätssprung wurde mit dem Aufbau der **Betriebsdatenbank** bei Job Central erreicht (siehe Kap. 5). Von Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle und mit Unterstützung einer Berufsberaterin im Ruhestand wird das Lehrstellenangebot der regionalen Wirtschaft systematisch abgefragt. Gelegentlich werden vor-Ort-Besuche in den Betrieben durchgeführt. – Leider nutzen die NetzwerkpartnerInnen die aufbereiteten Informationen noch nicht intensiv. Auch wünscht sich die Jugendagentur von ihren PartnerInnen aus Schulen, Bürgerschaft und Wirtschaft mehr eigenaktive Meldungen zum Lehrstellen- und Praktikumsangebot. Das würde die Qualität der Datenbank weiter verbessern. Für die Arbeit von Job Central ist sie schon heute unverzichtbar.

Auf Anregung des AK Wirtschaftsgespräche entwickelte Job Central 2007 ein **Kooperationsprojekt** mit **Diesbach Medien**: Von Mai bis September erschien einmal wöchentlich in den Weinheimer Nachrichten, der Odenwälder Zeitung sowie den Extrablättern des Verlags ein lebhaftes Porträt, das Jugendliche auf Ausbildungssuche vorstellte. Ergänzt wurde die **Artikelserie „Ausbildung jetzt!“** durch Hintergrundberichte über Angebote und Akteure des regionalen Übergangssystems. Die Menschen hinter den Zahlen der Ausbildungsmarktstatistik „unvermittelter BewerberInnen“ sind so sichtbar geworden, ja sie haben selbstbewusst Gesicht gezeigt. Das stärkte die Porträtierten und motivierte ihrer Altersgenossen, nicht aufzugeben – und es mobilisierte betriebliche Stellenangebote. Mehr als die Hälfte der Porträtierten sind inzwischen in Ausbildung oder Arbeit. Die Resonanz aus der Bevölkerung und der Wirtschaft war sehr ermutigend. Offenbar ist es gelungen, die Sorgen und Nöte von Jugendlichen auf dem Weg in den Beruf ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

#### *Vernetzte Übergangshilfen gemeinsam verantworten und kommunal koordinieren*

Ein wichtiger Beitrag zu einem gut vernetzten kommunalen Integrations- und Übergangsmanagement ist zweifellos die Arbeit an einem **Weinheimer Integrationsmodell**.<sup>90</sup> Seit 2005 wurden die Konturen dieses Handlungskonzepts immer deutlicher. Mindestens vier Merkmale machen es, auch im Bundesvergleich, zu etwas Besonderem:

---

<sup>90</sup> Siehe Anfang des Kap. 5 sowie den Jahresbericht 2006 der Regionalen Jugendagentur Job Central.



- **Kommunen und ihre Bürgerschaft** übernehmen gemeinsam und aktiv Verantwortung für Bildung, Ausbildung und Integration. Sie bilden eine **Verantwortungsgemeinschaft** (nicht nur) für den gelingenden Übergang von der Schule in den Beruf. Ziel ist die mutige Verantwortungsübernahme aller, anstatt dem bequemen Rückzug auf eng begrenzte formale Zuständigkeiten.
- Ziel ist ein **biografisch angelegtes Gesamtmodell** des Integrations- und Übergangsmangements, das Kinder, Jugendliche und ihre Eltern durch alle Stationen auf dem Weg zum Erwachsenwerden begleitet. Vom Krabbelalter bis zur Berufsintegration werden spezifische Bildungs- und Beratungsangebote gemacht.
- Für die Vernetzung von Angeboten und Akteuren, für Projekt- und Qualitätsentwicklung übernimmt die Kommune Verantwortung, indem sie – gemeinsam mit dem bürgerschaftlichen Partner Freudenberg Stiftung – eine **kommunale Koordinierung** geschaffen hat. Job Central, Integration Central und die Berufsintegrationskommission sind deren Kernelemente. Damit bekennt sich die Kommune zu einem Integrations- und Übergangsmangement als strukturelle Daueraufgabe der lokalen Politik.
- In allen Handlungsfeldern des Modells arbeiten **Haupt- und Ehrenamtliche**, Profis und engagierte Laien gut abgestimmt „Hand in Hand“: seien es Pädagoginnen, türkische Mütterbegleiterinnen und Eltern bei der Sprachförderung oder LehrerInnen, Beratungsprofis und ehrenamtliche LernbegleiterInnen bzw. Paten bei der Berufsvorbereitung. So ist es nur konsequent, wenn VertreterInnen der Bürgerschaft auch in der BIK bei Strategieberatungen und Strukturentwicklung gewichtige Stimmen haben. Bürgerschaftliche Beteiligung, nicht zuletzt die von MigrantInnen, ist Programm.<sup>91</sup>

Erfreulich ist, dass sich für Ausbildung und Berufsintegration immer wieder neue Personen und Organisationen engagieren. Mit der Bürgerstiftung Weinheim entstand für dieses Arbeitsfeld seit 2005 ein weiterer Partner mit hohem Potenzial.

Gut entwickelt hat sich auch die Arbeit der **Berufsintegrationskommission**. Sie hat 2007 Initiativen wie das BVJ-P, das Konzept „Last-minute-Workshop“ und die Pressekooperation mit den Diesbach Medien angeregt bzw. unterstützt.<sup>92</sup> (Siehe Kap. 6)

Trotz vieler Fortschritte haben sich die Probleme am Übergang Schule-Beruf nur wenig entspannt. Lokale und regionale Politikansätze brauchen politischen Rückenwind und sie brauchen mehr Gestaltungsspielräume und Ressourcen, um ihre Wirksamkeit zu entfalten. Beispiele guter Praxis müssen verbreitet werden. Hierfür arbeitet die „**Weinheimer Initiative 2007**“, eine Gruppe engagierter

---

<sup>91</sup> Zur Koordinierungs- und Netzwerkarbeit siehe auch den Jahresbericht 2006 der Jugendagentur.

<sup>92</sup> Siehe dazu die Protokolle der Sitzungen der Berufsintegrationskommission.

Expertinnen und Experten aus Kommunen, Betrieben, Stiftungen, Verbänden, Instituten und zivilgesellschaftlichen Projekten, die sich auf Anregung der Freudenberg Stiftung und unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft zusammengefunden hat. Im Mai 2007 ist sie mit einer gemeinsamen Erklärung, die inzwischen von rund 40 Kommunen unterzeichnet wurde, an die Öffentlichkeit getreten.<sup>93</sup> Die Initiative stützt sich auf eine breite Palette von Erfahrungen mit lokalen Handlungsansätzen. Die Initiativen an der Badischen Bergstraße haben hier Beispielcharakter.

## 8. Unerledigtes und neue Herausforderungen

Die Berufsintegration aller Jugendlichen ist eine höchst komplexe Herausforderung. Sie kann nur mit differenzierten Handlungsansätzen und mit Konsequenz gemeistert werden. Nachhaltige Verbesserungen sind nur durch eine Langfriststrategie zu erreichen, die als Gemeinschaftsinitiative gesellschaftlich breit getragen wird. Auf diesem Wege ist das Übergangsmanagement an der Badischen Bergstraße schon ein gutes Stück vorangekommen. Dennoch bleibt in fast allen Handlungsfeldern und auf unterschiedlichen Handlungsebenen noch vieles zu tun. Überwiegend kann dabei auf guten Ansätzen aufgebaut werden, deren Qualität nun aber konsequent fortentwickelt werden muss. Im Folgenden werden nur Aufgaben benannt, die besonders grundlegend oder drängend erscheinen.

### *Jugendliche individuell unterstützen und fördern*

- Vor allem drei Zielgruppen bedürfen noch gezielterer individueller Förderung; sie haben die größten Berufsintegrationsschwierigkeiten und gelten uns als „**Sorgenkinder**“: Jugendliche ohne oder mit schlechtem Hauptschulabschluss, Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie AltbewerberInnen. Hinzukommen eher leistungsschwache AbsolventInnen von 2-jährigen Berufsfachschulen mit einem schwachen Mittleren Bildungsabschluss.
- Für deren Förderung müssen **zielgruppenspezifische Zugänge** und Angebote entwickelt und etabliert werden, beispielsweise das Vermitteln von Kenntnissen über Möglichkeiten und Anforderungen beim Berufsübergang, die für junge MigrantInnen und deren Eltern wichtig sind. Hierfür müssen neue Kooperationsformen mit MigrantInnenorganisationen gefunden werden.
- Häufig, und zu oft zu Recht, wird die mangelnde **Ausbildungsreife** eines Teils der Jugendlichen beklagt. Ausbildungsreife fördern heißt, schulische Basiskenntnisse *und* persönliche Orientierungen/Arbeitshaltungen und soziale Kompetenzen auszubilden.<sup>94</sup> Das eine ist ohne das andere am Arbeitsmarkt

---

<sup>93</sup> Siehe: Freudenberg Stiftung (Hrsg.): Weinheimer Initiative 2007

<sup>94</sup> Siehe: Bundesagentur für Arbeit: Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland. Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife

wenig wert. **Schulen** müssen Wege finden, beides zu vermitteln; die Bürgergesellschaft und die Kommune müssen sie dabei nach Kräften unterstützen. Unterricht ist jedoch *die* Kernaufgabe und Kernkompetenz von Schule; nur sie kann hier für hohe Qualität sorgen – das gilt selbstverständlich auch für den Berufsvorbereitungsunterricht. Der im internationalen Vergleich hohe Anteil von SchulabgängerInnen ohne Abschluss sowie die Tatsache, dass ein erheblicher Prozentsatz der SchülerInnen auf einem sehr niedrigen Kompetenzniveau verbleibt, ist inakzeptabel. Dass dies eng mit sozialer Herkunft und Migrationshintergrund verbunden ist, ist ein Skandal.<sup>95</sup>

- Die Präsenz der **Berufsberatung** der Arbeitsagentur an den Hauptschulen – aber auch am BVJ und BEJ – hat gegenüber 2005 deutlich abgenommen. Die Leistungsfähigkeit dieser wichtigen Beratungsstelle scheint eher zu sinken. Personal das altersbedingt ausgeschieden ist, wurde nicht ersetzt. Bei der aufsuchenden Beratung an den Hauptschulen gelingt die Ansprache des Klientels zum Teil schlecht. Wie LehrerInnen und SchülerInnen der Karrillonschule berichten, erleben sie „vor-Ort-Vorträge“ als wenig an der Schülerschaft orientiert, als kaum stärken- und ressourcenorientiert und wenig inspiriert. Die Beratungsgespräche bei der Agentur leiden zudem unter einer engen zeitlichen „Taktung“, die zu wenig Raum lässt für individuelle Fördergespräche und eingehende Beratung.
- Angezeigt wäre auch die schrittweise Ausstattung der Haupt- und Beruflichen Schulen mit einem verlässlichen Budget an **Jugendberufshilfe**<sup>96</sup> und **Schulsozialarbeit**. Auf Basis solch konkreter Hilfen könnten Schulträger mit den Schulen vereinbaren, welche Aufgaben genau in schulischer Verantwortung liegen. Seit Herbst 2007 gibt es unter engagierter Beteiligung der Schulen hierzu eine neue Initiative des Oberbürgermeisters und der BIK.
- Eltern beeinflussen die Berufswahl und die Wahl der Qualifizierungswege ihrer Kinder eher konservativ, manchmal sogar negativ, wenn sie uninformiert sind. Die **Aktivierung der Eltern** ist daher nur hilfreich, wenn sie mit Elterninformation und Elternqualifizierung verbunden wird. Das gilt ganz besonders in Sozialmilieus, die nicht bürgerlich geprägt sind. Dies waren zentrale Erkenntnisse der BIK-Themensitzung Elternaktivierung. Soll die Forderung nach Elternaktivierung also mehr als billige Rhetorik sein, müssen dafür zusätzliche Ressourcen mobilisiert werden. Beiläufig lässt sich diese gewaltige Aufgabe weder modellhaft noch breitenwirksam entwickeln.
- Nicht selten werden mühsam zustandegekommene **Praktikums- oder Ausbildungsverhältnisse** nach wenigen Wochen/Monaten **abgebrochen**. In

---

<sup>95</sup> Siehe dazu auch Konsortium Bildungsberichterstattung (2006), S.199

<sup>96</sup> Jugendliche brauchen „Lotsen“ am Übergang Schule-Beruf, die für sie ansprechbar sind und ihnen individuell weiterhelfen. Diese Aufgabe sollte an der Schule verortet sein, ist aber nicht alleine von den Lehrkräften zu leisten. Dafür sind Profis der Jugendberufshilfe nötig. Dieses Konzept verfolgt, zunächst nur an 15 Pilot-Hauptschulen, auch das KÜM-Konzept der Metropolregion.

der Ausbildung sind häufige Gründe dafür Schwierigkeiten in der Berufsschule oder es macht Probleme, sich in der Arbeitswelt einzuleben. Besonders kritisch wird es, wenn die erste Begeisterung den „Mühen des Alltags“ weicht. Gerade in dieser Zeit brauchen gefährdete Jugendliche Stabilisierung; hier müsste die sozialpädagogische Begleitung intensiviert werden.

### *Schulische Berufsvorbereitung qualitativ entwickeln*

- **Berufsvorbereitungsunterricht** geht oft zu rasch zur Vermittlung von Arbeitstechniken der Berufsintegration über; es geht darum: „Wie suche ich eine Lehrstelle?“ „Wie sieht eine gute Bewerbung aus?“. Basisthemen der Berufsorientierung wie das Erkunden eigener Stärken, Talente und Interessen, das Nachdenken über eigene Lebensziele, das aktive Erkunden von Arbeitswelt und das Kennenlernen von Betrieben als soziale Systeme mit eigenem Regelsystem kommen oft zu kurz. Nur selten gelingt es, wirklich darüber nachzudenken, welche Berufe zu mir passen.<sup>97</sup> Und schulische Berufsvorbereitung stärkt Jugendliche zu wenig angesichts der Leistung, die ihnen beim Wechsel in eine völlig fremde (Arbeits-)Welt abverlangt wird.<sup>98</sup>
- LehrerInnen, ehrenamtliche Helfer, Eltern und Beratungsprofis sollten sich deshalb gemeinsam um ein **vertieftes Verständnis der Aufgabe Berufsvorbereitung** bemühen. Die Kernfragen sind: Was ist gute Berufsvorbereitung ? Und wer trägt was dazu bei? Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits getan. Die Aufgabe ist aber noch lange nicht erledigt. Für ein konsistentes Gesamtsystem an Übergangshilfen ist das aber grundlegend.
- Qualitätsfragen stellen sich auch bezogen auf die Methoden, mit denen **Kenntnisse der Berufs- und Arbeitswelt** vermittelt werden. Der aktiven Erkundung beruflicher Praxis kommt hier große Bedeutung zu. Unmittelbare Anschauung und das tätige Erleben mit allen Sinnen bleiben besser in Erinnerung, als abstraktes Buchwissen. Aber erst durch individuelle Reflexion im Gespräch mit LehrerInnen, Paten, Eltern oder Gleichaltrigen können Arbeitswelt-Erlebnisse und -Eindrücke zu entscheidungsrelevanten Erfahrungen reifen. Nur so werden aus schulischen Betriebspraktika oder -exkursionen nützliche Beiträge zur Berufsvorbereitung.
- Es geht also nicht nur um mehr Arbeitswelteinblicke für SchülerInnen, sondern auch um mehr Qualität, und diese entsteht entscheidend durch die sorgfältige Auswahl der Stelle und eine sorgfältige Vor- und Nachbereitung. Um eine ausreichende Anzahl **Betriebspraktika guter Qualität** zu mobilisieren, bedarf es zudem eines Dialogs mit den Betrieben über Lernziele und

---

<sup>97</sup> „Erschreckend viele Jugendliche können nicht begründen, warum sie bestimmte Berufe in Betracht ziehen. Es wirkt, als hätte diese Entscheidung nicht wirklich mit ihnen zu tun. Die Bedeutung der eigenen Persönlichkeit für die Berufsfindung oder die Wahl eines Ausbildungsweges bleibt diffus; manche Entscheidung scheint fast beliebig.“ (Felger/Zybell 2006)

<sup>98</sup> Siehe dazu Felger/Zybell (2006)

Praktikumsinhalte sowie zwischen den Schulen einer Abstimmung der Praktikumszeiten.

- Unter Anerkennung der Tatsache, dass das deutsche Berufsbildungssystem längst mehr Qualifizierungswege bietet als die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule<sup>99</sup>, macht es doch Sorge, wenn immer weniger HauptschulabsolventInnen den direkten Weg in eine Berufsausbildung finden. Der Trend zum weiterführenden Schulbesuch wird immer stärker, selbst bei den schulmüden und leistungsschwachen SchülerInnen. Jenseits aller objektiven Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche, vollzieht sich hier offenbar ein Wertewandel: Die **Berufsausbildung direkt nach der Hauptschule verliert an Attraktivität**. Einem Teil der Jugendlichen und ihren Eltern erscheint dieser Weg offenbar als zu verunsichernd und anstrengend, konfrontiert er doch mit völlig neuen Anforderungen. Damit verbundene persönliche Entwicklungschancen werden kaum wahrgenommen. Hier muss engagiert gegengesteuert werden. Jugendliche müssen wieder „**Lust auf Ausbildung und Beruf**“ entwickeln. Sie müssen gestärkt werden, den Schritt in die Arbeitswelt zu wagen. Beispielsweise Projekte, die HauptschülerInnen mit Auszubildenden in Kontakt bringen, könnten hier helfen.
- Schulen sind heute vielfach gefordert, mit außerschulischen Partnern zusammenzuarbeiten. Die meisten tun das engagiert und mit Gewinn. Berufsvorbereitung ist ohne Partner aus der Wirtschaft und Jugendhilfe kaum mehr denkbar. Mit lokalen Schulpartnerschaften entsteht aber **neue Steuerungsaufgabe für Schulleitungen**. Sie müssen die Beiträge der außerschulischen Partner in ihre schulischen Abläufe einknüpfen, müssen Ressourcen für Abstimmungsprozesse, für gemeinsame Konzeptentwicklung und verlässliche Ansprechpartner bereitstellen. Diese schulische **Koordinierungsleistung** wird von **außerschulischen Partnern** nicht selten als unzureichend erlebt.

#### *Arbeitswelt öffnen, betriebliche Qualifizierungsangebote entwickeln*

- Angesichts der großen Zahl unversorgter Jugendlicher, die in Berufsvorbereitungsmaßnahmen stecken oder anderweitig „alternativ verblieben sind“, besteht kein Zweifel: es fehlen **Qualifizierungsangebote im Betrieb**. Benötigt werden mehr Lehrstellen mit moderaten Einstiegsvoraussetzungen und mehr niederschwellige Einstiege wie Langzeitpraktika oder Anlernjobs seriösen Charakters. Nur bedingt ausbildungsreife SchulabgängerInnen und AltbewerberInnen, die schon diverse Vorbereitungsmaßnahmen durchlaufen haben, brauchen dringend praxisintensive Qualifizierungsangebote mit Ernstcharakter. Hilfreich wäre ein Angebot qualitätvoller und gut begleiteter **betrieblicher**

---

<sup>99</sup> Tatsächlich ist längst ein plurales Mischsystem aus unterschiedlichen betrieblichen und schulischen Qualifizierungswegen entstanden.

- Berufsvorbereitung**, auch auf Basis des EQJ-Langzeitpraktikums. Solche Angebote müssten, auch als Alternative zum BEJ, entwickelt werden.
- **Niederschwellige Einstiege** in die Arbeitswelt können leistungsschwächere Jugendliche motivieren und stabilisieren. Bislang fehlen aber Anlernjobs für Jugendliche, die (derzeit) keine Ausbildung machen wollen oder können. Allerdings sollen sie – wo immer möglich – nicht dauerhaft auf dem Niveau verbleiben, sondern weiterführende Qualifizierungsangebote nutzen (können). Das Nachholen des Schulabschlusses (Abend-Hauptschule) oder eine spätere Lehre müssen möglich bleiben. Solche **zweiten Chancen** müssen im System angelegt werden. Sie können durch die unterstützende Begleitung von Jugendlichen und Betrieben gefördert werden („Assistierte Ausbildung“).
  - Dabei darf das Duale System der Berufsausbildung (Lehre) heute nicht mehr als Normalweg unterstellt werden. Ziel muss sein, die Gestaltungsspielräume zur **Flexibilisierung beruflicher Bildung zu nutzen**, um regional passende Qualifizierungsangebote zu entwickeln. Ansatzpunkte dafür gibt es viele: betriebliche Vorbereitungsjahre (siehe BASF-Förderprogramm „Start in den Beruf“), modulare Qualifizierungsbausteine und Verbundausbildungen, fond-finanzierte zusätzliche Ausbildungsplätze (siehe „Heidelberger AZUBI-Fonds“) oder geförderte Ausbildung im 1. Ausbildungsmarkt.
  - Diese Ansätze zeigen: es ist vieles möglich, wenn die Initiative gut koordiniert wird und wenn sich die Finanzierung klären lässt. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich solche Projekte nicht ausschließlich ehrenamtlich entwickeln lassen. Dafür braucht es **Expertise für Projekt- und Strukturentwicklung** bei einer Koordinierungs- und Fachstelle. Dort, aber auch zur Projektdurchführung, braucht es eine verlässliche **Finanzierung**. Seit 2005 sind gute Entwicklungsansätze immer wieder daran gescheitert. Trotz gemeinsamer Anstrengung von Oberbürgermeister und BIK war es nicht gelungen, die Agentur für Arbeit für solche Entwicklungsprojekte zu gewinnen. Auch der Einbezug führender regionaler Unternehmen, die solchen Initiativen Nachdruck verleihen könnten, steht noch aus.

#### *Vernetzte Übergangshilfen gemeinsam verantworten und kommunal koordinieren*

- Eine Reihe notwendiger Entwicklungsarbeiten scheiterte bislang nicht an unlösbaren inhaltlich-konzeptionellen Fragen, sondern an Fragen der **Arbeitskapazität und Finanzierung**. Solange die Arbeit der Koordinierungsstelle und mancher Netzwerkpartner stark von kurzfristiger Projektfinanzierung abhängig ist, binden die damit verbundenen Arbeiten zum einen viel Arbeitskraft. Zum anderen werden notwendige Strukturentwicklungen durch fehlende Finanzierung gebremst. Das wird sich nicht ändern, solange die Arbeit stark von kurzfristigen Projektfinanzierungen abhängig ist. Die Grundfinanzierung des lokalen bzw. regionalen Übergangsmangements muss verlässlicher werden.

- Freundlich, im Ergebnis aber nicht immer erfolgreich, gestaltet sich die Zusammenarbeit der kommunalen Koordinierung mit manchen **institutionellen Akteuren** des Übergangssystems. Vor allem die **Agentur für Arbeit** erweist sich als Partner mit eng begrenzten Gestaltungsspielräumen vor Ort, der – trotz Millionenüberschüssen der Bundesagentur – kaum Ressourcen für regional abgestimmte Strukturentwicklungen aufbringen will oder kann. Auf ihre von politischen Vorgaben beeinflusste kurzatmige Geschäfts- und Personalpolitik macht die Arbeitsagentur zu einem schwierigen Partner für langfristig angelegte regionale Entwicklungsprozesse. Die Realisierung der Forderung „institutionelle Partner ‚vor Ort‘ sollen sich verbindlich in die Kommunale Koordinierung einordnen“<sup>100</sup>, scheint noch weit entfernt.
- Andere Hindernisse bestehen beim Entwickeln neuer Förderkonzepte, wenn vorhandene **Förderinstrumente des Übergangssystems nicht kompatibel** sind. Dies haben WUB und Freudenberg-Schule zuletzt im Sommer 2007 erfahren, als sie das geförderte EQJ-Langzeitpraktikum mit der Schulform BVJ verknüpfen wollten, um ein stark praxisorientiertes BVJ-Angebot zu schaffen.
- Eine engere Einbindung lokaler Unternehmen und Wirtschaftsverbände in die örtliche Verantwortungsgemeinschaft ist grundlegend, bisher aber unzureichend gelungen. Gegenüber **Betrieben**, die **als Partner** gewonnen werden sollen, muss präzise formuliert werden, was sie beitragen sollen und wie sie von einer Kooperation profitieren können. Für aufwändige Abstimmungs- oder Entwicklungsprozesse stehen sie (bisher) kaum zur Verfügung; diese Erfahrung hat zuletzt der „AK Wirtschaftsgespräche“ der BIK gemacht. Die Zukunft liegt wohl in gemeinsam getragenen Projekten, die kommunal koordiniert und administriert werden.
- Entwicklungsfähig sind auch die Kooperationen mit **Migrantenorganisationen** im Übergangsmanagement. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich seit 2006 vorrangig auf Themen der Bildung, Sprachförderung und Elternaktivierung für jüngere Kinder. Projekt Weinheim hat mit seiner Koordinierungsstelle Integration Central hier Pionierarbeit geleistet. Mit regelmäßigen Kontakten zum Moscheeverein, zum Türkischen Elternverein sowie zum Koordinierungskreis für die Integration von Ausländern in Weinheim im Rahmen lokaler Arbeitskreise und Ausschüsse gibt es jedoch eine gute Grundlage für eine engere Zusammenarbeit auch zu Themen der Berufsintegration.
- Insgesamt ist in den letzten Jahren ein **großes Spektrum an Förderinstrumenten** entstanden. Zahlreiche Akteure und Förderer sind hinzugekommen. Angesichts dessen muss darüber nachgedacht werden, ob

---

<sup>100</sup> Freudenberg Stiftung (Hrsg.): Weinheimer Initiative 2007. S.9

dieses entwickelte Netzwerk nicht eine **neue Steuerungsstruktur** braucht. Die Zukunft liegt vielleicht in thematisch geschnittenen Fachgruppen, einem zentralen Steuerkreis und klaren Kooperations- und Zielvereinbarungen, die nicht zuletzt zu einer stärkeren Selbstverpflichtung aller Akteure führen.

## 9. Zum Stand des Erreichten – Zusammenfassung und Fazit

Wo stehen wir nun, rund 4 Jahre nach der Strategieüberprüfung und Neuakzentuierung unserer Arbeit, die durch das Evaluierungsgutachten von Dr. Kruse angestoßen wurde, und 2,5 Jahre nach Vorlage des 1. Berufsintegrationsberichts? Mit einer Standortbestimmung, die zugleich als Zusammenfassung und Fazit dient, sollen nun die Vorschläge für die Empfehlungen der Kommission vorbereitet werden.

Teil I des vorliegenden Berufsintegrationsberichts hat im Kern gezeigt: trotz erheblicher Anstrengungen gibt es in der Region nach wie vor **gravierende Integrationsprobleme am Übergang Schule-Beruf**. Vor allem Haupt-, BVJ/BEJ- und FörderschülerInnen mit schwachen Schulleistungen tragen immer noch hohe Integrationsrisiken. Für sie hat sich die Übergangssituation in den Beruf in den letzten 3 Jahren nicht wesentlich verbessert, ja noch nicht einmal nachhaltig stabilisiert. Besonders oft mit unklaren Anschlussperspektiven, mit Berufsvorbereitung statt Berufsausbildung oder mit anderen „Schleifen“ konfrontiert sind Jugendliche mit Migrationshintergrund und AltbewerberInnen, deren letzte Schulentlassung schon mehr als ein Jahr zurückliegt.

Diese **Jugendlichen mit besonderen Berufsstartschwierigkeiten** und erhöhtem Förderbedarf konnten die seit 2007 deutliche Belebung des Ausbildungsmarktes kaum für sich nutzen. Ihnen wird zugemutet, sich in dem unübersichtlichen Übergangssystem, das zwischen allgemein bildenden Schulen und Berufsausbildung entstanden ist, zurechtzufinden und sich mittels zahlreicher berufsvorbereitender Zwischenschritte für eine Berufsausbildung zu qualifizieren.

Die Kluft zwischen der demografischen Entwicklung mit ihrem absehbaren Fachkräftemangel einerseits und dem begrenzten Leistungsvermögen und/oder Leistungsmotivation eines relevanten Teils der HauptschulabsolventInnen andererseits hat sich offenbar verfestigt. Das hat viele Ursachen, die keinesfalls alleine von den Jugendlichen zu verantworten sind. Eine Stadtgesellschaft, die sich zur gemeinsamen Verantwortung von Kommune, Wirtschaft und Bürgerschaft für einen gelingenden Berufsstart aller Jugendlichen bekennt, *darf* diese Entwicklung nicht ignorieren.

Nicht zuletzt wegen der umfangreichen Darlegung von Problemlagen in Teil I könnte der Eindruck entstanden sein, die Investitionen der letzten Jahre – all das Geld, die Zeit und das Engagement, die in das lokale Übergangsmanagement geflossen sind – hätten uns nicht weitergebracht. Dieser Einschätzung kann mit guten Argumenten widersprochen werden.



Es sind nicht nur die **vielen Beispiele guter Praxis**, die hier eine andere Sprache sprechen. Erinnert werden soll nur an die, trotz aller Schwierigkeiten, erfolgreichen Schulen, die sehr viele ihrer AbsolventInnen in eine qualifizierende Anschlussperspektive entlassen. Sie finden sich in allen Schulformen.

Auch die durch systematische Beratung und Begleitung erzielten guten Übergangsquoten zeigen, dass benachteiligte Jugendliche eine Berufswegeplanung entwickeln und eine Anschlussperspektive finden können, wenn sie gut unterstützt werden.

Erfreulich war auch die überaus positive öffentliche Resonanz auf die Artikelserie „Ausbildung jetzt!“. Sie hat den beteiligten Jugendlichen neuen Mut und Selbstvertrauen gegeben und (unterstützt durch ein intensives Coaching) für mehr als die Hälfte der Jugendlichen zu einer Ausbildung oder zu einem Arbeitsplatz geführt.

Vor allem ermutigt uns aber, dass unterschiedliche lokale Akteure zunehmend zu Partnern werden. Sie lernen sich abzustimmen und gemeinsame Konzepte zu entwickeln. Gute Beispiele hierfür sind die Kooperationen von Ehrenamtlichen, LehrerInnen und Beratungsprofis sowie die Kooperation zur Umsetzung von Schnupper- bzw. Praxistagen für Karrillon-SchülerInnen an beruflichen Schulen.

Der Überblick über positive Handlungsansätze seit 2005 in Kap. 5 und 7 zeigt, **welch gut entwickeltes Instrumentarium anschlussorientierter Förderbausteine** inzwischen etabliert wurde. Viele dieser Instrumente ergänzen und vernetzen sich bereits gut.

Heute gibt es nur noch **wenige** gravierende **Lücken im Förderinstrumentarium**:

Am deutlichsten sind diese im Bereich der **Angebotsentwicklung**, zum einen bezogen auf das Lehrstellenangebot und betriebliche Angebote der Berufsvorbereitung für bisher weniger leistungsstarke Jugendliche, zum anderen bezogen auf niederschwellige Einstiegschancen in Erwerbsarbeit (mit späteren Qualifizierungschancen) für Jugendliche ohne Ausbildung oder ohne Schulabschluss. Dabei müssen Angebote nach der Leistungsfähigkeit der Jugendlichen differenziert werden; Betriebe des 1. Arbeitsmarkts werden nicht jeden Jugendlichen qualifizieren können.

Neu nachgedacht werden muss auch darüber, wie bei benachteiligten Jugendlichen frühzeitig die „**Lust auf Ausbildung und Beruf**“ geweckt werden kann. Die beobachtete Vermeidungsstrategie vieler Jugendlicher (und ihrer Eltern), die oft direkt in Berufsvorbereitungskarrieren und am Ende in Arbeitslosigkeit führt, kann nicht hingenommen werden. Auch hier liegt jedoch ein unverzichtbarer Teil der Lösung auf der Angebotsseite: Wenn Jugendliche daran glauben (können), dass sie eine realistische und attraktive Qualifizierungschance bekommen, dann strengen sie sich auch an, aktivieren ihre Potenziale und bringen die notwendige Leistung.

Nicht zuletzt fehlen noch praktikable Verfahren zur systematischen Einbindung von **Eltern** in die Berufsvorbereitung, insbesondere von Migranteltern. Die schlechten **Integrationschancen von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien** sind insgesamt eine der größten Schwächen des deutschen Übergangssystems.

Abgesehen von diesen Entwicklungsaufgaben, für die Ressourcen und Promotoren mobilisiert werden müssen, geht es in den nächsten Jahren um nachhaltiges und **qualitatives Wachstum im Bereich Strukturentwicklung**. Trotz erkennbarer Erfolge dürfen wir mit dem Erreichten nicht zufrieden sein.

Vielleicht nicht der auffälligste, aber sicher der wichtigste Erfolg der letzten Jahre besteht darin, dass ganz wesentliche Elemente einer **lokalen Verantwortungsgemeinschaft und kommunalen Koordinierung** entwickelt und etabliert wurden. Der größte Gewinn liegt in abgestimmten Förderangeboten und **Kooperations- und Steuerungsstrukturen**. Bilanziert man ihren heutigen Entwicklungsstand, wird sofort deutlich, dass wir unseren Zielen seit 2004 ein großes Stück nähergekommen sind: Das bürgerschaftliche Engagement hat sich vervielfacht, neue Akteure sind hinzugekommen, andere haben sich verstärkt und qualifiziert. Berufsintegrationsbericht und Berufsintegrationskommission Weinheim konnten als zentrale Steuerungsinstrumente eines lokalen Übergangsmanagements etabliert werden. Die Stadt Weinheim und ihr Oberbürgermeister haben ihre Verantwortung für die Berufsintegration aller Jugendlichen bekräftigt und stellen wichtige finanzielle Mittel zur Verfügung; Nachbargemeinden sollten folgen. Und nicht zuletzt haben sich Stadt und Bürgergesellschaft Weinheim gemeinsam auf den Weg gemacht, ein **biografiebegleitendes Fördermodell vom Krabbelalter bis zur Berufsintegration** zu entwickeln und schrittweise zu etablieren („Weinheimer Integrationsmodell“). Mit Integration Central, der neuen Koordinierungsstelle für Bildung, Sprachförderung und Interkulturelle Verständigung, ist dafür ein unverzichtbarer Partner erwachsen, der nicht nur MigrantInnen und ihre Organisationen, sondern auch Eltern systematisch in die Bildung und Förderung der Kinder einbezieht – und so die Basis für deren Engagement bei der Berufsintegration legt.

Gerade diese Fortschritte in Fragen der Strukturentwicklung sind es, die das lokale **Übergangsmanagement in Weinheim** (und an der Badischen Bergstraße) zum **Referenzmodell** für überregionale politische Initiativen machen. Die „Weinheimer Initiative. Eine öffentliche Erklärung“ der Freudenberg Stiftung, der „Leitfaden lokales Übergangsmanagement“ der Bertelsmann Stiftung und das Konzept für ein „Kooperatives Übergangsmanagement“ an Hauptschulen der Metropolregion Rhein-Neckar beziehen sich ausdrücklich auf unsere Praxis.<sup>101</sup>

Trotz dieser Erfolge muss der **Fokus** unserer Arbeit **für die nächsten Jahren** auf der nachhaltigen Weiterentwicklung des Förder- und Steuerungsinstrumentariums und auf der **Intensivierung von Kooperation und Commitment** im Übergangsmanagement liegen. Es geht um die (auch finanzielle) Absicherung und um die Verbreiterung des Erreichten, um kontinuierliche Qualitätsentwicklung auf Basis immer besserer lokaler bzw. regionaler Problemdiagnosen, um engere Kooperation und um ein verbindliches Commitment aller Akteure auf die Ziele und

---

<sup>101</sup> Freudenberg Stiftung (2007), Bertelsmann Stiftung (2007) und Metropolregion Rhein-Neckar (2007)

Strategien des lokalen Übergangsmanagements.

**Kommune und Bürgerschaft** Weinheims sind in den letzten Jahren deutlich in Vorleistung getreten. Sie haben im Bereich Beratung und Begleitung tragfähige Übergangshilfen aufgebaut, machen den Schulen ergänzende Angebote der Berufsvorbereitung und sie haben Arbeitsstrukturen eines lokalen Übergangsmanagements etabliert. Um diese Investitionen richtig wirksam werden zu lassen, müssen jedoch andere Partner Beiträge leisten, die im Bereich ihrer Kernkompetenz liegen. Sie sind eingeladen, sich (noch) stärker in die Verantwortungsgemeinschaft einzubringen, sich deutlicher auf die gemeinsamen Ziele zu verpflichten und nachdrücklicher miteinander sowie mit der kommunalen Koordinierung zu kooperieren. Diese Einladung richtet sich vor allem an die (Weinheimer) **Hauptschulen** und die örtlichen **Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen** – aber auch an die beruflichen Schulen und die Agentur für Arbeit. Eine starke Verantwortungsgemeinschaft kann auf das nachdrückliche Engagement dieser Partner nicht verzichten. – Der absehbare Fachkräftemangel zeigt schon heute, dass die Talente von HauptschülerInnen und jungen MigrantInnen für die Wirtschaft unverzichtbar sind. Gleiches gilt für eine Stadtgesellschaft, die die Potenziale all ihrer BürgerInnen braucht, um auch zukünftig sozial stabil, innovativ und lebenswert zu sein.

Berufliche Qualifizierungschancen hängen wesentlich von den Kompetenzen der jungen Menschen ab. Auch ohne übersteigerte Erwartungen der Wirtschaft muss festgestellt werden, dass zu **viele SchulabgängerInnen** (noch) **nicht ausbildungsreif** sind. Dabei mangelt es oft erst in zweiter Linie an Berufsvorbereitung.

Haupt- und BVJ-/BEJ-Schulen müssen sich fragen (lassen), was sie selbst, über ihr derzeitiges Engagement hinaus, im **Kernbereich schulischer Verantwortung** für das Lehr- und Lerngeschehen tun können, damit mehr ihrer AbsolventInnen ihre Motivation und Potenziale entfalten.

Wenn wir es ernst meinen damit, dass jede/r Jugendliche eine berufliche Perspektive entwickeln soll, dann ist es schlicht inakzeptabel, wenn Hauptschulen ein Drittel und mehr ihrer AbsolventInnen ins BVJ/BEJ entlassen und weniger als die Hälfte der AbsolventInnen anschließend einen qualifizierenden Anschluss finden.

Natürlich darf eine Verantwortungsgemeinschaft die Schulen bei dieser schwierigen Aufgabe nicht alleine lassen. Sie muss mit Kompetenzen und Ressourcen unterstützen. Einmündungschancen in **Ausbildungsplätze und Jobs** (auch) für benachteiligte Jugendliche, **die zuallererst die Wirtschaft bereitstellen kann**, gehören dabei unbedingt dazu.

Jenseits aller Berufsvorbereitung und Angebotsentwicklung müssen Schulen ihre SchülerInnen aber zu schulischem Basiswissen und grundlegenden sozialen wie persönlichen Kompetenzen führen. Das ist ohne Frage schwierig, gehört aber unverzichtbar zu einem „**Bündnis**“ **zwischen Schulen, Wirtschaft und Kommune**

– und beschreibt im Übrigen die schulische Kernkompetenz. Vielleicht müssen das Unterrichtsgeschehen und die Lehrerrolle mancherorts „neu gedacht“ werden. Vielleicht müssen mehr und qualitativere Praxiselemente oder Praktika eingebaut werden. Dazu brauchen Schulen die zuverlässige Partnerschaft von Betrieben, Jugendhilfe und anderen Partnern. Im Rahmen von Schulpartnerschaften könnten mit Zielvereinbarungen hier starke Bündnisse geschlossen werden. Im Kern geht es dabei um **Schulentwicklung**, die von den Schulen und der Schulverwaltung gewollt, unterstützt und mit langem Atem vorangetrieben werden muss. Die fordernde und unterstützende Rolle, die in diesem Prozess Kommunen als **Schulträger** spielen könnten, ist bisher kaum entwickelt.

Für die konkrete Umsetzungsplanung solcher Strategien fehlt ein **Arbeitsgremium** als Ort kontinuierlicher Abstimmung der wichtigsten Akteure auf Leitungsebene.<sup>102</sup> Ein solcher „**Steuerkreis Übergangsmangement**“ sollte mindestens 4mal jährlich tagen, um die Strategieberatung der Berufsintegrationskommission vorzubereiten und nächste Arbeitsschritte verbindlich zu vereinbaren. Wollte dies die Berufsintegrationskommission leisten, müsste sie deutlich regelmäßiger tagen.

Vorrangige Aufgabe eines solchen Steuerkreises – aber auch der Kommission – wäre es, Verfahren zu entwickeln, die bei den Akteuren des Übergangssystems (noch) mehr Selbstverpflichtung, Kooperationswillen und Handlungskonsequenz erzeugen. Dafür bieten sich **Entwicklungspartnerschaften** oder konkrete **Zielvereinbarungen** an. Ihre Umsetzung könnte durch die Kommission verfolgt und unterstützt werden.

**Entwicklungsaufgaben mit hoher Relevanz** wären aus unser Sicht:

- die „Bewirtschaftung“ der knappen Ressource betriebliche Praxis durch Absprache von Praktikumszeiten zwischen den Schulen
- die Verbesserung der Qualität von Schüler-Betriebspraktika durch mehr Transparenz über Funktion und Anforderungen
- die Entwicklung eines Angebotes sozialpädagogisch unterstützter betrieblicher Berufsvorbereitung auf der Basis des EQJ-Langzeitpraktikums – auch als Alternative zum schulischen BVJ bzw. BEJ (Arbeitstitel „EQJPlus“) und als Einstieg in ein Angebot „Assistierter Ausbildung“
- Aktivitäten für das Erschließen von Lehrstellen und für die Nachwuchsgewinnung in (aus der Sicht der Jugendlichen) „wenig attraktiven Berufen“
- Schulen und Betriebe entwickeln gemeinsam Lern- und Arbeitsprojekte, die bei den Jugendlichen frühzeitig die „Lust auf Ausbildung und Beruf“ fördern; dafür werden verlässliche Schulpartnerschaften vereinbart

---

<sup>102</sup> Mitglieder sollten sein: alle Hauptschulen und beruflichen Schulen, die Agentur für Arbeit, einflussreiche Multiplikatoren aus der Wirtschaft sowie die Stadt als Schulträger und Träger der kommunalen Koordinierung. Hinzu kämen themenbezogene Gäste.

- die Erprobung von „Anschlusskonferenzen“ unter Beteiligung von abgebenden und aufnehmenden Schulen, Jugendberufshilfe, WUB und Berufsberatung; hier werden rechtzeitig und einzelfallbezogen Förderstrategien für SchulabsolventInnen mit unklaren Anschlussperspektiven besprochen und die Förderstrategie abgestimmt; das stärkt die Lotsenfunktion von LehrerInnen, Paten, Beratungsprofis und Eltern.

Vorbereitet und unterstützt durch die Arbeit eines solchen Steuerkreises könnte die **Arbeit der Kommission** klarer auf die Strategieentwicklung ausgerichtet werden. Ihr käme dann die Aufgabe zu, Strategien zu beraten, Commitment und Unterstützung zu mobilisieren und den Fortgang laufender Entwicklungsprozesse zu prüfen. Bislang fehlt mitunter ausreichend Zeit, für die Erarbeitung und Beratung der sehr komplexen Materie. Umsetzungsvereinbarungen und Controlling der beschlossenen Initiativen kommen oft zu kurz. Empfohlen wird auch, die personelle Zusammensetzung der Kommission zu überprüfen.<sup>103</sup>

Die qualitative Weiterentwicklung von Strategien und Förderinstrumenten basiert bisher auf Beobachtung und Erfahrung. Aussagefähiger und überzeugungskräftiger in einem Übergangsmangement, das auf die freiwillige Kooperation sehr unterschiedlicher institutioneller Partner angewiesen ist, wäre eine **Wirkungsanalyse**. Eine Analyse, die auf Basis lokaler bzw. regionaler Daten besser als bisher zeigt, welche Übergangswege und Unterstützungsangebote wie erfolgreich sind und welche Gruppe Jugendlicher auf welchem Wege eine gute Qualifizierungsperspektive findet. Auf Basis solcher Befunde könnte das Übergangssystem leistungsfähiger gestaltet werden. Finanzielle Mittel, das Engagement vieler Helfer, vor allem aber die Lebenszeit und die Lernleistung der Jugendlichen könnten effizienter eingesetzt werden.

Solche **lokalen bzw. regionalen Problemdiagnosen** sind eigentlich notwendig, aber nicht leicht zu haben. Unsere bisherige Schulabgängerbefragung stößt hier an Grenzen. Sie gibt Hinweise auf die Leistungsfähigkeit einzelner Schulen – und schürt damit Konkurrenzen, die für die Entwicklung des Gesamtsystems der Hauptschulen bisher nicht produktiv wird. Sie bringt aber keine differenzierten Befunde zu individuellen Plänen und Übergangswegen oder individuell genutzten, (wenig) erfolgreichen Förderangeboten. Auch die Durchsicht verfügbarer regionaler statistischer Daten hilft kaum weiter. Diese zeigen – wie die Schulabgängerbefragung – nur Momentaufnahmen (zu unterschiedlichen Stichtagen). Zudem sind diese Daten nicht sauber gegeneinander abgrenzbar.<sup>104</sup> Um

---

<sup>103</sup> Für das lokale Übergangsmangement wichtige Funktionen bzw. Erfahrungen sind bisher nicht oder nicht mehr ausreichend repräsentiert. Zu denken wäre u.a. an die Schulleitungen *aller* Weinheimer Haupt- und beruflichen Schulen, an die kommunale Wirtschaftsförderung, an führende VertreterInnen der regionalen Wirtschaft, den Stadtjugendpfleger und den Vorsitzenden des Moscheevereins.

<sup>104</sup> Siehe zu lokalen Problemdiagnosen die Ausführungen in Bertelsmann Stiftung (2007), S. 26

den Weg abzubilden, den Jugendliche ins Arbeitsleben gehen, werden lokale bzw. **regionale Verlaufsdaten** benötigt. Nur so können Übergangswege differenziert sichtbar gemacht werden. Nur so können die Investitionen in ein lokales Übergangsmanagement längerfristig effektiv gesteuert und evaluiert werden. – Dass solche Analysen, wenn auch nur mit zusätzlichen externen Ressourcen, machbar sind und zu erstaunlichen Ergebnissen führen, zeigen neuere Studien des Deutschen Jugendinstituts (DJI).<sup>105</sup> Die Berufsintegrationskommission soll entscheiden, ob sie dem lokalen Übergangssystem einen solchen Kraftakt zur Professionalisierung der lokalen Datenbasis derzeit zumuten kann, das heißt, ob sie die Realisierungsmöglichkeiten einer solchen Analyse ernsthaft prüfen will.

Wenn dieser Weg eingeschlagen würde, dann könnte auf die ersten beiden Berufsintegrationsberichte von 2005 und 2007, die überwiegend laufende Arbeitsprozesse analysieren, eine echte Wirkungsanalyse zu den Effekten und Entwicklungsbedarfen des lokalen bzw. regionalen Übergangssystems folgen.

**Voraussetzungen** für diese und andere ambitionierte Entwicklungen im lokalen Übergangsmanagement sind allerdings – neben dem unverzichtbaren Engagement zahlreicher Partner – **mehr Ressource für kommunale Koordinierung** und eine halbwegs **verlässliche Finanzierung** der Arbeit.

Ein strafferes Management der Weiterentwicklung und Steuerung des Übergangssystems benötigt mehr Ressourcen für die Konzeptentwicklung, für die Moderation von Abstimmungsprozessen, die Fachberatung und eine unterstützende „Geschäftsführung“ für die Kommission und eine Steuerkreisarbeit. Diese kann – bedingt – von der Koordinierungsstelle Job Central geleistet werden, wenn sie deutlich von operativen Aufgaben, von fortwährend aufwändiger Projektmittelakquise oder von Geschäftsführungsaufgaben bei Job Central entlastet wird. Mindestens mittelfristig scheint es unverzichtbar, die Koordinierungsstellen personell zu verstärken. Dazu wird dringend Strukturförderung aus Bundes- oder Landesprogrammen benötigt.

Nicht nur zur Entlastung von Projektmittelakquise und -verwaltung, sondern vor allem um mehr Kontinuität bei der Struktur- und Qualitätsentwicklung zu erreichen, erscheint es dringend geboten, die Abhängigkeit von oft sehr kurzen Projektförderungen zurückzudrängen. Langfristig erscheint eine Art „**Lokales Bündnis Übergangsmanagement**“, in dem sich Kommunen, (große) Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen, Bürgerschaft und Stiftungen, vielleicht auch die Arbeitsagentur und andere auch finanziell engagieren, unverzichtbar. Ziel wäre ein **gemeinsam getragenes Finanzierungssystem**, das unabhängig(er) von kurzatmigen Projektfinanzierungen macht. – Diese neue Kooperationsqualität könnte zunächst in einem Teilbereich des Übergangsmanagements erprobt werden, z.B. für ein Projekt „EQJ-Plus“ oder zur finanziellen Absicherung berufsvorbereitender

---

<sup>105</sup> Siehe DJI-Längsschnittpanel und dessen regionale Weiterentwicklung z.B. in Stuttgart (Deutsches Jugendinstitut / Landeshauptstadt Stuttgart, 2007)

Workshops und Trainings an Hauptschulen und beruflichen Schulen der Badischen Bergstraße.

## 10. Vorschläge für die Empfehlungen der Berufsintegrationskommission

Die Kommission möge für das lokale Übergangsmanagement der nächsten 2 Jahre folgende Vorhaben beschließen:

1. Maßgebliche Akteure des Übergangsmanagements werden motiviert und dabei unterstützt, **Entwicklungspartnerschaften bzw. Zielvereinbarungen** zu den in Kap. 9 genannten Entwicklungsaufgaben abzuschließen.
2. Als Arbeitsgremium für die Umsetzung der in der Kommission beschlossenen Strategie wird ein „**Steuerkreis Übergangsmanagement**“ eingerichtet, in dem die Leitungen der Weinheimer Haupt- und beruflichen Schulen, führende Wirtschaftsvertreter, die Arbeitsagentur sowie ein führender Vertreter der Bürgerschaft und der Stadt (als Träger der Hauptschulen, der Jugendhilfe, der Wirtschaftsförderung und der Koordinierungsstelle) 4x jährlich zusammenkommen.
3. Ziel ist eine starke Selbstverpflichtung und der konsequente Kooperationswille von Unternehmen/Wirtschaft, (Haupt-)Schulen, Bürgerschaft und Kommune; diese sollen zu einem „**Lokalen Bündnis Übergangsmanagement**“ zusammenfinden.
4. Es wird geprüft, ob ein System der kontinuierlichen **Wirkungsanalyse des lokalen/regionalen Übergangsmanagements** mit vertretbaren bzw. mobilisierbaren Ressourcen (auch methodisch) realisierbar ist. Wenn ja, wird die bisherige Form des Berufsintegrationsberichts in diese neue Form überführt.
5. Bei Job Central werden die **Ressourcen für die Koordinierungsfunktion** den wachsenden Aufgaben entsprechend verstärkt.

## 11. Beschluss der Berufsintegrationskommission

Zeitgleich mit der Beratung des 2. Berufsintegrationsberichts in der Kommission wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung das neue Förderprogramm „Perspektive Berufsabschluss: Regionales Übergangsmanagement“ ausgeschrieben.

Die *Berufsintegrationskommission Weinheim* hat als Konsequenz aus ihrer bisherigen Arbeit sowie nach Diskussion des 2. Berufsintegrationsberichts am 14. Februar 2008 *einstimmig beschlossen*:

Die Mitglieder der Berufsintegrationskommission unterstützen die Bewerbung der Stadt Weinheim im Förderprogramm *Perspektive Berufsabschluss: Regionales Übergangsmanagement* des BMBF nachdrücklich.

Die Entwicklungsarbeit für ein gut koordiniertes regionales Unterstützungssystem am Berufsstart ist in Weinheim seit 2005 ein großes Stück vorangekommen. Jetzt müssen die Anstrengungen jedoch in eine **neue Phase** eintreten: nur mit verbesserten Steuerungsstrukturen, mit mehr Koordinierungsressourcen und einem starken Commitment aller Akteure auf gemeinsame Leitlinien, Ziele und Strategien kann der notwendige **Qualitätssprung** im Übergangsmanagement erreicht werden.

Den Qualitätssprung, den wir erreichen wollen, erkennen wir an der Bereitschaft aller handelnden Akteure zu **gemeinsamer Wahrnehmung von Steuerungsverantwortung**, dazu gehören insbesondere:

- eine Einigung auf verbindliche Handlungsprioritäten und -strategien
- eine hohe Verbindlichkeit bei der Erfüllung der jeweils übernommenen Aufgaben
- die datengestützte Überprüfung der Wirksamkeit von Handlungsstrategien
- die gemeinsame Erarbeitung verlässlicher Qualitätsstandards
- die Verständigung auf ein gemeinsames ressourcenorientiertes Leitbild
- der politische Wille zur Verstetigung der kommunalen Koordinierung über die Projektlaufzeit hinaus.

Da wir als bürgerschaftliche und institutionelle Akteure freiwillig zusammenarbeiten und gegenseitig nicht weisungsbefugt sind, kann eine **Strategie der zunehmenden Verbindlichkeit** von Kooperation und Koordinierung sowie eine nachhaltige Qualitätsentwicklung im Übergangssystem nur als **gemeinsamer Aushandlungs- und Entscheidungsprozess** gelingen. An diesem werden wir uns aktiv beteiligen.

Zur Unterstützung dieses Vorhabens benötigen wird jedoch verbesserte Arbeitsstrukturen und mehr Ressourcen für die Entwicklung und die Steuerung eines regionalen Übergangsmanagements.

*Geplante Arbeitsschritte zur Umsetzung dieser Ziele:*

**Strukturinnovationen** werden umgesetzt, indem

- die Stadt Weinheim ihre Anstrengungen für einen gelingenden Übergang benachteiligter Jugendlicher von der Schule in den Beruf durch den Aufbau einer **kommunalen Koordinierungsstelle Regionales Übergangsmanagement** bekräftigt und intensiviert. Dies zeigt, dass die Entwicklung des regionalen Übergangsmanagements und der damit verbundenen Leitlinien mit einer **hohen politischen Priorität** versehen werden
- die **strategische Gesamtsteuerung** und die **operative Steuerung** einzelner Entwicklungsaufgaben organisatorisch getrennt, aber kooperativ aufeinander bezogen werden; beide Steuerungsebenen werden mit angemessenen Ressourcen versehen



- die lediglich beratende Berufsintegrationskommission durch einen **Lenkungskreis** regionales Übergangsmanagement **als institutionalisierter Arbeitsstruktur** für Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse und als Gremium mit **gemeinsamer Steuerverantwortung** abgelöst wird
- **bisher wenig einbezogene Akteure** des regionalen Übergangsmanagements, vor allem Organisationen der Wirtschaft und die Agentur für Arbeit, mobilisiert und in die Strukturen des regionalen Übergangsmanagements **integriert werden**
- **bürgerschaftliche Akteure** in die neuen Arbeitsstrukturen **als Promotoren** einer effektiv handelnden lebendigen Verantwortungsgemeinschaft sowie zur Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Ressourcen nachhaltig einbezogen werden.

**Prozessinnovationen** werden umgesetzt, indem

- Entwicklungsziele und Qualitätsstandards auf Basis **gemeinsamer pädagogischer Leitlinien** zur Förderung und beruflichen Integration chancenarmer Jugendlicher sowie einer individualisierten und ressourcenorientierten Lern- und Berufswegeplanung erarbeitet werden. Ziel ist eine konsistente **lokale Bildungs- und Integrationskultur**
- die beteiligten Akteure sich auf Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung in ihrem Zuständigkeitsbereich verpflichten und diese mittels **Zielvereinbarungen** bekräftigen. Ziel ist die Entwicklung von **Strategien der zunehmenden Verbindlichkeit** von Kooperation und Koordinierung
- im Rahmen eines **zyklischen Steuerungsmodells** eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Überprüfung des regionalen Übergangsmanagements erfolgt; dessen Phasen bestehen aus: Verständigung über Ziele und Standards, Selbstverpflichtung der Akteure und arbeitsteilige Umsetzung, Wirksamkeitsüberprüfung und darauf basierender Weiterentwicklung
- als Kernelement der neuen Steuerung eine **kooperative datengestützte Wirksamkeitsüberprüfung** als Abgleich von gemeinsam entwickelten Zielen und Qualitätsstandards mit erreichten Ergebnissen entwickelt und etabliert wird
- empirische Analysen zur **vertieften Aufklärung von Problemlagen** am Übergang Schule-Beruf sowie zum verbesserten Verständnis von Entwicklungsnotwendigkeiten in Teilbereichen des Übergangsgeschehens beitragen
- **Ressourcen, Arbeitsstrukturen und -prozesse innerhalb der Stadtverwaltung** in Hinblick auf das Projektziel mobilisiert und entwickelt werden („innere Entwicklung“); dies betrifft Fragen der Entwicklung und Vernetzung der Schulverwaltung (aktive Schulträgerschaft), der Jugendhilfe, der Sozialraumplanung, der regionalen Wirtschaftsförderung, des Stadtmarketings sowie der Personalpolitik
- zusätzliche Aktivitäten der **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** - unterstützt vom Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Oberbürgermeister - für eine verbesserte Kommunikation und Wahrnehmung des Projekts sorgen.

- durch das Förderprogramm in einem **Netzwerk ambitionierter Akteure** des regionalen Übergangsmanagements das **Voneinanderlernen** und der Transfer von lokalem gesichertem Wissen gefördert wird

**Zielinnovationen** werden zum Beispiel umgesetzt, indem

- ein deutlich größerer Anteil der Hauptschul-Absolventinnen und Absolventen die Schule mit einer **realistischen und zielorientierten Berufswegeplanung** verlässt; unsere besondere Aufmerksamkeit gilt hier Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- alle Akteure der Berufsvorbereitung die Jugendlichen dabei unterstützen, ihre **Stärken, Talente und Ressourcen zu erkennen**, für die Berufswegeplanung **eigenaktiv** zu nutzen und – wo nötig – angebotene Hilfen anzunehmen
- Schulen, Jugendhilfe, Ehrenamt und Betriebe eng zusammenarbeiten, um **Berufsvorbereitung praktischer und arbeitsweltnäher** zu machen; u.a. soll die Lust auf Arbeit und Beruf gefördert und die Qualität schulischer Betriebspraktika verbessert werden
- das Interesse an **wenig bekannten und geschlechtsuntypischen Berufsausbildungen** gezielt gefördert wird. Berufswegeplanung jenseits des mainstreams soll denkbar werden; das hilft nicht zuletzt der Wirtschaft, ihren Fachkräftebedarf mittelfristig zu decken
- Betriebe mit Unterstützung von Jugendhilfe, Kammern und Arbeitsagentur zusätzliche **betriebliche Praktikums- und Ausbildungsplätze** für chancenarme Jugendliche schaffen und
- solche betrieblichen Praktikums- bzw. Ausbildungsverhältnisse durch eine **individuelle Unterstützung und Begleitung der Jugendlichen und der Betriebe** stabilisiert werden.

*Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kommissionssitzung am 14. Februar 2008 waren:*

Heiner Bernhard, Oberbürgermeister der Stadt Weinheim

Heinrich Amann, Amtsleiter Amt für Jugend und Soziales

Carmen Harmand, Amtsleiterin Amt für Schulen, Sport und Bäder

Margarete Ruoff, Schulleiterin der Helen-Keller-Schule (Berufliche Schule)

Volker Schneider, Schulleiter Karrillon-Schule (Hauptschule mit Werkrealschule)

Dr. Heinrich Hornef, Sprecher Weinheimer Unterstützerkreis Berufsstart (Ehrenamtsinitiative)

Dr. Ditmar Flothmann, GF der Freudenberg Service KG

Dr. Pia Gerber, stellv. GF Freudenberg Stiftung GmbH

Hamide Öztürk und Capar Cengie, Türkischer Elternverein

Jürgen Holzwarth, GF Stadtjugendring Weinheim

Dr. Susanne Felger, GF Regionale Jugendagentur Badische Bergstraße – Job Central

S. Picht, Diakonisches Werk

Ulrike Herrmann, GF Caritasverband

Prof. Dr. Wolfgang Rost, Fachhochschule der Bundesanstalt für Arbeit

Dr. Wilfried Kruse, Sozialforschungsstelle Dortmund

## Anhang

### 12. Literatur- und Quellenverzeichnis

- Agentur für Arbeit Mannheim (2006): Agentur für Arbeit zieht vorläufig Bilanz des Ausbildungsjahres 2005/2006 Presse-INFO Nr. 68 vom 11.Okt. 2006
- Agentur für Arbeit Mannheim/ Geschäftsstelle Weinheim (2007), Auskunft zum regionalen Ausbildungsmarkt, auf Anfrage. Ausdruck von Februar 2007
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): Leitfaden lokales Übergangsmanagement. Von der Problemdiagnose zur praktischen Umsetzung. Gütersloh
- Bommes, Michael u.a. (2006): Die Bedeutung der beruflichen Ausbildung für die soziale Integration von Migranten und ihren Nachkommen – Abschlussbericht (vervielfältigt) (Eine Studie des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien der Universität Osnabrück)
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Pierre Bourdieu (1993): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg, S. 49-80
- Bundesagentur für Arbeit (2006): Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland. Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife.
- Bundesagentur für Arbeit, Agentur für Arbeit Mannheim (2007): Der Arbeitsmarkt im Bezirk der Agentur für Arbeit Mannheim. Arbeitsmarktreport. Berichtsmonat August 2007 und Berichtsmonat September 2007
- Bundesagentur für Arbeit, Agentur für Arbeit Mannheim (2007), Presse-Info Nr. 54 vom 11.Oktober 2007
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2007): Zur Situation der Altbewerber in Deutschland. Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006. BiBB-Report 1/07
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Berufsbildungsbericht 2006. Bonn, Berlin
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2007): Berufsbildungsbericht 2007. online unter: [www.bmbf.de/pub/bbb\\_07.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bbb_07.pdf) (Teilausdruck vom 16.08.2007)
- Deutsches Jugendinstitut e.V., Forschungsschwerpunkt Übergänge in Arbeit (2006): Schule – und dann? Schwierige Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung. München/Halle
- Deutsches Jugendinstitut e.V. / Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.) (2007): Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur Basiserhebung der Stuttgarter Schulabsolventenstudie. September 2007
- Fast für jeden Bewerber ein Ausbildungsplatz. RNZ vom 12. Oktober 2007

- Felger, Susanne (2005): Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf an der Badischen Bergstraße – 1. Weinheimer Berufsintegrationsbericht 2005. Weinheim, Juli 2005. Siehe auch [www.jobcentral.de](http://www.jobcentral.de) (Berichte)
- Felger, Susanne/Zybell, Uta (2006): Berufsvorbereitung an Hauptschulen neu denken. Anregungen aus einem Weinheimer Entwicklungsprojekt. Berufsbildung. Zeitschrift für Praxis und Theorie in Betrieb und Schule, 60. Jahrg., Nr. 100/101, September 2006, S. 65-68
- Freudenberg Stiftung (Hrsg.) (2007): Weinheimer Initiative 2007. Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung. Weinheim, Mai 2007. Siehe auch [www.freudenbergstiftung.de](http://www.freudenbergstiftung.de) (Jugendliche zwischen Schule und Beruf)
- Hermann, Fred (2007): Ergebnisse einer Abgängerbefragung an der Wirtschaftsschule der Johann-Philipp-Reis-Schule Weinheim.
- Im Kreis ist die Hauptschule auf dem absteigenden Ast. (2007) Rhein-Neckar-Zeitung, Nr.6 vom 9.Januar 2007, S. 9
- Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar (2007), Auskunft zur Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ), auf Anfrage. Email vom 09.02.2007
- Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. (Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)
- Kruse, Wilfried (2003): Berufliche und soziale Integration Jugendlicher in Weinheim. Ein Gutachten für den Oberbürgermeister von Weinheim und die Freudenberg Stiftung
- Metropolregion Rhein-Neckar (2007): Hauptschultalente für die Metropolregion. Kooperatives Übergangsmanagement Schule-Beruf (KÜM). Leitfaden (in der Fassung vom 22. Juni 2007)
- Protokoll der Sitzung der Berufsintegrationskommission Weinheim am 13. Dezember 2005 in der Stadtbibliothek Weinheim (Themensitzung ‚Elternaktivierung‘)
- Protokoll der Sitzung der Berufsintegrationskommission Weinheim am 17. Juli 2006 in der Stadtbibliothek Weinheim (Themensitzung ‚Berufsvorbereitung an Hauptschulen‘)
- Protokoll der Sitzung der Berufsintegrationskommission Weinheim am 19. März 2007 in der Stadtbibliothek Weinheim (Themensitzung ‚Mobilisierung betrieblicher Praxis und betrieblicher Qualifizierungschancen‘)
- Protokoll der Sitzung der Berufsintegrationskommission Weinheim am 23. Juli 2007 in der Stadtbibliothek Weinheim (Themensitzung ‚Ergebnisberichte zu Initiativen von Netzwerk und Kommission im 1. Halbjahr 2007‘)

- Regionale Jugendagentur Badische Bergstraße e.V. – Job Central (2007): Jahresbericht 2006. Weinheim (vervielfältigt), siehe auch [www.jobcentral.de](http://www.jobcentral.de)
- Regionale Jugendagentur Badische Bergstraße e.V. – Job Central (2006): Jahresbericht 2005. Weinheim (vervielfältigt), siehe auch [www.jobcentral.de](http://www.jobcentral.de)
- Rhein-Neckar-Kreis, Landratsamt (2006): Entwicklung der Schülerzahlen an den Schulen in Trägerschaft des Kreises. Vorlage Nr. 3 für die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Schulen und Kultur am 21.03.2006
- Schönwälder, Karin (2007): Siedlungskonzentrationen und Integration: eine Zwischenbilanz. WZB Discussion Paper SP 2007-602
- Sechster Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin (2005)
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2006): Statistik AKTUELL: Schulische Bildung in Baden-Württemberg. Stuttgart
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Ausländische Schüler an öffentlichen Grund-, Haupt- und Realschulen in den Schuljahren 2005/06 und 2006/07 nach ausgewählten Nationalitäten: Weinheim, Stadt.  
[www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?13015123GE226096](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?13015123GE226096)  
(Ausdruck 01.02.2007)
- Ulrich, Joachim Gerd (2006): Wie groß ist die „Lehrstellenlücke“ wirklich? Vorschlag für einen alternativen Berechnungsmodus. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP), 3/2006, S. 12-16
- Ulrich, Joachim Gerd / Krekel, Elisabeth M. (2007): Zur Situation der Altbewerber in Deutschland. BiBB-Report 1/07, S. 1-7

### **13. Zur Anlage der Schulabgängerbefragung**

Im Juli jeden Jahres befragt die Jugendagentur Job Central, mit Unterstützung der jeweiligen Bürgermeister, die Schulen ihrer Mitgliedsgemeinden nach dem Verbleib ihrer AbsolventInnen und AbbrecherInnen. So entsteht eine Momentaufnahme zum (geplanten) Verbleib der SchulabgängerInnen unmittelbar vor ihrer Schulentlassung. Die Fragebögen werden entweder von den KlassenlehrerInnen in/mit den Abgangsklassen oder auf Basis der Schulabgänger-Meldebögen ausgefüllt. In die Befragung einbezogen werden regelmäßig neun bis 10 verschiedene allgemeinbildende und berufliche Schulformen; einzig die Gymnasien bleiben (seit 2007) unberücksichtigt.

Regelmäßig beteiligen sich in **Weinheim** die Karrillon-Hauptschule, die Dietrich-Bonhoeffer-Schule mit ihrer Haupt-, Werkreal-, Realschule, die Friedrich-Realschule sowie die Johann-Sebastian-Bach-Förderschule und seit 2005 auch die Peter-Koch-Schule für Erziehungshilfe. Bei den Beruflichen Schulen nehmen i.d.R. die Hans-Freudenberg-Schule und die Helen-Keller-Schule jeweils mit ihren Berufsvorberei-





tungs- bzw. Berufseinstiegsjahren (BVJ + BEJ), ihren Berufsfachschulen (BFS) und den Berufskollegs (BK) teil. An der Johann-Philipp-Reis-Schule beteiligten sich meist das Berufskolleg und die Wirtschaftsschule (BFS).

In den Haupt- und Realschulen sowie im BVJ und BEJ werden die geplanten Übergangswege nahezu aller SchulabgängerInnen erfasst. Bei den Berufsfachschulen und Berufskollegs sind sie weniger stabil. In den meisten Jahren gelingt es, rund 70% der AbsolventInnen zu erfassen. 2007 war die Beteiligung hier jedoch weniger gut. Diese Schwankungen beeinträchtigen die Qualität von Mehrjahresvergleichen.

Auf Basis der gleichen Methodik liegen seit Jahren Daten aus den Haupt-, Real- und Werkrealschulen in **Hemsbach, Heddeshcim und Hirschberg** vor. Überwiegend nicht beteiligt hat sich in den letzten Jahren die Langenberg-Haupt- und Realschule in Birkenau. Die Haupt-, Real- und Werkrealschule der Kurpfalzschule in **Schriesheim** beteiligt sich seit 2005.

Insgesamt werden so an der Badischen Bergstraße jährlich die Übergangswege von gut 900 SchulabgängerInnen erhoben. 2007 wurden 598 AbsolventInnen von allgemeinbildenden und 336 Absolventinnen von beruflichen Schulformen erfasst; darunter auch 22 SchulabbrecherInnen.

#### 14. Dank

Unser Dank gilt allen LehrerInnen, Schulleitungen und Schulsekretariaten, die, trotz der hohen Arbeitsbelastung zum Schuljahresende, die Datenerhebung zur Schulabgängerbefragung alljährlich aktiv unterstützen.

Darüber hinaus bedanken wir uns für das unermüdliche Engagement und die produktive Zusammenarbeit bei unseren zahlreichen Partnern im regionalen Übergangsmanagement: bei LehrerInnen und Schulleitungen unserer Kooperationsschulen, bei bürgerschaftlich aktiven Ehrenamtlichen im Weinheimer Unterstützerkreis Berufsstart (WUB), der Bürgerstiftung Weinheim und den Serviceclubs, bei der Freudenberg Stiftung, den MitarbeiterInnen der kommunalen und freien Jugendhilfe sowie „befreundeter“ Projekte, Beratungsstellen und Sozialverbände, bei VertreterInnen von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Kammern und der Agentur für Arbeit, beim Rhein-Neckar-Kreis und nicht zuletzt bei engagierten KommunalpolitikerInnen, den Stadt- und Gemeindeverwaltungen und den BürgermeisterInnen unserer Mitgliedsgemeinden, die das kommunale Übergangsmanagement und die regionale Netzwerkarbeit aktiv unterstützen. Sie alle übernehmen Verantwortung und engagieren sich für Jugendliche, die auf dem schwierigen Weg in den Beruf Unterstützung brauchen.

---

**Kontaktadresse** für weiterführende Informationen bzw. für Ihre Rückmeldungen:

Dr. Susanne Felger, Regionale Jugendagentur Job Central,  
Bahnhofstr. 19, 69469 Weinheim, [mail@jobcentral.de](mailto:mail@jobcentral.de)